

LAUFFEUER



SONDERHEFT DEMOKRATIE

Die Zeitschrift der DEUTSCHEN JUGENDFEUERWEHR

September 2019

Mit-
bestimmen

Demokratie
leben

Wählen

Willst du mit
mir wählen
gehen?

Vielfalt
prägen

Teilhabe
lassen

Meinung
äußern

Verantwortung
übernehmen

Miteinander
reden



Impressum

HERAUSGEBER

DEUTSCHE **JUGENDFEUERWEHR**
im Deutschen Feuerwehrverband e.V.

Reinhardtstraße 25, 10117 Berlin
Telefon 030-288848810

E-Mail: info@jugendfeuerwehr.de
www.jugendfeuerwehr.de

REDAKTION

Willi Donath, Angelika Hauptenthal, Antje Koch

Inhalte teilweise entnommen aus Lauffeuer 1999-2019:

Die Zeitschrift „Lauffeuer“ ist das offizielle Mitteilungsblatt der Deutschen Jugendfeuerwehr mit regelmäßigen Informationen und Arbeitshilfen für die praktische Jugendarbeit vor Ort.

FOTOS

Redaktion Lauffeuer, Fridays for Future Deutschland, Frauke Fuhrmann

COPYRIGHT

Kopie, Verkauf, Veröffentlichung oder anderweitige Verbreitung der Inhalte ist ohne Zustimmung des Herausgebers nicht gestattet.

PRODUKTION

Druckerei Eberwein, Bonn

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

LAUFFEUER

SONDERHEFT DEMOKRATIE

20 Jahre Demokratieerziehung in der
DEUTSCHEN **JUGENDFEUERWEHR**

Vorwort

Jugendfeuerwehr-Einsatz für Demokratie

Die Deutsche Jugendfeuerwehr bewegt schon immer und fortwährend die Demokratieförderung. Im Vordergrund steht junge Menschen an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen und ihr demokratisches Grundverständnis zu stärken. Um dies zu erreichen müssen wir ehrlich und transparent hinterfragen und aufzeigen, wie demokratische Prozesse in unseren Feuerwehr- und Verbandsstrukturen funktionieren können. Eine echte Marke in der Demokratieförderung ist unser Leitmotiv „Unsere Welt ist bunt. Bei uns triffst Du sie alle.“ Denn Vielfalt und Toleranz – dementsprechend entschiedene Antirassismussarbeit – spielen auch eine wesentliche Rolle.

„Wir entscheiden immer alles demokratisch.“ Wirklich? Es hilft, sich mal den folgenden Satz genau durchzulesen, sich in diesem Moment in die Feuerwehruniform reinzufühlen – ob in der Rolle in der Einsatzabteilung, im Verband oder in der Jugendarbeit.

„Typische Merkmale einer modernen Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheits- oder Konsensprinzip, ..., die Akzeptanz einer politischen Opposition...“

Übertragen auf unsere Strukturen stellen sich da schon einige ganz einfache Fragen: Werden Jugendleiter*innen wirklich gewählt? In welchen Fällen wenden wir das Mehrheits- oder Konsensprinzip in einer Jugendfeuerwehr oder in den Verbänden an? Wie gehen wir mit vereinzelter Kritik oder echter Opposition um?

Jugendleiter*innen werden tatsächlich bei vielen Jugendfeuerwehren gewählt – entweder durch die Mitglieder der Einsatzabteilung oder sogar direkt durch die Mitglieder der Jugendabteilung. Zumindest ergeht aus diesen Wahlen der Vorschlag zur Besetzung einer Funktion als Jugendleiter*in. Aber es gibt auch noch sehr viele Beispiele, wo diese Funktionen schlichtweg bestimmt werden. Dafür gibt es in der Organisation durchaus gute Argumente, dennoch sehe ich hier im Sinne der Demokratieförderung eine Chance, das zu hinterfragen.

Kinder und Jugendliche direkt einbeziehen

Wie verhält es sich mit dem Mehrheitsprinzip? Das lernen Kinder und Jugendliche ja durchaus in den Mitgliederversammlungen. In der Regel wählen die Jugendfeuerwehr-Mitglieder aus ihren Reihen auch Jugendsprecher*innen. Zwei weitere Beispiele: Die Gruppe entscheidet aktiv mit, wo die nächste Freizeitfahrt hingehet und welche Themen auf dem Dienstplan stehen. Das empfinde ich als gelebte Demokratie, ein echtes Pfund in der Jugendfeuerwehrarbeit. Etwas abgeschwächt funktioniert das Mehrheitsprinzip in den Kindergruppen in den Feuerwehren. Wir sollten uns nicht scheuen, die Kinder mit in die Entscheidung einzubeziehen, wie ihre Treffen gestaltet werden können.

Diese demokratischen Entscheidungswege in unserer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen führen mich schnurstracks zu einem meiner Lieblingsthemen: Mitbestimmung oder Teilhabe?! Hier besteht ja schon ein kleiner Unterschied. Hören wir uns als Jugendleiter die Meinung der Jugendlichen an und lassen sie in unsere Entscheidungen einfließen, so lassen wir sie teilhaben. Aber natürlich könnten wir Jugendleiter in der Abwägung trotzdem zu einer anderen Entscheidung kommen, als von den Jugendlichen gewünscht. Das ist schon ein gewaltiger Unterschied dazu, dass ich Jugendlichen mit einer gewissen Stimmenanzahl die Chance gebe, in einer Abstimmung direkt an der Entscheidungsfindung mitzuwirken.

Ich finde wichtig, den Begriff Mitbestimmung nicht immer nur als Imagewerbung für die eigene Jugendarbeit zu benutzen. Wir sollten jugendliche Mitbestimmung fest in die Jugendfeuerwehrarbeit einbringen. Zugegeben, das erfordert auch Mut, denn echte Mit-



Christian Patzelt
Bundesjugendleiter

bestimmung bedeutet eben viel mehr als teilhaben lassen. Aber ich bin überzeugt, dass das beispielsweise besonders mit einem funktionierenden Jugendforum oder -ausschuss klappt. Natürlich gilt, dass sich sowohl die Jugendsprecher*innen als auch die Jugendleiter*innen ihrer Rolle bewusst sein sollten. Für uns Jugendleiter*innen heißt es obendrein, die Jugendlichen wirklich transparent in Entscheidungsprozesse einzubinden. So haben wir auch die Chance, den jungen Menschen aufzuzeigen, wie wir zu unserer Haltung gekommen sind oder aufgrund gewisser Rahmenbedingungen die ganz großen Richtungswechsel nicht drin sind.

Mitbestimmung ist also nicht immer ein Selbstläufer. Ich habe auch häufig erlebt, dass wir Jugendleiter*innen die Jugendsprecher*innen manchmal zur Mitbestimmung motivieren müssen. Aber ich habe genauso häufig erlebt, dass mich junge Menschen durch ihre Haltung motiviert haben.

Politisches Interesse nicht unterschätzen

Dass es gelingen kann, junge Menschen auch für Politik und gesellschaftliche Themen zu begeistern, dafür finden wir auch die Beispiele in den Jugendfeuerwehren. Jugendfeuerwehrmitglieder treffen politische Entscheider*innen nicht nur für ein schnelles Selfie, sie haben Fragen. Und wenn sie in richtige Diskussionen eingebunden werden, dann reden sie mit, bringen ihre Meinungen ein.

Ich finde es großartig, dass Jugendfeuerwehrverbände Aktionen organisieren, wo Kinder und Jugendliche die Parlamente besuchen – Kreis-, Land- oder Bundestag. Es ist vorbildlich, wie durch Projekte und Kampagnen der Jugendfeuerwehrverbände junge Menschen über Wahlen und ihre Chance der Mitbestimmung aufgeklärt werden. Wer diese Punkte richtig thematisiert, merkt schnell, dass sich Kinder und Jugendliche sehr wohl für politische und gesellschaftliche Themen interessieren. Hier leisten wir in den Kindergruppen und in den Jugendfeuerwehren einen großen Beitrag in der außerschulischen Bildung.

Ich betone gerne nochmal, auch in den Kindergruppen in den Feuerwehren können diese Themen platziert werden. Hier sollten wir uns Impulse aus den Medien holen. In kindergerechten Nachrichtensendungen und Zeitschriftenformaten werden schließlich auch und immer besser gesellschaftliche, politische und sogar wissenschaftliche Themen aufbereitet.

Und mir ist besonders wichtig, in den Kindergruppen auch schon unser Leitmotiv einzubringen: „Unsere Welt ist bunt! Bei uns triffst Du sie alle.“ Es sollte der Grundstein für die Gemeinschaft in den Feuerwehren gelegt werden. Und das passiert ja auch. Darauf bin ich stolz.

Unsere Welt ist bunt!

In den Kindergruppen, den Jugendfeuerwehren und in unseren Verbänden wird ein Bild gelebt, welches wir uns heute wieder viel stärker in allen Bereichen wünschen: Akzeptanz, Toleranz und Zusammenhalt – unabhängig von der Herkunft, der Hautfarbe, dem Geschlecht, dem Alter oder den körperlichen Möglichkeiten jedes/jeder Einzelnen.

Wie wichtig das ist, zeigen uns die aktuellen Entwicklungen. Da brennt gerade etwas an. Fremdenfeindlichkeit ist zurück – macht sich stärker breit als in den letzten Jahrzehnten. Was häufig noch verharmlost als Populismus bezeichnet wird, schwimmt immer mehr in seinen Grenzen zum Rechtsextremismus. Noch vor einigen Jahren wurde rechtes Gedankengut nur sehr vereinzelt verbreitet – vieles bei privaten Akteuren auch aus Unwissenheit,

Vorwort

aus spontaner oder latenter eigener Unzufriedenheit. Es werden immer mehr rechte Gedanken auch auf hoher politischer Ebene verbreitet – und nicht nur auf Wahlkampf bezogener Populismus, sondern wirkliche Fremdenfeindlichkeit.

Und wir dürfen nicht glauben, dass das nicht bei den jungen Menschen ankommt. Ebenso wie bei unseren übrigen Kamerad*innen. In den sozialen Medien werden sie mit einfachen Parolen und Sprüchen angefütert, mit scheinbar harmlosem Patriotismus in die Falle gelockt.

Ich bin super motiviert, persönlich und mit den Werten der Jugendfeuerwehr dagegen zu halten: Toleranz und Respekt, individuelle Vielfalt! Und sehr gerne möchte ich jeden motivieren, mitzumachen. Das geht definitiv auch als unpolitische Organisation und ohne sich konkret gegen parlamentarische Parteien zu stellen.

Hier dürfen wir jedoch nicht nur unsere Werte stets zitieren und plakatieren, wir müssen sie leben. Und wir müssen aufklären. Ein Weg ist, die genannten demokratischen Entscheidungsprozesse – die Wahl der Jugendsprecher*innen oder des Ziels der nächsten Freizeitfahrt – nicht als Jugendfeuerwehrroutine zu behandeln. Anhand dieser Prozesse können Kinder und Jugendliche aufgeklärt werden, welchen großen Wert demokratische Entscheidungen für sie haben können. Es ist aber auch sinnvoll, hier das Gegenbeispiel aufzuzeigen: Erwachsene entscheiden, Jugendliche müssen folgen. Es muss deutlich werden, wie wertvoll Mitbestimmung und Teilhabe sind.

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Feuerwehr hat so ein riesiges Potenzial, junge Menschen mit einer Freude und einer echten Überzeugung für Demokratie und Offenheit zu infizieren. Was wir in den Jugendfeuerwehren bewegen, prägt die Mädchen und Jungen, Kameradinnen und Kameraden.

Demokratie prallt auf Hierarchie

Bleibt eine letzte Frage: Wie gehen wir mit vereinzelter Kritik oder sogar echter Opposition um? Von dieser Frage kommen wir Feuerwehrleute gerne auf die notwendige Hierarchie zu sprechen, machen vielleicht noch den gedanklichen Ausflug in die Einsatzsituation, wo schließlich auch einer den Ton angeben muss. Ganz davon ab, dass ich überzeugt davon bin, dass sogar in brisanten Einsätzen die Meinung der Kamerad*innen und vielleicht eine andere Einschätzung der Lage durchaus wertvoll sein kann, sollten wir hier klar unterscheiden. Einsätze erfordern klare und schnelle Entscheidungen und Feuerwehr braucht hierarchische Strukturen.

Aber Demokratie und Hierarchie bilden gar keinen Widerspruch. Das eine ist, wer am Ende entscheidet, und das andere ist, wie er zu dieser Entscheidung gekommen ist. Hier mein Appell: Es lebe die Meinungsfreiheit. Auch wenn sie mir natürlich in Leitungsfunktionen nicht immer gefällt. Dann sortiere ich mich und mache mir bewusst, dass ich in einer Hierarchie auch unterschiedliche Rollen besetze: In dem einen Zusammenhang die des Entscheiders und im anderen Zusammenhang eben nicht. Genau aus dieser Betrachtung kann ich auch Kritik einordnen, denn ich möchte sie auch persönlich üben dürfen. Und letztlich bietet sich mit der Fähigkeit, Kritik anzunehmen, auch die Chance, echte Opposition zu vermeiden.

Und wenn doch Opposition entsteht, dann gilt ja wiederum das Mehrheitsprinzip. Tut manchmal weh, ist aber Demokratie. Und Demokratie, liebe Kameradinnen und Kameraden, ist alternativlos!

Christian Patzelt

Bundesjugendleiter

„Die Würde des Menschen ist unantastbar!“

So lautet der Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, welche sich als ein demokratisch geführter und regierter Staat versteht.

Bei den Wahlen für die Zusammensetzung der Kommunal- und Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Europaparlamentes stellen sich Frauen und Männer auf, um diese Parlamente mit Demokratie zu füllen.

Was aber bedeutet das Wort Demokratie? Was verbirgt sich dahinter? Was macht Demokratie stark, was macht sie schwach?

„Demokratie“ ist griechisch und bedeutet übersetzt „Herrschaft des Staatsvolkes“, das heißt, dass die Macht und die Regierung in einem Herrschaftssystem vom Volk ausgehen.

Gilt Demokratie jedoch nur für Parlamente oder dürfen/können weitere gesellschaftliche Gruppierungen, Verbände und Organisationen Demokratie (er)leben? Zum Beispiel, dass Kinder und Jugendliche für ihre Interessen und Bedürfnisse eintreten, Forderungen und Erwartungen formulieren und somit Demokratie mitgestalten?

Die Deutsche Jugendfeuerwehr hat in ihrem Bildungsprogramm die „Erziehung zum demokratischen Bewusstsein und Beteiligung an demokratischen Prozessen“ als eines der wichtigsten Ziele für ihre Jugendarbeit definiert und festgeschrieben. Mit einem Rückblick auf die letzten zwanzig Jahre wird in diesem Lauffeuer-Sonderheft aufgezeigt, wie sich der Jugendverband dieser Herausforderung stellt und dass dieses Ziel auch wirklich gelebt wird.

In den Jahren 2018 und 2019 hat das Lauffeuer in das demokratische Leben der Jugendfeuerwehren und Feuerwehren ebenso hineingeschaut wie auch über den Tellerrand hinaus. Demokratie lebt von Menschen und damit auch von Kindern und Jugendlichen. Unterschiedliche Berichte wurden veröffentlicht, alle jedoch unter dem Aspekt, dass Jugend diskutiert, Anforderungen formuliert und somit mitgestaltet.

Häufig liest man dieser Tage, dass unsere Demokratie in Gefahr sei. Ob dies wirklich so ist, wird wie so oft erst die Zukunft zeigen. Daran aber, dass die Deutsche Jugendfeuerwehr mit allen ihren Mitgliedern und Bestandteilen weiterhin daran mitwirkt, Demokratie zu erhalten, zu entwickeln und zu fördern, kann kein Zweifel bestehen.

Viel Spaß und Freude beim Lesen und nicht vergessen: Wir (er)leben Demokratie.

Willi Donath

VFA Jugendpolitik & Integration

Matthias Düsterwald

VFA Bildung

#throwback

Zwei Jahrzehnte starke Demokratie

„Demokratie (mit)gestalten“, dafür steht die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) seit ihrer Gründung im Jahr 1964. Unzählige Veranstaltungen und Aktionen sowie Publikationen und Veröffentlichungen standen und stehen bis heute unter ebendiesem Thema. Der Rückblick auf die vergangenen zwanzig Jahre zeigt auf, dass die Stärkung von Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe zu den nachhaltigsten Themen in der Verbandsarbeit gehört. Er gibt außerdem einen einzigartigen Überblick, wo die Deutsche Jugendfeuerwehr mit den Landes-, Kreis- und örtlichen Jugendfeuerwehren bundesweit wie international unterwegs war, und welche Themenfelder hierbei besetzt wurden.

1999 ZEIT FÜR VERÄNDERUNG

In seiner Bilanz zum Jahreswechsel Januar 1999 schreibt Bundesjugendleiter Marcus Schleef:

„Während des Delegiertentages in Dormagen wurde ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich mit der Änderung der Jugendordnung befassen soll. Obwohl der Herabsetzung des Durchschnittsalters bei der Delegierten-Vollversammlung 1997 nicht zugestimmt wurde, sind wir der Meinung, dass wir der Partizipation von Jugendlichen in unserem Verband ein größeres Augenmerk zu schenken haben. Wir möchten Jugendliche in der Zukunft mehr in unsere Arbeit einbinden. Das darf natürlich nicht so geschehen, dass Jugendliche als ‚Stimmvieh‘ zu Verhandlungen mitgenommen werden, sondern hier muss eine ganz klare Abgrenzung erfolgen, für welchen Bereich Jugendliche in die Organe der Deutschen Jugendfeuerwehr eingebunden werden. Spätestens zum Jahr 2001 soll die Jugendordnung so überarbeitet sein, dass in ihr auch Jugendliche Platz finden. Schwerpunkt in diesem Jahr wird deshalb die Partizipation von Jugendlichen sein.“

Gerald Schäuble, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, betont:

„Jugend braucht heute starke Jugendverbände, die ihre Interessen vertreten. Die Deutsche Jugendfeuerwehr ist mit ihrem Engagement, mit ihrer Arbeit und ihren Ideen auf dem richtigen Weg.“

Lauffeuer 1-1999

BESCHLUSS ZU MEHR MITBESTIMMUNG

Die Diskussion über die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendfeuerwehr ist fast so alt wie es die Jugendfeuerwehren selbst sind. Schon sehr früh setzten sich Einzelne vehement für die Mitwirkung von Jugendlichen ein. Doch wer sich mit dieser Thematik intensiv auseinandergesetzt hat, hat in der Vergangenheit auch Enttäuschungen über fehlgeschlagene Versuche der Beteiligung hinnehmen müssen. Zu groß war die Zahl derer, die am alten hierarchischen Schema festhielten und sich dem Gedanken der Teilhabe von Jugendlichen entgegensetzten.

Im Rahmen der Sitzung des Deutschen Jugendfeuerwehrausschusses 1998 in Dormagen war es dann aber so weit: Die Mitglieder fassten den Beschluss zu mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendfeuerwehr und bildeten dazu einen Arbeitskreis. Dieser bestand aus Vertreter*innen aller Bundesländer und hatte zum Ziel, die Mitbestimmung von Jugendlichen und die Einbringung ihrer Gedanken und Wünsche innerhalb der

1999

Gruppe zu stärken. Betont wurde, wie ungemein wichtig es für die Jugendlichen ist, an der Basis mitbestimmen zu können und in Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden. Jugendliche sollten an der Gestaltung der Dienstpläne und Übungen teilhaben, Wahlen in Form von Delegierten mitbestimmen, Transparenz innerhalb des Vorstandes erleben, über Finanzierungsangelegenheiten informiert werden und kreisübergreifend planen und agieren dürfen. Einig wurde die Auffassung geteilt, dass man auf diesem Gebiet nur vorankommen konnte, wenn alle Beteiligten unterstützen und im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen und Aktionen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

„MEHR DEMOKRATIE WAGEN...“

oder wie junge Mitglieder in der Jugendfeuerwehr mehr mitreden können“ war Anfang der Jahres 1999 Titelthema des Lauffeuers, der offiziellen Mitgliederzeitschrift der Deutschen Jugendfeuerwehr. Die Leser*innen wurden an den Begriff „Partizipation“ (Teilhabe) herangeführt, dieser sollte in den Arbeitsalltag der Jugendfeuerwehren integriert und geeignete Möglichkeiten dazu aufgewiesen werden.



BETEILIGUNG VON MEHR MÄDCHEN UND FRAUEN IN DER JUGENDFEUERWEHR

Ein Modellprojekt der Hessischen Jugendfeuerwehr zur Beteiligung in der Jugendfeuerwehrarbeit widmete sich vor allem den Mädchen und jungen Frauen in der Feuerwehr. Unter anderem mit einer Seminarreihe zu diesem Thema.

„Eine profilierte und eigenständige Mädchen- und Frauenarbeit, die von gegenseitiger Kooperation und nicht durch Konfrontation geprägt ist, gewinnt in der verbandlichen Jugendarbeit der Feuerwehren eine immer größere Bedeutung. Hinzu kommt, dass die betroffenen Mädchen/Frauen ein neues Selbstbewusstsein entwickelt haben, das zu einer veränderten Rollenidentität geführt hat. Dabei geht es weniger um die abgedroschene Formel nach mehr Gleichberechtigung als vielmehr um das Realisieren und Ermöglichen von echter Teilhabe und damit um demokratische Partizipation.“

Die Angebote stießen in Hessen auf großen Anklang. Um die Arbeit fortzuführen und weiterzuentwickeln, merkte man aber schnell, dass ehrenamtliche Mitarbeiter*innen ihre Leistungsgrenzen erreichen und es unumgänglich war, kompetente Begleitung und Unterstützung zu bekommen.

ARBEITSTAGUNG ZUM THEMA PARTIZIPATION

Anfang Februar 1999 fand in Hümpfershausen/Thüringen eine Arbeitstagung zum Thema Partizipation statt. Die rund 50 jugendlichen Teilnehmer*innen berichteten von teils sehr unterschiedlichen Erfahrungen zum Thema und bewerteten die Möglichkeiten zur

1999

Mitbestimmung meist positiv. Differenzierter waren dann aber die Antworten auf die Frage: In welchem Bereich meiner Jugendfeuerwehr möchte ich mehr mitbestimmen? In verschiedenen Workshops erarbeitete man nicht nur zu dieser Frage Ergebnisse (Dienstplangestaltung, Veranstaltungen, Zuschüsse), sondern erstellte einen umfangreichen Forderungskatalog. Der Stein der Mitbestimmung wurde definitiv ins Rollen gebracht.



SERIE PARTIZIPATION IM LAUFFEUER

Das Lauffeuer beteiligte sich am Schwerpunktthema Partizipation. Veröffentlicht wurde eine Serie mit praktischen Tipps zu den Möglichkeiten und Grenzen der Mitbestimmung durch Kinder und Jugendliche in der Jugendarbeit der Jugendfeuerwehr.

Erstes Themenfeld waren Ausflugsfahrten und Freizeiten. Gerade diese bieten einen besonderen Rahmen für Mitbestimmung, da sie immer die ganze Gruppe betreffen und es zwischen der kompetenten Vorstrukturierung des Ablaufs und dem völligen „laufen lassen“ viele Gestaltungsmöglichkeiten für die Jugendlichen zum Mitbestimmen gibt. Die Planung von Freizeiten vollzieht sich innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens, welcher den Jugendlichen die direkte Umsetzung ihrer Bedürfnisse und Ideen ermöglicht. Durch die Einbeziehung der Jugendlichen in die Vorbereitung wird nicht nur das Leitungsteam entlastet. Vielmehr hat die Gruppe auch die Gelegenheit, sich selbst mit der Freizeit zu identifizieren. Den Betreuenden wurde geraten, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, während der Freizeiten ihre Meinung mittels Schwarzem Brett, in einer Lagerzeitung oder einem Lob- und Meckerkasten äußern zu können. Auch in einem Lagerparlament sollten sich Teilnehmer*innen sowie Teamer treffen, um sich über inhaltliche Themen auszutauschen, aber auch um Unzufriedenheit äußern zu können.

Auch bei der Planung und Durchführung von Gruppenstunden wurde im zweiten Teil der Serie die Mitbestimmung als wichtiger Aspekt gesehen, um die Motivation und den Spaß an den Aktivitäten aufrechtzuerhalten. Je nachdem, ob es sich um größere Projekte oder kleinere Aktivitäten handelt, kann man die Jugendlichen in die jeweiligen Planungsphasen kurz- oder längerfristig mit einbeziehen. Um Mitsprache fair und effektiv zu verwirklichen, bieten sich verschiedene Methoden an, die es ermöglichen, die Interessen zwischen der Gruppenleitung und Gruppenmitgliedern zu erörtern und abzugleichen. Hier wird zum Beispiel ein „Blitzlicht“ zu Beginn der Treffen als fester Bestandteil des Stundenplans vorgeschlagen, das den Teilnehmenden die Möglichkeit gibt, kurz darüber zu berichten, wie es ihnen geht und welche Erwartungen sie an das Treffen mitbringen. Weitere Ideen sind ein sogenannter „Programmrat“, zusammengesetzt aus Betreuenden und Jugendlichen, der die Aktivitäten gemeinsam aussucht und plant sowie die Dokumentation von Kritik und Lob, Anregungen und Wünschen und eine gemeinsame Reflexion über vergangene Gruppenstunden.

In Teil 3 der Serie wurden Tage der offenen Tür, Sommerfeste, Umfragen, Foto- und Videodokumentationen und Infostände als praktische Beispiele zur Planung und Mitgestaltung von Öffentlichkeitsprojekten vorgestellt.

Tipp: Wir haben für Euch die Lauffeuer-Artikel der Serie auf Lauffeuer-online (Brandheiß/Dienstbetrieb) gestellt.

THEMA AUCH BEIM DELEGIERTENTAG IN HUSUM

1999

Während des Delegiertentages Anfang September 1999 haben sich die Delegierten ebenfalls mit dem Thema „Mitbestimmung/Teilhabe in den Jugendfeuerwehren“ auseinandergesetzt. Das Lauffeuer fasst die wichtigsten Kernaussagen zusammen:

Unterstützt werden muss die Partizipation (Teilhabe) junger Menschen in Jugendverbänden und -ringen durch transparente Strukturen innerverbandlicher Demokratie.

Jens Peter Jensen, Geschäftsführer des LJR Schleswig-Holstein in seinem Referat

Wir brauchen Jugendausschüsse in den Jugendgruppen vor Ort, Transparenz bei den Entscheidungen der Wehrleitung und keine Willkür und Unantastbarkeit bei unseren Verantwortungsträgern! Nur wer Jugendfeuerwehr- und Feuerwehrmitglieder in die Entscheidungen einbezieht und /oder ihnen notwendige Entscheidungen plausibel macht, wird motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

Wenn Jugendverbände „Werkstätten der Demokratie“ sein wollen, dann müssen sie auch jungen Menschen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Möglichkeiten bieten, erfolgreich und befriedigend in den Strukturen mitzuwirken. Für die Verbandskultur heißt das die ständige Diskussion über Tradition, Zielsetzungen und deren Umsetzung zwischen unterschiedlichen Mitgliedern.

Jens Peter Jensen, Geschäftsführer des LJR Schleswig-Holstein in seinem Referat

Jugendfeuerwehren auf allen Ebenen müssen auch künftig an vielen Punkten unbequem und „allzu fortschrittlich“ wirken, wenn sie sich darüber bewusst sind, dass von ihnen wichtige Impulse für eine Fortentwicklung des Jugendverbandes und der Feuerwehren ausgehen. Ein guter Jugendfeuerwehrwart legt diesen mitunter unpopulären Blick für notwendige Veränderungen nicht ab.

Wir wollen allen Leserinnen und Lesern Mut machen, sich auf Experimente einzulassen. Notwendig ist dabei der Dialog – nicht die Konfrontation – zwischen allen Beteiligten: Jugendlichen, Betreuern*innen und den Verantwortlichen der aktiven Feuerwehren. Veränderungen brauchen Zeit, kosten Energie und passieren zunächst im Kopf. Die Einstellung „Mit dem Kopf durch die Wand“ hilft kaum weiter und Erfolge im Verbandsbereich erringt kaum jemand von heute auf morgen.

War es vor 20 Jahren noch relativ einfach, Jugendliche „zu binden“, so hat sich das heute grundlegend geändert. Platt ausgedrückt sind wir aus Sicht der Jugendlichen auf dem „Modernisierungsprüfstand“ und stehen zudem in Konkurrenz zu kommerziellen Anbietern, die allerdings oft schlechter sind (und teurer) als wir.

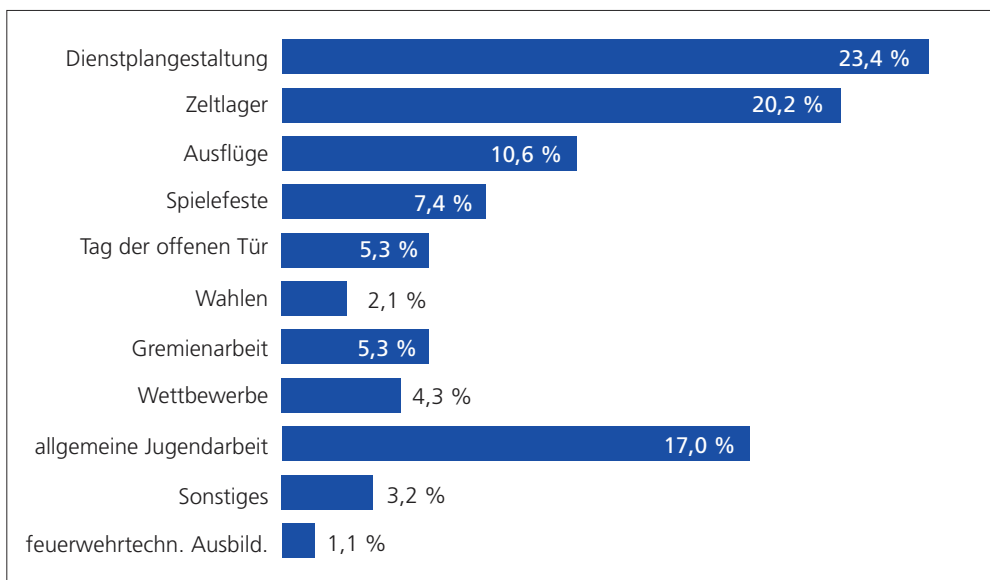
Holger Schönfeld, Bildungsreferent JF Hessen

Diese Stärken haben wir in den vergangenen Jahren vermehrt nach außen getragen. Wir genießen großes Ansehen; die Verbindung zwischen steigender Nachfrage durch junge Menschen, eine große Aufgeschlossenheit der Jugendbetreuer*innen vor Ort und das nicht aufgegebene ureigene Motiv des Helfenwollens machen uns nach außen attraktiv. Wir sollten uns künftig selbstbewusster präsentieren.

1999

Die Fachausschüsse der Deutschen Jugendfeuerwehr haben im Vorfeld der Delegiertenumfrage einen Fragebogen zur Einstimmung auf den Fachbeitrag „Mitbestimmung“ herausgegeben. Im Ergebnis wurde festgehalten:

Typische Beispiele, bei denen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, selbst zu gestalten.



Wer soll das Thema in den Jugendfeuerwehren weiterbearbeiten?



Der Bereich der feuerwehrtechnischen Ausbildung war der häufigste genannte Bereich, in dem nach Ansicht der Befragten keine Mitbestimmung möglich ist. Hier wurde allerdings nicht deutlich, ob die Befragten dabei die Durchführung oder die Wahl der Inhalte meinen.

Einig waren sich die Befragten, dass Kinder und Jugendliche mitbestimmen wollen und sie selbst bereit sind, neue Wege zu gehen, um die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu verbessern.

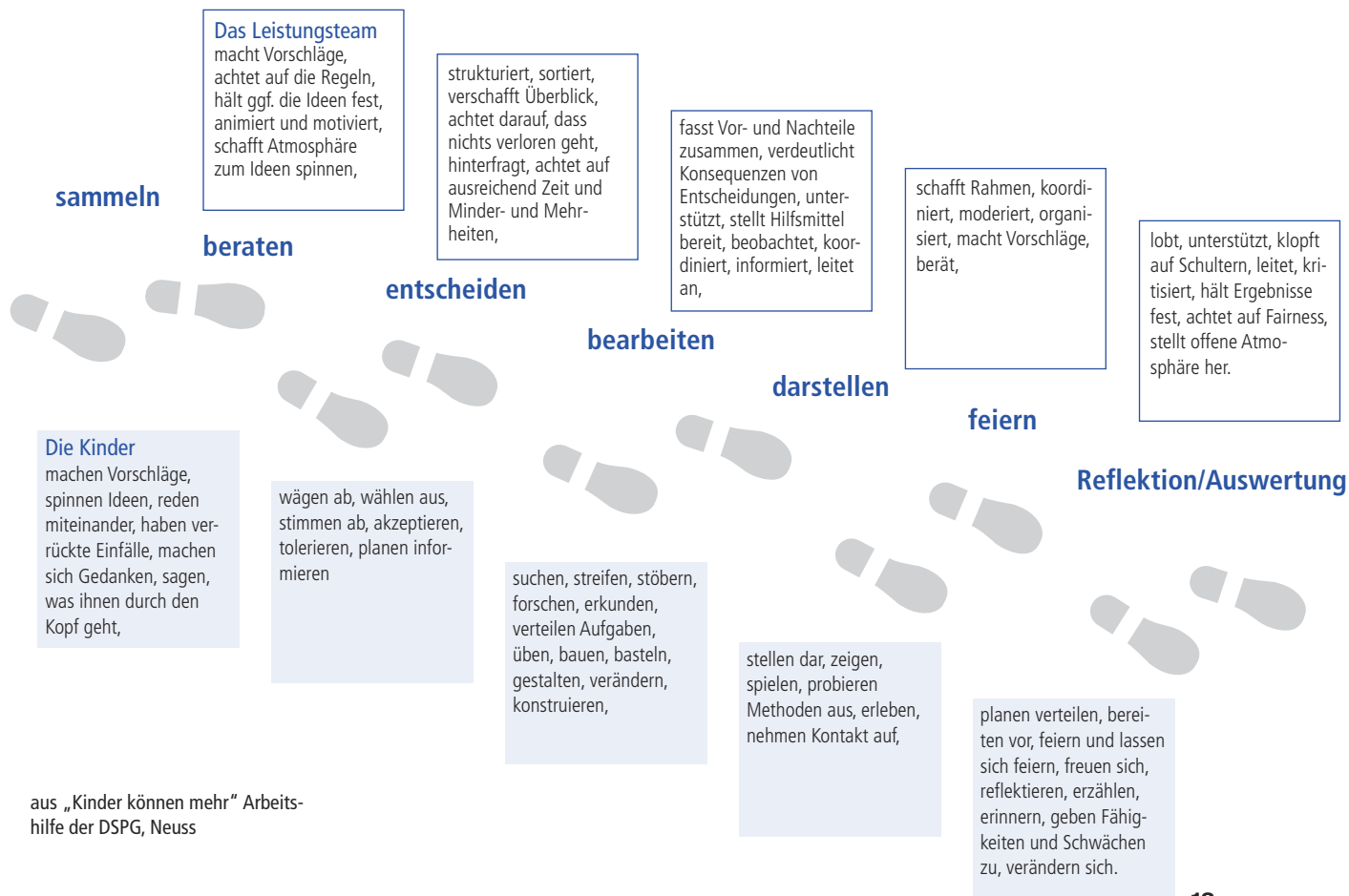
Annette Ruckwied, JF BaWü

Die Delegierten haben während der Veranstaltung ihre Stellungnahme zum Thema abgeben können. Grundsätzlich begrüßten die Anwesenden die Diskussion und hielten unter anderem fest:

- **Teilhabe muss in der unteren Ebene beginnen, damit sie auch in den Folge-
gremien da sein kann.**
- **Alle Jugendlichen sollten aufgefordert werden, ihre Meinung zu sagen.**
- **Teilhabe muss erlebnisorientiert und erfolgsorientiert sein; sie darf nicht von
oben herab verordnet werden.**
- **Wir verstehen uns alle als Partner – wir sind alle gleich, keiner darf gleicher
sein.**
- **Teilhabe heißt Teilnehmen: alle sind aufgefordert, auch Kräfte der Orts-, Stadt-
und Kreisebenen, die Arbeit der Deutschen Jugendfeuerwehr mitzugestalten.**
- **Teilhabe soll man einfach mal tun, nicht lange darüber reden.**

2000 ARBEITSHEFT MITBESTIMMUNG

Im Januar 2000 erschien ein kleines Arbeitsheft im DIN A5 Format mit dem Titel „Mitbestimmung in den Jugendfeuerwehren der Orte, Städte, Gemeinden und Kreise“. Und genau das bezweckte die Broschüre: Mitbestimmung sollte sich nicht nur als ein Tagesordnungspunkt auf Bundesebene herausstellen, sondern eingreifen in die Verbandsarbeit bis hinunter in die Ortsebene. Die Deutsche Jugendfeuerwehr veranschaulichte die immense Wichtigkeit der Mitbestimmung und deren Vorteile, gab Praxistipps und beschrieb Schritt für Schritt, wie mehr Partizipation funktionieren kann. Dass das Thema auch rechtlich fundiert war, wurde im Lauffeuer verdeutlicht, indem die betreffenden Artikel der UN-Kinderrechtskonvention von 1988 verständlich erklärt wurden.



2000

Die Statistik von 12/1999 wies auf, dass 5.800 Jugendfeuerwehren in über 16.000 Gruppen noch keinen gewählten Jugendfeuerwehrausschuss hatten. Die These dazu: „Mitbestimmung kann nur da anfangen, wo Jugendwart*innen dies auch zulassen.“

„ANSICHTEN EINER JUGENDFEUERWEHR“

Die Deutsche Jugendfeuerwehr richtete auf ihrer neu gestalteten Homepage ein Meinungsforum ein. Hier gab es die direkte Möglichkeit, sich auszutauschen, Kritik zu üben, auf Vorschläge einzugehen und Projekte zu unterstützen. Chats zu bestimmten Themen und Informationsbörsen waren in der Planung. Die Möglichkeit zur Partizipation kam an der Basis gut an.

2001 DEUTSCHER JUGENDFEUERWEHRTAG IN SAARLOUIS

Auch beim Deutschen Jugendfeuerwehrtag in Saarlouis im September 2001 war Mitbestimmung ein großes Thema. Für Kinder und Jugendliche gab es zahlreiche Workshops zu spannenden und auch inhaltlichen Themen. Im Workshop mit dem Titel „Mitbestimmen – Rechte haben leicht gemacht, wer bestimmt wo es lang geht?“ wurde mit einer Fotostory dieser Frage auf den Grund gegangen. Kinder und Jugendliche schrieben selbst das Drehbuch und führten Regie. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen!

Außerdem wurde unter anderem das Symposium „Mitbestimmung in den Jugendfeuerwehren auf allen Ebenen – und es klappt doch!“ für Leitungskräfte in der Jugendarbeit angeboten:

Die Teilnehmer*innen waren sich einig, dass Mitbestimmung auf allen Ebenen praktikierbar ist. Denn: Sie schafft Transparenz zwischen den Ebenen und verhindert, dass Informationen auf dem Weg nach unten verschwinden. Durch die verschiedenen Formen der Mitbestimmung (Foren, Jugendsprecher, Projektarbeit etc.) kommt es teilweise zu einer Aufgabenverschiebung beim Leitungsteam. Dies erfordert auf allen Ebenen ein Umdenken, was vor allem in den Reihen der Aktiven oft bewusst oder unbewusst boykottiert wird. Weiter wurde in der lebhaften Diskussion deutlich, dass Mitbestimmung nur im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen erlebbar sein kann. Die Teilnehmer*innen betonten, dass wenn Mitbestimmung gewollt wird, Argumente wie beispielsweise eine schlechte Mobilität der Kinder und Jugendlichen nicht zählen dürften. Die Mehrheit der Teilnehmer*innen hat bereits gute Erfahrungen mit den unterschiedlichen Formen und Möglichkeiten der Mitbestimmung gemacht.

Lauffeuer 11- 2001

ÄNDERUNG IN DER JUGENDORDNUNG

Aber in Saarlouis gab es nicht nur Workshops und Symposien, sondern auch eine Delegiertenversammlung bei der eine entscheidende Änderung der Jugendordnung beschlossen wurde. Die für die Mehrzahl der Mitglieder der Deutschen Jugendfeuerwehr gravierendste Änderung war die Einführung eines Jugendforums auf Bundesebene (Artikel 15).

- *Jugendforen sind nach den demokratischen Grundsätzen entsandte Vertretungen junger Menschen in der DJF, die die besonderen Interessen der Jugendarbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen vertreten.*
- *Die Mitglieder des Bundesjugendforums sollen Mitglieder der Jugendfeuerwehr der Länder sein. Das Bundesjugendforum gibt sich eine Geschäftsordnung, die durch den DJFA genehmigt wird.*
- *Das Bundesjugendforum tagt mindestens einmal jährlich und wird durch zwei Sprecher*innen (Bundesjugendsprecher*in) vertreten. Das Bundesjugendforum ist zu wichtigen inhaltlichen und projektbezogenen Angelegenheiten, welche die Arbeit mit jungen Menschen betreffen, zu hören. Die zwei Bundesjugendsprecher*innen haben Sitz und Stimme im Deutschen Jugendfeuerwehrausschuss.*
- *Der Deutsche Jugendfeuerwehrausschuss kann dem Bundesjugendforum bestimmte Angelegenheiten, welche die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen betreffen, zur Entscheidung übertragen.*
- *Das Bundesjugendforum wird von einem*r Referenten*in des Bundesjugendbüros begleitet und koordiniert.*

2002 ERSTES JUGENDFORUM DER DJF DURCHGEFÜHRT

Auf Einladung über die Landesjugendfeuerwehrwarte trafen sich „ausgewählte“ Jugendliche aus 14 Bundesländern im Frühjahr 2002 zum ersten Bundesjugendforum der Deutschen Jugendfeuerwehr. „Ausgewählt“ oder „entsendet“ von einem gewählten Gremium? Hier wurde bereits ein Manko der Veranstaltung deutlich – nur in wenigen Bundesländern gab es bis dato ein Jugendforum auf Landesebene.

Schon bald war aber unabhängig davon klar, dass alle Teilnehmenden hoch motiviert waren und etwas bewegen wollten. Sie waren sich ihrer Verantwortung bewusst, für über eine Viertel Million Jugendfeuerwehrmitglieder ein Gremium aufzubauen, das künftig die Meinung der Basis widerspiegeln sollte. Eines der ersten Themen war es, das Verständnis darüber zu formulieren, welchen Auftrag das Bundesjugendforum von den Delegierten erhalten hatte und mit welcher „Macht“ es ausgestattet worden ist. Regularien zur Struktur, über Altersgrenzen und Wahlverfahren mussten diskutiert und formuliert und Themen und Schwerpunkte für die Zukunft festgelegt werden. Die Jugendlichen leisteten großartige Pionierarbeit und wählten im Anschluss die ersten beiden Jugendsprecher Anja Drombrowski und Sebastian Tschenisch.



2002

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 2002 IN GIFHORN

Die beiden Jugendsprecher Anja Drombowski und Sebastian Tschenisch im Gespräch mit Ministerpräsident Sigmar Gabriel.



Zum Delegiertentag der Deutschen Jugendfeuerwehr in Gifhorn (NI) hatte sich hoher Besuch angesagt. Sigmar Gabriel, damaliger Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, war gekommen, um über das Thema „Rechtsextremismus und Gewalt – die Rolle der Jugendfeuerwehren“ zu sprechen und sich anschließend den Fragen der Jugendlichen zu stellen. Derer waren allerdings nicht allzu viele unter den Delegierten, was auch Sigmar Gabriel nicht entging. „Man muss auch mal die Jungen ans Ruder lassen. Die können das nämlich auch! Und nächstes Mal sitzen die hier vorne“ war seine Aussage dazu.

Zwei Jugendliche kamen im Rahmen der Veranstaltung zu Wort. Während die einzelnen Fachausschussvorsitzenden lediglich schriftliche Berichte eingereicht hatten, zu denen keine Fragen aufkamen, stellten die beiden neu gewählten Bundesjugendsprecher*in die von ihnen geleistete Arbeit noch einmal persönlich vor. Als künftige Themen nannten sie insbesondere die Wettbewerbsordnungen, die die Jugendlichen gerne einmal durchleuchten wollten. Dies führte zu der Frage eines Delegierten, ob man den jetzt alle zwei Jahre, wenn das Jugendforum personell neu besetzt würde, mit einer neuen Wettbewerbsordnung zu rechnen habe. Daraufhin traten jedoch etliche andere Delegierte unter Applaus den Sprechern bei: „Für wen machen wir denn die Wettbewerbe? Für uns oder für die Jugendlichen? Dann sollten sie sich ruhig auch einmal Gedanken machen!“

JUGEND GESTALTET EUROPA

Im Juli 2002 diskutieren 210 junge Europäer*innen zwischen 18 und 25 Jahren aus 28 europäischen Ländern in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel über das Europa der Zukunft in einem Jugendkonvent. Mit von der Partie waren auch elf Deutsche. Das Lauffeuer berichtete über die formulierten Forderungen, bei denen Demokratie und Mitbestimmung eine wichtige Rolle spielten.

**„HARTE ARBEIT AUF HÖCHSTEM NIVEAU“ –
DAS ZWEITE JUGENDFORUM DER DJF**

Zahlreiche Startschwierigkeiten mussten behoben, Probleme gelöst und Kommunikationswege gefunden werden. Den Sprecher*innen fehlte es nicht an Arbeit, aber an Motivation genauso wenig. Dies war Konsens zu Beginn des zweiten Bundesjugendforums im November 2002 in Fulda. Schwerpunkt des Treffens war das Erstellen einer eigenen Geschäftsordnung. Strittige Themen waren unter anderem das Alter der Stimmberechtigten, die Anzahl der Mitglieder im Bundesjugendforum (BuJuFo) und die Wahl der Mitglieder. Nach einem arbeitsintensiven Samstag war man sich sicher, dass die Rohfassung die Akzeptanz der Bundesjugendleitung finden und die Geschäftsordnung sehr bald in Kraft treten würde.

Viele weitere Themen wurden im Verlauf angeschnitten und teilweise mit dem Fachausschuss Jugendpolitik diskutiert, der gleichzeitig tagte:

2002

■ Abschaffung der Wehrpflicht

Viele der Jugendlichen sprachen sich für die Abschaffung der Wehrpflicht aus und waren generell für eine stärkere Förderung des freiwilligen Engagements in Hilfsorganisationen.

■ Mitarbeit im DBJR

Hier stellte sich die Frage, warum die direkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht möglich sei und nur Erwachsene dort die Entscheidung herbeiführen würden. Schließlich handelt es sich doch um das höchste Gremium der Zusammenschlüsse der Kinder- und Jugendringe der Jugendverbände etc., die bundesweit die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten.

Noch nicht alle Bundesländer verfügten 2002 über ein Landesjugendforum, ganz zu schweigen von den untergeordneten Jugendfeuerwehrgruppen. Beim zweiten Bundesjugendforum war deshalb auch Eigenwerbung, Mitgliedergewinnung und Außendarstellung ein wichtiges Thema.

2003 „EUROPA, WIR MACHEN MIT!“

Dieses Motto galt auch für die Jugendfeuerwehren. Für das Lauffeuer interviewten im Jahr 2003 Jugendliche politisch Verantwortliche aus Bundestag und Europäischem Parlament. Sicher war: Jugend braucht Europa – aber Europa braucht auch die Jugend.

Neugierig auf Europa und Jugendfeuerwehren im Ausland organisieren zahlreiche Jugendgruppen Austausch, die durch den Kinder- und Jugendplan, oder durch das Deutsch-Französische sowie Deutsch-Polnische Jugendwerk oder die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gefördert wurden.

Bei den Internationalen Jugendfeuerwehrwettbewerben, die alle zwei Jahre in einem der CTIF-Mitgliedsstaaten ausgerichtet werden, treffen sich Jugendliche und Betreuer*innen aus über zwanzig Nationen zum Wettbewerb, zu Spiel, Spaß und gemeinsamen Austausch. Zur Internationalen Jugendleiterkommission finden sich zudem Ausbilder*innen, Betreuer*innen und Bildungsreferent*innen zusammen, um sich in Bildungsfragen abzustimmen und voneinander zu lernen.

NEIN ZUM IRAK-KRIEG

Jugendverbände sagen öffentlich Nein zum Irak-Krieg. Im Internetforum der DJF gibt es zahlreiche Postings. Auch Mitglieder des Jugendforums sprechen sich deutlich gegen den Krieg aus.

EIN JAHR JUGENDFORUM DER DJF

Ein deutlicher Aufschwung ist zu erkennen! In immer mehr Bundesländern werden Jugendforen abgehalten, selbst wenn sich noch einige Landesjugendfeuerwehren gegen Landesjugendforen aussprechen und die Unterstützung einzelner Landesjugendfeuerwehrwarte fehlt.

2003

Im Rahmen der Sitzung in Fulda wurde die neue Geschäftsordnung auf den Weg gebracht und ein Flyer zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades entwickelt. Die Bundesjugendforumsmitglieder tauschten sich mit dem parallel tagenden Fachausschuss Wettbewerbe zur Wettbewerbsordnung aus. Weitere Themen waren die Ganztagschulen-Problematik, Öffentlichkeitsarbeit und die allgemeine Jugendarbeit.

AKTIONSMEILE ZU 150 JAHRE DFV

Die DJF beteiligte sich mit einer Aktionsmeile in Ulm am 150. Geburtstag des Deutschen Feuerwehrverbandes. Neben Brandschutzmobil und Stadtspiel setzte man sich auch öffentlich mit inhaltlichen Themen wie Umweltschutz und Rechtsextremismus auseinander.

2004 LAUFFEUER BEIM BUNDESPRESSETAG

Redet man bereits von Tradition, wenn man eine Sache im dritten Jahr in Folge macht? Sicher noch nicht. Trotzdem gehörte der Termin im Mai 2004 damals für das Lauffeuer zu einem gerne wahrgenommenen Meeting: Auf dem Bundesjugendpresstetage der CDU/CSU mit hochrangigen Politikern*innen informierten sich Redakteur*innen des Lauffeuers, um anschließend Politik hautnah im Heft darzustellen.

„QUO VADIS?“ – „WOHIN GEHST DU?“

Bei einer Jugendforumstagung im April 2004 blickten Jugendliche in die Zukunft. „Quo Vadis, wohin gehst du?": Wie sieht die Arbeit zum Beispiel im Jahr 2015 im Jugendforum aus? Gibt es die Bundesrepublik noch? Gehen wir 2015 in die Schule oder haben wir Unterricht vor dem PC? Was ist mit der Jugendfeuerwehr? Braucht man sie dann überhaupt noch? Quo vadis, Jugendforum?

„Mit so viel Erfolg hätte damals, als wir angefangen haben, niemand gerechnet!“, versicherte der damalige Bundesjugendreferent im Laufe der Tagung immer wieder und blickte zufrieden auf die letzten zwei Jahre zurück und gleichzeitig in die Zukunft.

Wie wird sie für die Jugendlichen aussehen? Können wir uns das heute überhaupt vorstellen? Für die jugendlichen Vertreter*innen der Länder war eines vor allem klar: Sie wollen mehr Jugendliche in den Führungspositionen sehen und noch mehr Mitbestimmungsrecht bekommen. Es sollte – und das nicht erst 2015 – Jugendforen in allen Ebenen geben, sodass Partizipation erfolgreich stattfinden kann.

40 JAHRE DJF

„Was wäre eine Jugendfeuerwehr, in der die Jugendlichen einfach nur Mitglieder sind? Die Kids können zur Feuerwehr gehen und Spaß haben, doch die Mitbestimmung fehlt. Solch ein Leben in der Feuerwehr wird mit der Zeit langweilig, denn die Jugendlichen wissen ganz genau, was sie wollen und vertreten ihre Interessen gern selbst. Sie brauchen keinen Jugendwart, der alles über ihre Köpfe hinweg entscheidet. Lieber wollen sie gemeinsam Ziele verwirklichen nach dem Motto: Nur zusammen sind wir stark.“

2004

Diese Zusammenarbeit ist nicht nur in Deiner Jugendfeuerwehr wichtig, sondern auch auf Landes- und auf Bundesebene. Die DJF hat schon seit mehreren Jahren ein Jugendforum, welches sehr erfolgreich die Arbeit der Jugendfeuerwehr mitgestaltet. Im Jugendforum sind Vertreter aus den 16 Bundesländern versammelt, alle nicht älter als 19 Jahre.

Was machen sie da? [...] Wir arbeiten im DJFA mit allen Landes-Jugendfeuerwehrwart*innen, mit den Vertreter*innen der Fachausschüsse und mit der Bundesjugendleitung gleichberechtigt zusammen. So arbeiteten wir an der neuen Bekleidungsordnung der DJF mit. Wir haben Punkte hervorgehoben, die im Bundesbewerb zu überdenken sind und wir haben uns dafür stark gemacht, dass 40 Jahre DJF eine Veranstaltung für Jugendliche bleibt. Im Moment erarbeiten wir eine Internetpräsentation. Hier kann dann jeder unsere Arbeit unter die Lupe nehmen und gleich nachfragen. [...]

Wie geht es weiter im Jufo? Wir wollen in der nächsten Zeit weiter dafür kämpfen, dass die verbliebenen Länder den Schritt wagen und ein Jugendforum gründen. Wir wollen noch mehr Jugendliche erreichen, um basisnah arbeiten zu können und um zu zeigen, dass bei der DJF jeder gehört wird und ein jeder seine Zeit in der Jugendfeuerwehr positiv beeinflussen kann. Wir sind also auf die Mitarbeit von Euch Jugendlichen angewiesen, um weiter zukunftsorientiert arbeiten zu können. Immer nach dem Motto: Nur zusammen sind wir stark.

Bundesjugendsprecher Julia Schreckenhöfer und Sebastian Tschenisch zum 40. Geburtstag der DJF

JUGENDFEUERWEHR BEIM BUNDESKANZLER

Die Deutsche Jugendfeuerwehr wurde zu ihrem 40. Geburtstag von Bundeskanzler Gerhard Schröder in den Kanzlergarten eingeladen und bekam die Chance, sich und die vielfältige Jugendarbeit zu präsentieren.



Bundesjugendleiter Willi Gillmann erläuterte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Kanzlergarten unter anderem die Aktion zum Thema „Mitbestimmung“ des Bundesjugendforums.

2005 FESTIVAL FÜR JUNGE POLITIK

Im Juni 2005 trafen sich circa 11.500 Jugendliche in der Berliner Wuhlheide unter dem Titel „Projekt P – misch Dich ein“, um miteinander zu diskutieren, zu debattieren und natürlich zum Feiern. Veranstaltet wurde das Politfestival von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Deutschen Bundesjugendring. Ziel war es, Kinder und Jugendliche zu motivieren, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren und Erwachsene für die Belange von Jugendlichen zu sensibilisieren. Auch die DJF war auf dem Festival vertreten. In einer lockeren Gesprächsrunde wurden die Arbeit der Jugendfeuerwehr und speziell die Organisation des Jugendforums erläutert und dessen Möglichkeiten und Vorteile dargestellt.

2005

ZAHLEN. DATEN. PERSPEKTIVEN. 2005

Von den 17.545 bestehenden Jugendfeuerwehren hatten in 2004 über 6.300 keinen gewählten Jugendfeuerwehrausschuss und keine*n gewählten Jugendsprecher*in – 171 Jugendfeuerwehren weniger als noch im Jahre 2003. Die Deutsche Jugendfeuerwehr warnte: Ohne eine vernünftige und eigenständig strukturierte Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist es nicht verwunderlich, dass Kinder und Jugendliche die Jugendfeuerwehr verlassen, weil sie keine Lust mehr haben. Es darf keine Jugendfeuerwehr ohne Jugendvertretung mehr geben. Nur so ist es möglich, Kindern und Jugendlichen das notwendige Wir-Gefühl zu vermitteln, welches sie brauchen, um sich langfristig an die Jugendfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren zu binden.

„JUGENDVERBÄNDE SIND GELEBTE DEMOKRATIE“

Unter diesem Motto stand die 78. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings 2005 in München. Für die Deutsche Jugendfeuerwehr war unter anderem ein Mitglied des Jugendforums dabei. Er diskutierte mit, als es um die Forderungen von Jugendverbänden an die regierenden Koalitionspartner, an Politik und Wirtschaft ging. Er kritisierte, dass bei den Anträgen häufig ein zu großer Wert auf formale Kleinigkeiten gelegt wurde, sodass Diskussion und die eigentlichen Probleme zu kurz kamen. Aus seiner Arbeit beim Jugendforum der DJF kannte er die viel direktere Problemlösung an der Basis.

DAS BUNDESJUGENDFORUM

Beim Herbsttreffen 2005 stand die Einführung eines C-Teils für Wettbewerbe zur Beratung. Ansonsten auf der Agenda: ein eigener Internetauftritt, eine Arbeitshilfe zum Jugendforum und die Altersgrenze für JuFo-Mitglieder.

2006 „JUGENDFORUM GOES HAUPTSTADT“

Zu seiner neunten Tagung traf sich das Jugendforum der Deutschen Jugendfeuerwehr im April 2006 in Berlin. An dem arbeitsreichen Wochenende wurde vor allem auch die Nähe zu Politik und Feuerwehrspitze genutzt, um einen regen Meinungsaustausch zu führen. Das Treffen mit dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes war nicht nur wegweisend, sondern auch einzigartig in der Geschichte des jungen Forums ebenso wie auch die Einladung eines Parlamentariers in den Deutschen Bundestag. Hier wurde über aktuelle politische Themen diskutiert, wie zum Beispiel „Gewalt an Schulen“, die Ganztagschulproblematik, den demographischen Wandel sowie auch die allgemeine Verstädterung und das Abwandern aus ländlichen Regionen verbunden mit dem Schließen vorhandener Jugendfeuerwehren.



Sowohl im Gespräch mit dem DFV-Präsidenten als auch bei ihrem Termin mit dem Bundestagsabgeordneten

haben es die Teilnehmer*innen des Jugendforums verstanden, die Bedeutung ihrer Arbeit klar darzulegen und auch kritische Fragen zum Beispiel zur Bildungspolitik zu stellen.

BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – BESUCH IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Bei einem Arbeitstreffen im Bundesjugendbüro dankte der Parlamentarische Staatssekretär Alfred Hartenbach für das Engagement der Jugendfeuerwehr für das Bündnis: „Die Beteiligung der Jugendfeuerwehr war förderlich, damit das Bündnis von der Regierungskoalition weitergeführt wird!“. Zwei hessische Jugendfeuerwehren waren drei beziehungsweise zwei Jahre zuvor Preisträger des Bündnisses unter dem Motto „Hinschauen-Handeln-Helfen“.

HJF JUGENDFORUM TRIFFT BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident Horst Köhler lud Mitte 2006 Jugendliche aus ganz Deutschland ein, um mit ihnen zum Thema Bildung zu diskutieren. Drei Mitglieder des hessischen Landesjugendforums waren mit von der Partie, nahmen am Dialog teil und konnten zudem ihren Verband im Plenum vorstellen.



Bundespräsident Horst Köhler (li.) im Gespräch mit Philipp von der Hessischen Jugendfeuerwehr.

BEIM ERSTEN INTERNATIONALEN JUGENDFORUM DES CTIF IN WELS IN ÖSTERREICH

... ging es um die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung. Natürlich war auch die deutsche Jugendsprecherin vertreten, die die Fragestellung und Aufgaben bei der darauffolgenden Sitzung des BuJuFo mit einbrachte.

79. VOLLVERSAMMLUNG DES DBJR – DEMOKRATIE LEBT VOM MITMACHEN

Vertreter*innen der Deutschen Jugendfeuerwehr engagierten sich bei der Vollversammlung der Jugendverbände. Auch Familienministerin Ursula von der Leyen würdigte im Rahmen der Veranstaltung die Arbeit der Jugendverbände und sprach sich dafür aus, dass es „eine vorrangige Aufgabe der Politik sei, der jungen Generation wirkungsvolle Werkzeuge zu geben, damit sie die Zukunft schultern kann.“

Ein Antrag des Bundesjugendrings fordert die Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre. Der DBJR forderte dabei die Politik auf, ernst mit der oft versprochenen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu machen. Dazu müssen neue Möglichkeiten der Beteiligung bei der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft geschaffen und bestehende erweitert werden, hieß es in dem Beschluss.

MITBESTIMMUNG PER ONLINE BEFRAGUNG

Das hatte es vorher noch nicht gegeben. Mehr als 2.500 Jugendfeuerwehrwart*innen (und damit bundesweit 14 Prozent) gaben in der ersten bundesweiten Online-Befragung

2006

der Deutschen Jugendfeuerwehr ausführlich Auskunft. Etwa darüber, wo es vor Ort hakt, welche Erwartungen sie haben und welche Hilfsmittel sie benötigen. Die hohe Beteiligung stellte sicher, dass die Ergebnisse repräsentativ für den gesamten Verband waren. Damit hatte die Befragung ein ähnliches Gewicht wie die Trier Studie Mitte der 1990er.

2007



MIT MENTORING DURCHSTARTEN – AKTIVE JUNGE FRAUEN GESUCHT

Natürlich wurde dieses Projekt, bei dem junge Frauen durch erfahrene Feuerwehrfrauen unterstützt und begleitet werden sollten, in erster Linie durchgeführt, um diesen den Übertritt in die aktive Wehr zu erleichtern. Doch es ging auch um das Stärken von Kompetenzen, dem „Sichtbar-Machen“ von fachlichen, sozialen

und personellen Qualifikationen und nicht zuletzt um die Hinführung zur aktiven Mitbestimmung von jungen Frauen in der Verbandspolitik.

„UNSERE WELT IST BUNT“

Die Deutsche Jugendfeuerwehr startete ihre Integrationskampagne, die von der Stiftung für Demokratie und Toleranz und dem Familienministerium getragen, gestützt und gefördert wurde mit einer Kick-Off-Veranstaltung in Berlin. Die Kampagne sollte die nächsten Jahre zu einem Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit werden.

TAGUNG DES DEUTSCH-RUSSISCHEN JUGENDFORUMS IN BERLIN

Der Deutsche Bundesjugendring und der Nationale Russische Jugendring veranstalteten im Mai 2007 einen Fachkräfteaustausch in Berlin. Als Anschlussprogramm für die russischen Teilnehmer*innen stand auch ein Besuch bei der Hessischen Jugendfeuerwehr an, um Jugendarbeit in Deutschland praktisch kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen. Auch diese Begegnung zeigte wieder einmal, dass Jugendarbeit unabhängig von Staatsgrenzen und politischen Interessen stattfinden und dadurch Menschen miteinander verbinden kann.

JUGENDFEUERWEHR UND POLITIK – MACHT SPASS, PASST SUPER UND VERTRÄGT SICH PRIMA

Auch 2007 war wieder eine Delegation der Hessischen Jugendfeuerwehr beim Tag des Grundgesetzes in Berlin auf Einladung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz vertreten. Zwölf Jugendliche aus dem Landesjugendforum absolvierten hier ein umfangreiches Programm, bei dem nicht nur Kontakte mit einigen Vertreter*innen der Politikprominenz, sondern auch eine aktive Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte vor 1945 und unserer heutigen demokratischen Gesellschaft im Mittelpunkt standen. Ein Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Hohenschönhausen und eine anschließende Diskussion waren ein guter Einstieg in das offizielle Programm des Jugend-

kongresses, verdeutlichte er doch allen, wie wichtig es ist, sich aktiv für Demokratie und Toleranz einzusetzen. In verschiedenen Arbeitsgruppen, wie zum Beispiel dem „Demokratie Workshop“ oder der „Europa-Schreibwerkstatt“, konnten sich die Jugendlichen einbringen.

FEUERWEHR IN NEUER ALLIANZ GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Für den Deutschen Feuerwehrverband und die Deutsche Jugendfeuerwehr unterschrieben der Präsident Hans-Peter Kröger und der Bundesjugendleiter Hans-Peter Schäfer bei einem Treffen mit dem Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Familienministerin Ursula von der Leyen mit den Innenministern der ostdeutschen Bundesländer und Spitzenvertreter weiterer Hilfsorganisationen und der großen Sportverbände in Berlin eine gemeinsame Erklärung gegen Rechtsextremismus. Sie wollten damit aktuellen Entwicklungen entgegentreten und einen aktiven Beitrag zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus leisten.

Tipp: Die Resolution und weitere Lesetipps findet Ihr hier:
<https://jugendfeuerwehr.de/schwerpunkte/demokratie-teilhabe/links-tipps/>



BUNDESINNENMINISTER WOLFGANG SCHÄUBLE ZUM START DER INTEGRATIONSKAMPAGNE

„Die Deutsche Jugendfeuerwehr startet nun gemeinsam mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt die breit angelegte Integrationskampagne „Unsere Welt ist bunt!“. Ich freue mich über diese Zusammenarbeit, die auch als Modell für die notwendige Vernetzung von gesellschaftlichen Kräften dienen kann, die sich für die Erziehung zu demokratischem Bewusstsein und sozialem Engagement in unserer Gesellschaft stark machen.“

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zum Start der Integrationskampagne

2008 „MIT INTERKULTURALITÄT GEHT WAS AB“

Anfang 2008 fand das Seminar zur kulturellen Öffnung von Jugendverbänden statt. Die Deutsche Jugendfeuerwehr war mit fünf Vertreter*innen vor Ort und konnte vor allem die Integrationskampagne „Unsere Welt ist bunt“ vorstellen und zahlreiche neue Impulse für die Arbeit und die Kampagne mitnehmen.

NETZ GEGEN NAZIS

Im April 2008 startete die Wochenzeitung DIE ZEIT gemeinsam mit der Deutschen Jugendfeuerwehr und dem Deutschen Feuerwehrverband, dem Deutschen Fußballbund und der Deutschen Fußball Liga sowie dem ZDF ein bundesweites Projekt gegen Rechtsextremismus. „Netz gegen Nazis – der Rat gegen Rechtsextremismus“ war eine Online-Plattform für alle, die sich für dieses wichtige Thema interessierten – vor allem aber für jene, die Fragen hatten und Antworten erhalten wollten.

2008

U18 KAMPAGNE

Die Deutsche Jugendfeuerwehr rief zu einer deutschlandweiten Beteiligung an der U18 Kampagne, die u. A. die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung anstrebte sowie am Jugendkongress der Verbände und am Jugendforum „Kind-/Jugendgerechtes Deutschland 2010“ auf.

**AUFKLÄRUNG ZUM THEMA RECHTSEXTREMISMUS**

Das Lauffeuer nahm 2008 das Thema Rechtsextremismus unter die Lupe. Geschichtliche Fakten stellten die Einführung dar, um den Leser*innen die Notwendigkeit aufzuweisen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und aktiv für Demokratie einzustehen. Die Begriffe „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus“ wurden erklärt und rechte Gruppierungen mit ihren Symbolen und Erkennungsmerkmalen aufgelistet. Die Jugendfeuerwehren sollen sensibilisiert werden und wissen was zu tun ist, wenn rechtsextremistisches Gedankengut in ihren Alltag eindringt.

BERLIN '08

„Berlin '08“ war ein großes Politikfestival, das vom Deutschen Bundesjugendring, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend organisiert wurde. Ein ganzes Wochenende lang konnten sich in der Berliner Wuhlheide Organisationen, junge Parteien und Vereine vorstellen, ihre Aktionen bekannt machen und mit über 500 Workshops für ein nachhaltiges Politikinteresse sorgen.



„Wir sind gegen Nazis, weil...“ - Zahlreiche Festivalbesucher haben mit ihrem Statement ein Zeichen gegen Nazis gesetzt.

Die Deutsche Jugendfeuerwehr bot den Workshop „Wir brennen auf die Zukunft“ an. Mit interessierten Jugendlichen wurde ausgearbeitet, wie ein jugendgerechtes Deutschland 2010 aussehen könnte – besonders Partizipation und Bildung war den Jugendlichen hier wichtig. „Wir sind gegen Nazis, weil ...“ zahlreiche Besucher*innen setzen im Zelt der Deutschen Jugendfeuerwehr mit ihrem Statement ein Zeichen gegen Nazis.

NATIONALER AKTIONSPLAN

Die Deutsche Jugendfeuerwehr beteiligte sich mit dem Projekt „Wir brennen auf die Zukunft“ mit Ideen und Impulsen der Jugendlichen kreativ an der Umsetzung des nationalen Aktionsplanes für ein kindgerechtes Deutschland 2005 bis 2010. Durch das Projekt sollten Kinder und Jugendliche ermutigt werden, sich mit den Inhalten und Themenfeldern des nationalen Aktionsplans auseinanderzusetzen, Projekte anzustoßen, Forderungen zu formulieren und Aktionen zu starten. Damit bot sich die Möglichkeit, im Rahmen des Projektes den Prozess der Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes konstruktiv zu begleiten und die Interessen und Erfahrungen unserer Jugendlichen einzubeziehen.

OPEN SPACE „WIR BRENNEN AUF DIE ZUKUNFT“

2008

Mittels einer neuartigen Methode, dem „Open Space“, machten sich dann die Mitglieder des Bundesjugendforums bei ihrer 14. Tagung an die Arbeit, ihre Erwartungen und Ideen zu formulieren. Sie beschäftigten sich unter anderem mit den Themen „Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“, „Gewalt unter Jugendlichen/Gewalt an Schulen“, „Neue Medien“, „Versuchskaninchen in der Schulpolitik“, „Berufsausbildung“ (im Hinblick auf die Wirtschaftskrise) sowie „Kinder in einer alternden Gesellschaft“. Die Ergebnisse wurden in einer Tagungsdokumentation zusammengetragen und allen Jugendlichen zur weiteren Verwendung in den Ländern und auf Bundesebene zu Verfügung gestellt. Beeindruckt hat die Arbeit der Jugendlichen auch die anwesenden Gäste, Rebekka Bendig, Mitarbeiterin der „Dreh-scheibe Kinder und Jugendpolitik“, sowie Uwe Ossendorf, Projektleiter beim DBJR für das NAP-Projekt.



Sechs Jugendfeuerwehrmitglieder nahmen kurz darauf an einem Vorbereitungswochenende des Bundesjugendrings für einen politischen Fachkongress teil. Gemeinsam mit über 20 weiteren Jugendlichen anderer Organisationen bearbeiteten sie die UN-Kinderrechtskonvention und beschäftigten sich mit dem Nationalen Aktionsplan. „So ist sichergestellt, dass die Jugendlichen den erwachsenen Teilnehmern eloquent gegenüber treten und nicht als unwissende Teenies in eine Ecke gestellt werden“, sagte Uwe Ossendorf, der die Jugendlichen bei der Vorbereitung unterstützte.

„Man hat sich so gefühlt, als wenn man etwas verändern kann.“

Zitat einer der Jugendlichen, die an der Konferenz teilgenommen hat.

2009 „ORTE DER VIELFALT“ – INITIATIVE SETZT WICHTIGES SIGNAL GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Im Rems-Murr Kreis wurde der beispielhafte Einsatz geehrt, mit dem der Landkreis Demokratieverständnis und Toleranzbewusstsein bei Kindern und Jugendlichen fördert – auch in der Jugendfeuerwehr.

VOLLVERSAMMLUNG DES DBJR – WIR WAREN DABEI!

„Für mich war es die erste Vollversammlung in solchem Umfang. Bisher war ich nur auf Jugendforen, in denen es um die Berliner Jugendfeuerwehr ging. Der Einblick in die Vollversammlung war für mich sehr interessant. Nicht nur, weil es viele neue Eindrücke waren, sondern auch, um einmal zu sehen, welche Themen die Vollversammlung des DBJR behandelt. Ich würde es trotzdem gut finden, wenn von jeder Jugendorganisation ein Jugendlicher mitkommen würde, weil es ausschließlich um die Wünsche der Jugendlichen geht.“

Steffen Jaeck, Landesjugendsprecher Berlin

2009

DJF SEMINARE

Die Deutsche Jugendfeuerwehr führte im Rahmen der Kampagne „Unsere Welt ist bunt“ zahlreiche Seminare auch zur Demokratieförderung und Prävention und Handlungsfähigkeit gegen Rechtsextremismus durch.

JUGENDFEUERWEHR STRUKTURFIT FÜR DEMOKRATIE

Die Arbeit im Modellprojekt ging schnell voran. Mit dem Ziel, die zukünftigen Jugendgruppenleiter*innen für das Thema „Demokratie und gegen rechtsextremes Gedankengut“ zu sensibilisieren, sollte konkrete Hilfe angeboten werden, um auf Probleme besser reagieren zu können.


**Jugendfeuerwehren
strukturfit
für Demokratie**

Bei der Auftaktveranstaltung hatte sich ein Bildungsteam rund um die hauptamtliche Projektleiterin Nastassja Nevjodow formiert, welches sich vornahm, ein Konzept in Form eines Handbuchs zu erstellen. Damit sollten Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus als Querschnittsthema in die JuLeiCa Ausbildung eingebunden werden. Lehrmaterialien, die das Thema aufgreifen

und sich in die Ausbildung integrieren ließen, ohne andere Inhalte zu blockieren, sollten in Form einer Materialsammlung, Argumentationshilfen und Hinweisen zu weiterführenden Informationen angeboten werden. Als zentraler Bestandteil sollten in dem Handbuch Beispiele aus der Jugendfeuerwehrpraxis und die dazu gehörigen Handlungsoptionen aufgezeigt werden.

Weitere Ideen waren eine Art „Sorgentelefon“ und das Aufnehmen von Kontakt zu externen Netzwerken. Vorrangig war jedoch das Ziel, weitere Mitstreiter*innen für das Projekt zu finden. Gleichzeitig erarbeiteten Akteur*innen aus den Landesjugendfeuerwehren Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem Coachingteam eine Bestandsaufnahme zu fremdenfeindlichen und rechtsextremen Vorfällen in den Jugendfeuerwehren.

PROJEKT: EURE FRAGEN – UNSERE ANTWORTEN

FRAGE: „[...] Ich finde es klasse, dass Ihr Euch für die Demokratie einsetzt und Euch auch beim Projekt gegen Nazis beteiligt. Aber findet Ihr nicht, dass es auch an der Zeit ist, gegen den Linksextremismus vorzugehen? Auch er stellt – wie der Rechtsextremismus – eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie dar, was vielen Jugendlichen durch die monotonen Kampagnen gegen den Rechtsextremismus gar nicht bewusst ist – leider!“

ANTWORT: „Unser Engagement richtet sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Diese Formen von Diskriminierung, Menschenverachtung und Gewalt können auch in den Jugendfeuerwehren ein Thema sein. Nach einer umfangreichen Betrachtung der Situation in der DJF stellt der „linke Flügel“ in den Gruppen kein Thema und kein Problem dar. Natürlich sollte Demokratie von ganz unterschiedlichen Seiten beleuchtet und in Frage gestellt werden. Dazu gehören Menschen und Gruppierungen, die rechts- oder linksextremes Gedankengut pflegen oder sogar verbreiten – aber auch diejenigen, die ganz einfach von ihrem Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch machen. Nur wo sollen wir da anfangen?“

In Jugendfeuerwehren und auch in Einsatzabteilungen der Feuerwehren gibt es leider nach wie vor rassistische und rechts gerichtete Vorfälle. Das sind Sprüche und Witze, aber auch Aufdrucke auf T-Shirts oder entsprechende Symbole. Zudem erleben wir auch vereinzelt Anfeindungen gegenüber Schwulen und Lesben.

Die Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund steigen – gegen Personen auf der Straße, in der Bahn, im Restaurant oder in der Schule. Hinzu kommen öffentliche Bekundungen wie Schmierereien, Aufkleber, Plakate. Mit dem rassistischen Denken und Handeln geht eine Idee der Menschenverachtung, Ausgrenzung und Diskriminierung einher. Das stellt für uns genau das Gegenteil zum Jugendfeuerwehr-Gedanken dar.

Deshalb engagieren wir uns dafür, die Jugendfeuerwehren gegen rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Gedanken zu sensibilisieren, sprich den Sprüchen, Witzen und Handlungen keinen Platz in den Gruppen zu geben. Und wir wollen die Jugendlichen und ihre Betreuer*innen bestärken, sich ganz aktiv dagegen zu wehren.

Linksextremismus sehen wir in dieser Projektarbeit als eine Ablenkung von der eigentlichen Gefährdung. Für die Demokratie ist von links momentan keine Gefahr zu ermitteln. Ganz klar: Die Zahl der linksextremistischen Straftaten steigt ebenfalls. Aber bei diesen handelt es sich zu über 90 Prozent um Sachbeschädigungen und nur in absoluten Ausnahmefällen um Taten gegen Menschen.

Natürlich gehört auch eine gewisse politische Aufklärung dazu, wenn wir die Jugendfeuerwehren ‚strukturfit‘ machen wollen. Und dann stellt sich auch die Frage: Wo liegen die Unterschiede zwischen rechts- und linksextremer Haltung? Dazu wollen wir auch aufzeigen, dass sich Menschen klar gegen rechtes Handeln und Denken stellen können, ohne sich gleich anderen Formen von Gewalt und Extremismus zuzuwenden. Ein Bekenntnis gegen Fremdenfeindlichkeit ist vielmehr der Wille für ein gemeinschaftliches, integratives Zusammenleben und Wirken. Und das deutliche ‚JA‘ zur Demokratie!“

Deutsche Jugendfeuerwehr

„NICHT NUR REDEN, SONDERN AKTIV WERDEN. MACHT MIT!“

Die Deutsche Jugendfeuerwehr rief zur U18 Wahl und der Einrichtung von U18-Wahllokalen in Jugendfeuerwehren auf. Ziel war es, junge Menschen dabei zu unterstützen, Politik zu verstehen, Unterschiede zu erkennen und Versprechen zu hinterfragen. Im Vordergrund stand dabei, dass Kinder und Jugendliche ihre eigenen Interessen erkennen und formulieren lernen, selbst Antworten auf politische Fragen finden und aktiv werden.

DEUTSCHER JUGENDFEUERWEHRTAG IN AMBERG

Jugendarbeit in den Feuerwehren bedeutet nicht nur Nachwuchsbeschaffung für die „große“ Feuerwehr. Das wurde auch beim Symposium im Rahmen des Deutschen Jugendfeuerwehrtages in Amberg deutlich. In acht Workshops befassten sich über 200 Jugendliche und Erwachsene mit unterschiedlichen



Projektkoordinatorin Nastassja Nefjodov (DJF) und der Projektmitarbeiter aus Rheinland-Pfalz Alfred Gras bei der Vorstellung des Modellprojektes.



Bundeministerin
Ursula von der Leyen
war Schirmherrin der
Veranstaltung

Themen in der Jugendarbeit und erarbeiteten Vorschläge, wie sich die Jugendfeuerwehren noch besser auf die Zukunft ausrichten können. Im Workshop „Mitbestimmen heißt mit BESTIMMEN“ analysierten die Teilnehmenden die derzeitige Situation und im Workshop „Jugendfeuerwehren strukturfür Demokratie“ wurde das Modellprojekt praxisnah vorgestellt.

Diskussionsbedarf bestand in der Delegiertenversammlung, als es um die Änderung der Jugendordnung bezüglich des Alters der Delegierten ging. Bislang musste die Hälfte der Delegierten unter 35 Jahre alt sein. Der neue Entwurf – auf den man sich letztendlich auch einigte – gab vor, dass 50 Prozent zukünftig unter 27 Jahre alt sein müssen. 232 Delegierte sprachen sich für die neue Version aus, 85 waren dagegen, vier enthielten sich und drei Stimmen waren ungültig.

Gewählt wurde auch auf der Aktionsmeile in Amberg. Das BuJuFo hatte ein U18-Wahlbüro organisiert, wo Kinder und Jugendliche, die noch kein aktives Wahlrecht ausüben konnten, kurz vor der Bundestagswahl quasi im „geschützten Raum“ demokratische Spielregeln erproben konnten und ein erweitertes Demokratieverständnis vermittelt bekamen.

FÜR EIN KINDERGERECHTES DEUTSCHLAND!

Wichtigstes Ergebnis der Veranstaltung, aber auch der arbeitsintensiven Monate zuvor, war die „Amberger Jugendkonvention“. Mit dem Projekt „Wir brennen auf die Zukunft“ beteiligte sich das Bundesjugendforum der Deutschen Jugendfeuerwehr am Nationalen Aktionsplan für ein „Kind- und Jugendgerechtes Deutschland 2010“. In den Tagungen des Bundesjugendforums in 2008 und 2009 hatten die Jugendfeuerwehrvertreter*innen über eigens festgelegte Themen zur Perspektive und der Lebenssituation von Jugendlichen in Deutschland diskutiert. Die daraus resultierenden Erkenntnisse und die erarbeiteten Lösungsvorschläge sollen als Denkanstöße für die politischen Entscheider verstanden werden.

RESOLUTION

Das Bildungsprogramm der Deutschen Jugendfeuerwehr schreibt vor, dass die „Jugendfeuerwehrarbeit ausgehend von den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen Ziele verfolgen soll, die die Arbeit als Ganzes zu einem gelingenden Beitrag innerhalb unserer Gesellschaft werden lassen“. Dazu wird an erster Stelle die „Erziehung zu demokratischem Bewusstsein und Beteiligung an demokratischen Prozessen“ genannt („Helfer in der Jugendfeuerwehr 11-02-12“).

Mit der Jugendordnung verpflichtet sich die Deutsche Jugendfeuerwehr, zum sozialen und humanitären Engagement beizutragen, das gegenseitige Verständnis der Völker aller Gesellschaftsordnungen zu fördern und sich dem Gemeinwohl und dem Dienst am/an der Nächsten zu widmen.

Jugendfeuerwehren müssen sich in ihrer pädagogischen Arbeit nach dem KJHG richten. Das bedeutet den klaren Auftrag zur Vermittlung demokratischer Werte. Damit sind Jugendfeuerwehren aufgerufen, Jugendliche zu kritisch denkenden, mündigen und demokratischen Bürger*innen zu erziehen.

„Einer für alle – alle für einen!“ als ein Leitspruch der (Jugend-)Feuerwehren heißt:

- Helfen, ungeachtet von Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung, [...]
- Vielfalt leben und als Jugendfeuerwehr offen sein für Mädchen und Jungen unterschiedlicher Religion, sozialer, kultureller oder nationaler Herkunft und unterschiedlicher sexueller Orientierung.
- Demokratie und demokratische Prozesse erlebbar machen.
- Physische und psychische Gewalt nicht zuzulassen.
- Offensiv Themen der Mitte der Gesellschaft wie Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus, rechtsextreme Ideologien und Rechtsextremismus zu bearbeiten und sich klar zu positionieren.
- Eine Positionierung heißt, wachsam zu sein, wenn sich demokratiefeindliches Engagement in der Jugendfeuerwehr zeigt.
- Die Jugendfeuerwehr steht für Zivilcourage, Hilfsbereitschaft und Demokratie. Die engagierten Mitglieder gestalten eine Gemeinschaft, in der Vielfalt und Pluralität geachtet werden. Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Herkunft, Geschlecht, Religion oder Hautfarbe und vermeintlich nicht der „Norm“ entsprechenden Mitmenschen stehen im Widerspruch zum Vielfaltsgedanken. Schon deshalb schließen sich demokratiefeindliche Agitation und Mitgliedschaft in der Feuerwehr aus.

AMBERGER JUGENDKONVENTION ALS BROSCHÜRE

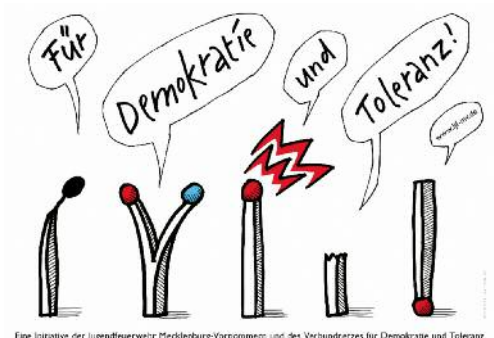
Die Deutsche Jugendfeuerwehr veröffentlichte eine Dokumentation des NAP-Projektes. Die Broschüre „Amberger Jugendkonvention – wir brennen auf die Zukunft!“ gibt einen Überblick über das Projekt – angefangen vom Werdegang über den Open-Space bis hin zur verabschiedeten Jugendkonvention. Die Broschüre informierte überdies mit einem kleinen Serviceteil über Adressen und Programme, die sich mit dem Thema Beteiligung und Partizipation beschäftigen.

RESOLUTION GEGEN RECHTS

Einstimmig beschloss die Delegiertenversammlung der Jugendfeuerwehr Bayern im LFV Bayern e.V. eine Resolution gegen Rechts und bot auch weiterhin Seminare und Fortbildungen zu diesem Thema an.

FACHTAGUNG „DEMOKRATIE STECKT AN – JUGENDFEUERWEHREN GEGEN RECHTSEXTREME IDEOLOGIEEN UND GEFAHREN“

In den sechs Bundesländern Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen waren Ende 2009 Arbeitsgruppen aktiv, um Handlungskonzepte, Bildungsmodulare und Kommunikationsmodelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln und zu etablieren. In einer Zwischenbilanz auf einer Fachtagung stellte sich



Eine Initiative der Jugendfeuerwehr Mecklenburg-Vorpommern und des Verbandes für Demokratie und Toleranz

2009

heraus, dass das Bundesmodellprojekt, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, seinen Modellcharakter hat zeigen, beweisen und weitertragen können: Demokratiebildung und -förderung geht alle etwas an und nur gemeinsam kann rechtsextremen Tendenzen etwas entgegengestellt werden. Dafür bedarf es Kompetenz, Offenheit, Selbstbewusstsein und Kommunikation. Einige Anregungen zur Umsetzung konnte die Fachtagung liefern sowie dessen Relevanz aufzeigen.

JUGENDFEUERWEHREN

Die Deutsche Jugendfeuerwehr veröffentlichte drei Motive zur Kampagne als Plakate und Postkartenserie:

- JugendfeuerWEHREN gegen rechte Ideologien
- Alarmstufe ROT bei brauner Gefahr
- BRAUN geht gar nicht!



2010 DER EINSATZ VON DEMOKRATIE MUSS SO SELBSTVERSTÄNDLICH SEIN WIE DER UMGANG MIT LÖSCHGERÄTEN

Bundesjugendleiter Johann-Peter Schäfer und sein Stellvertreter Timm Falkowski äußern sich im Interview mit dem LAUFFEUER zum Modellprojekt „Jugendfeuerwehren – strukturfür Demokratie“.

LAUFFEUER: Seit 2008 engagiert sich die Deutsche Jugendfeuerwehr mit dem Modellprojekt für die Stärkung von Demokratie. Warum habt Ihr Euch genau für dieses Thema stark gemacht?

Johann-Peter Schäfer: Immer wieder liest und hört man von der Ausbreitung rechts gesinnter Gruppierungen, die nicht Halt davor machen, auch Jugendverbände zu unterwandern. So hatten auch wir erste Hinweise erhalten, dass die Jugendfeuerwehren eventuell ins Visier genommen werden könnten. Gleichzeitig wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an die Deutsche Jugendfeuerwehr das Angebot herangetragen, einen Projektantrag zu genau diesem Thema einzureichen. Das war eine tolle Chance für uns. Prävention erschien uns da also der beste Weg zu sein, uns als demokratische Organisation zu festigen. Und darüber hinaus halte ich es persönlich für äußerst notwendig, sich aktiv für unser Gesellschaftssystem einzusetzen.

Timm Falkowski: Die Demokratie und die Freiheit, die wir heute haben, sind etwas sehr Wichtiges und Erhaltenswertes. Es ist mir ein starkes Anliegen, dass diese Werte auch an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Wie wir aus der Vergangenheit wissen, sind all diese Freiheiten keine Selbstverständlichkeit und wir alle sollten ständig daran arbeiten, dass wir dieses System beibehalten. Wir dürfen nicht leichtfertig riskieren, dass wir es an Leute mit menschenverachtenden Ideologien verlieren.

LAUFFEUER: Im Projekt wird auf vielen Ebenen gearbeitet: Die Trainingsmodule für die Ju-LeiCa-Ausbildung und die Meldesysteme für rechtsextreme Vorfälle sind die Kernbereiche. Was ist in Euren Augen das Wichtige und Wesentliche an dem Projekt?

Johann-Peter Schäfer: Den Verantwortlichen Hilfen zur Verfügung zu stellen und Wege aufzuzeigen, wie sie im Bedarfsfalle zurecht kommen können. Natürlich brauchen sie auch Informationen zum Erkennen von rechtsextremen Ansätzen.

Timm Falkowski: Die Sensibilisierung für das gesamte Thema. Also das Bewusstmachen, dass wir zwar in einer starken Demokratie leben, dass diese Stärke aber auch davon kommt, dass man gemeinsam dafür einstehen muss. Die typische „Ich seh das nicht“ oder „Das können andere machen“-Mentalität bringt bei solch einem wichtigen Thema niemanden weiter. Wenn wir also bei jungen Menschen ein noch stärkeres Bewusstsein schaffen, welches dann zu Engagement führt, sind wir auf dem richtigen Weg und erreichen die gesetzten Ziele.

LAUFFEUER: Junge Menschen „strukturfit für Demokratie“ zu machen ist ein hohes Ziel. Hat das Projekt erreicht, was Ihr Euch gewünscht habt?

Johann-Peter Schäfer: Wir können lediglich vorbeugen und unsere Verantwortlichen mit Informationen versorgen. Das ist uns auch, meines Erachtens nach, hervorragend gelungen. Deswegen bin ich richtig zufrieden.

Timm Falkowski: Sicher sind noch nicht alle Ziele vollständig erreicht, deswegen waren wir ja auch für eine Verlängerung. Wir sind aber auf einem guten Weg. Bei einem Jugendverband unserer Größe dauert es immer ein wenig, bis sich die Projekte und Ideen bis an die „Basis“ durcharbeiten. Wir sind mit diesem Projekt aber deutlich schneller und weiter, als es zu erwarten war. Und alles bis jetzt Erreichte sind Volltreffer.

LAUFFEUER: Es gibt zahlreiche Jugendverbände in Deutschland. Warum eignet sich die Jugendfeuerwehr besonders für die Vermittlung und Stärkung von Demokratie und Toleranz?

Timm Falkowski: Die Feuerwehr, also auch die Jugendfeuerwehr, ist so ziemlich die einzige Organisation, die flächendeckend in ganz Deutschland vorhanden ist. Egal ob Nord, Süd, Ost oder West, Großstadt oder Dorf, Küste oder Berge, die Jugendfeuerwehr ist überall. Weiterhin sind in der JF alle sozialen Schichten vertreten. Viele Menschen denken aber, dass Feuerwehren nah an rechten Ideologien dran sind. Sie haben ein Bild im Kopf, dass Feuerwehren altbacken, konservativ und hierarchisch sind. Die Uniformen, der Sprachgebrauch von Kameradschaft – all das kann auf Rechtsextreme anziehend wirken oder auch falsch genutzt werden. Genau deshalb ist es so wichtig, dass wir unsere demokratischen Grundsätze schärfen und diese öffentlich vertreten.

Johann-Peter Schäfer: Ja. Seit jeher steht die Feuerwehr für gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Gemeinschaft. Demokratie und Toleranz sind von Beginn an die wichtigsten Grundsätze der Feuerwehren gewesen, die sich ja auch im Leitsatz „Einer für alle – alle für einen“ widerspiegeln. Rechtsextremismus und Feuerwehr widersprechen sich also schon vom Grundsatz her. Demokratie und Toleranz sind das höchste Gut in unserer Gesellschaft. Beides ist nicht selbstverständlich vorhanden, alle – und auch besonders wir – müssen uns deshalb bewusst für diese Werte einsetzen und sie auch leben. Gerade uns als Nachwuchs einer Hilfsorganisation steht das gut zu Gesicht. All das zeichnet die Jugendfeuerwehr aus und macht sie zum idealen Jugendverband für dieses spannende Projekt.

LAUFFEUER: Am Modellprojekt beteiligen sich Dutzende von Engagierten. Sie treffen sich in länderübergreifenden Arbeitsgruppen, sensibilisieren andere Akteure im Land zum Mitwirken und haben jede Menge Power, rechten Tendenzen etwas entgegenzusetzen. Was möchtet Ihr den Projektbeteiligten mit auf den weiteren Weg geben?

2010

Johann-Peter Schäfer: Leider konnte ich aus verschiedenen Gründen nur an wenigen Treffen teilnehmen. Das tut mir sehr leid, kann auch den Eindruck erwecken, das Projekt sei mir persönlich nicht wichtig. Genau das Gegenteil ist es für mich! Ich möchte mich bei allen im Projektteam für das fantastische Engagement und die glänzenden Ideen, die das Team einbringt, bedanken. Klar ist auch: Wir sind noch nicht am Ende unseres Weges angekommen und ich freue mich auf den persönlichen Austausch mit den bisherigen und mit allen neu dazukommenden Projektengagierten.

Timm Falkowski: Ihr seid richtig gut, macht weiter so. Auf das, was Ihr erreicht habt, könnt Ihr wahrlich stolz sein.

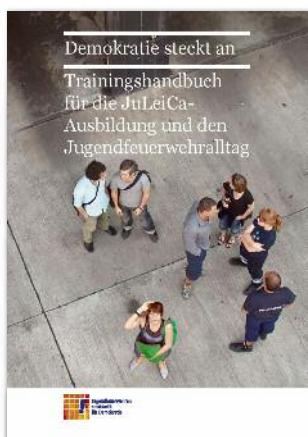
LAUFFEYER: Offiziell sollte das Projekt Ende 2010 zu Ende gehen. Nun ist eine Verlängerung geplant. Was sind Eure Ideen, Wünsche und Visionen für die Zukunft von „Strukturfit für Demokratie“?

Timm Falkowski: Das gesamte Projektteam, besonders aber auch die Arbeitsgruppen in den teilnehmenden Projektländern, haben hervorragende Arbeit geleistet und werden das bestimmt auch weiterhin tun. Es sind schon jetzt so tolle Materialien und Handreichungen entstanden, dass wir ab jetzt verstärkt daran arbeiten müssen, diese Ergebnisse auch in die anderen Bundesländer zu übertragen. All das, was entwickelt wurde, muss nun sorgfältig ausgewertet werden – erst dann können wir es flächendeckend ausweiten. Als Ziel wünsche ich mir, dass die JuLeiCa-Handreichung und die Klingelknopf-Modelle aktiv in die Arbeit der Jugendwartinnen und Jugendwarte einbezogen werden und als praktische Hilfen einen festen Platz in der Jugendarbeit finden. Und wenn dann auch noch andere Jugendverbände bei uns ein wenig „abgucken“, dann haben wir wirklich viel erreicht.

Johann-Peter Schäfer: Ich kann dem nicht mehr viel hinzufügen. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass die Wehrhaftigkeit unserer Mitglieder und Verantwortlichen gegen rechte Tendenzen so selbstverständlich wird wie der Umgang mit den Löschgeräten. Deswegen geht das Projekt noch mindestens zwei Jahre weiter und auf diese Zeit freuen wir uns alle sehr.

LAUFFEYER: Vielen Dank.

HANDBUCH „DEMOKRATIE STECKT AN“



2010 erschien das JuLeiCa-Trainingsbuch, an dem 2009 die Arbeitsgruppe Bildungsmodul kräftig gearbeitet hatte. 176 Seiten inspirieren seitdem JuLeiCa-Trainerinnen und Trainer, sich mit dem Thema Demokratievermittlung verstärkt auseinanderzusetzen und passende Trainingsinhalte methodisch abwechslungsreich in die Ausbildung von zukünftigen Jugendgruppenleiter*innen zu integrieren. Im Buch enthalten sind zahlreiche Praxisbeispiele, die erkennen lassen, wo sich im Feuerwehralltag rechtsextreme Ideologien verstecken können, was dagegen unternommen werden kann, wie Argumentationen gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Alltagsrassismus lauten können und sich Jugendfeuerwehrwart*innen und andere Engagierte dann am besten verhalten. Parallel zur Veröffentlichung des JuLeiCa-Handbuches fanden Anfang des Jahres dazu Schulungen statt, die Multiplikator*innen dazu befähigen sollen, demokratisches Handeln innerhalb der Jugendfeuerwehren zu fördern. Bei allen Schulungen ging es darum, Methoden aus dem neuen Trainingshandbuch zu erproben und sich mit Fragen, wie sich demokratisches Handeln denn im Alltag der Jugendfeuerwehren thematisieren lässt, zu befassen. Darüber hinaus ging es aber auch um Möglichkeiten, undemokratisches Handeln bewusst abzuwehren und Argumente zu finden, verschiedenen Formen von Diskriminierung wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder Rechtsextremismus in den Jugendfeuerwehren etwas entgegenzusetzen und sich gemeinsam mit Jugendlichen darüber auszutauschen.

Und es ging weiter. Im Februar veröffentlichte die am Modellprojekt teilnehmende Projektgruppe der Landesjugendfeuerwehr Brandenburg ihre Internetseite www.demokratie-steckt-an.de

kratiepartner.de. Die vorangegangenen Monate hatten die Arbeitsgruppen in den Projektländern zum Kommunikationsmodul „Klingelknopf“ zusammengesessen und nach Möglichkeiten gesucht, ein Melde- und Hilfesystem zu installieren, das schnell, anonym und zuverlässig funktioniert und Mut macht, Vorfälle von Diskriminierung und Ausgrenzung oder rechtsextreme Tendenzen zu thematisieren. Während des gesamten Prozesses stand den Arbeitsgruppen externe Hilfe zur Verfügung. Diese Beratung und Prozessbegleitung wurde von allen positiv wahrgenommen und hat dazu beigetragen, dass die Projektländer in ihrem je eigenen Tempo und an ihre eigenen Rahmenbedingungen angepasste Modelle entwickeln konnten. Mit einem symbolischen Drücken eines Alarmknopfes startete im Mai z.B. die Landesjugendfeuerwehr Hessen auf <http://rexlotsen.feuerwehr-hessen.de/> ihren „Braunmelder“ als wichtigen Baustein zur Meldung bei rechtsextremen Gefahren in den Feuerwehren. Der „Braunmelder-Button“ ist auf den Webseiten der Landesjugendfeuerwehren Brandenburg, Hessen und Thüringen aktiv und nimmt über ein Formular antidemokratische und rechtsextreme Vorfälle und Meldungen entgegen. Die ersten Vorfälle – nicht nur in Hessen und Brandenburg – wurden bereits gemeldet und im Team der Arbeitsgruppen bearbeitet.

EIN ÖFFENTLICHES „NEIN“ SOLL ZEICHEN SETZEN

Beim 35. Delegiertentag der Hessischen Jugendfeuerwehr verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, mit der sich die Hessische Jugendfeuerwehr klar gegen demokratiefeindliche Tendenzen im Verband positionierte. Im Juni 2010 folgte in Leipzig dann die bundesweit gültige Version: Auf der Bundesdelegiertenversammlung wurde beschlossen, sich deutlich und öffentlich gegen die Unterwanderung von Jugendfeuerwehren durch rechtsextremistische Gruppen und Personen zu positionieren. Die Bundesjugendleitung hatte diesen Entwurf auf Grundlage einer einstimmigen Positionierung der Teilnehmer-Länder des Modellprojekts „Jugendfeuerwehren strukturfür Demokratie“ eingebracht. Ein nachhaltiger Erfolg für das Modellprojekt.



Foto: Hess. JF

MIT STARKEN PARTNERN VIEL ERREICHEN

Ganz schön voll war es in Berlin, als vom 9. bis 11. Juli 2010 die Projektverantwortlichen aus den teilnehmenden Bundesländern, die wissenschaftliche Begleitung, das Team der Prozessbegleiter*innen und die Bildungsreferentinnen aus dem Bundesjugendbüro in Berlin zusammenkamen um sich über Vergangenheit und Zukunft des Modellprojekts „Jugendfeuerwehren strukturfür Demokratie“ auszutauschen. Es war das vierte länderübergreifende Arbeitstreffen seit dem Start des Modellprojektes. Im Vordergrund des Sommertreffens standen die Themen wissenschaftliche Begleitung, die Verbreitung des Projektes an der Basis, erste Erfahrungen mit der JuLeiCa-Handreichung und der konkreten Fallarbeit in den einzelnen Ländern.

Knapp ein Jahr nach der Fachkonferenz „JugendfeuerWEHREN gegen rechtsextreme Ideologien und Gefahren“ im Dezember 2009 wurde deutlich, dass das Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratieerziehung und Engagement gegen Rechtsextremismus bei vielen Jugendverbänden groß war – die Jugendfeuerwehr ging mit dem Modellprojekt beispielhaft voran und viele der Projektergebnisse ließen sich dauerhaft, nachhaltig und auch länderübergreifend auf andere Verbände übertragen.

2010

Klingelknöpfe, „Rexlotsen“, Demokratiepartner*innen und Problemhelfer gab es 2011 fast in allen Bundesländern. Leitbilder und Resolutionen zeigten die deutliche Haltung der Jugendfeuerwehren gegenüber rechten Ideologien. Projekte auf Landesebene – oftmals mit Unterstützung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ – beinhalteten Seminare zur Prävention, Exkursionen zu Gedenkstätten, aber auch praktische Unterstützung bei ganz konkreten Fällen. Auf Bundesebene erfolgte die Vernetzung der verschiedenen lokalen Projekte und der regelmäßige Austausch der Akteur*innen untereinander.

2011 „NAH DRAN, WIR GESTALTEN DEMOKRATIE“

Mehr als 200 engagierte Akteur*innen aus Jugendverbandsarbeit, Vereinen, Organisationen und Stiftungen waren beim Fachkongress „Nah dran – Wir gestalten Demokratie“ in Potsdam dabei. Für die Deutsche Jugendfeuerwehr waren es zwei spannende Tage: Sie hatte im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ den Fachkongress veranstaltet und schnell vermittelt bekommen: Feuerwehren sind ganz besondere Orte der Demokratie.

Zwei Tage lang wurde sich mit Fragen rund um Demokratieförderung, Extremismusprävention und den ganz konkreten Chancen, Möglichkeiten aber auch Grenzen von Engagement in strukturschwachen Regionen auseinandergesetzt.



DFV Präsident H.-P. Kröger, Moderatorin M. Janke und J. Thadeusz, RBB Moderator und Journalist (v.l.).

Foto: P. v. Heesen

Der Fachkongress hatte gezeigt, wie wichtig das Thema Demokratieförderung ist und wie viele unterschiedliche Akteur*innen sich in ihren Regionen schon auf den Weg machten, um rechts-extremen Tendenzen etwas entgegenzusetzen. Und er hatte gezeigt, welcher medialen und politischen Verantwortung es bedarf, um den vielen Engagierten in den Projekten zu vermitteln: Auf Euch kommt es an – was Ihr leistet, ist wertvoll!

Die Deutsche Jugendfeuerwehr zog als Veranstalterin des Fachkongresses eine positive Bilanz. Er war eine wichtige Plattform für die vielen verschiedenen Akteur*innen aus ländlichen Regionen und machte wieder einmal deutlich, welche wichtige Funktion hier die Feuerwehren und Jugendfeuerwehren hatten und haben.

Eine Dokumentation der Fachkonferenz wurde auf der Homepage der Deutschen Jugendfeuerwehr zum Download zur Verfügung gestellt. Sie fasst die vielen positiven Eindrücke der Fachkonferenz zusammen, um sie bundesweit für die weitere Arbeit in allen Demokratie-Projekten zur Verfügung zu stellen.

2012 JUGENDKONGRESS DES „BÜNDNISSES FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ“

Zum wiederholten Mal nahm eine Delegation der Hessischen Jugendfeuerwehr am Jugendkongress des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ teil. Eine informative Veranstaltung, die viele Möglichkeiten der Vernetzung und des Austauschs von Jugendlichen aus ganz Deutschland bot.

MIT UNS BESTIMMT! DAS RETTUNGSBUCH FÜR KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG IM VERBANDSALLTAG

Die gemeinsamen Ziele wie die Sensibilisierung junger Menschen für humanitäre Werte und die Stärkung der Zielgruppe für bürgerschaftliches Engagement sowie auch die nachhaltige Nachwuchsgewinnung und -qualifizierung waren Grundlage einer stabilen Arbeitsgemeinschaft der sieben helfenden Jugendverbände (H7). Aus dieser Arbeitsgemeinschaft ging auch eine gemeinsam gestaltete Seminarreihe hervor. Aus dem im Februar 2010 durchgeführten Seminar „Beteiligung im Jugendverband ... GROßgeschrieben“ entstand eine 32-seitige Arbeitshilfe.

DJF STARTET NEUES DEMOKRATIEPROJEKT

Konflikte gibt es überall, auch in den Feuerwehren und Jugendfeuerwehren. Manchmal führen Konflikte dazu, dass Einzelne bzw. bestimmte Gruppen ausgegrenzt oder diskriminiert werden und dadurch ein Klima der Ungleichwertigkeit gelebt wird. Dies widerspricht dem demokratischen Leitbild von Feuerwehren und Jugendfeuerwehren grundlegend. Damit Konflikte nicht zu einem demokratiegefährdenden Klima führen, ist es wichtig, sich frühzeitig in den betreffenden Gruppen darüber zu verständigen.

Die Bereitschaft und Fähigkeit zur Konfliktlösung in Feuerwehren und Jugendfeuerwehren zu fördern sowie Ansprechpartner*innen im Verband zu finden und zu qualifizieren, die solche Prozesse hilfreich unterstützen, war eines der Ziele des neuen DJF-Projektes „Demokratieberater – Feuerwehren im Einsatz für eine starke Gemeinschaft“. Das Projekt startete im Januar 2013 und wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ durch das Bundesministerium des Innern gefördert.

Neben der Ausbildung von Demokratieberater*innen, die Verbandsangehörige zur selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Bearbeitung von Problemen im Verband befähigen sollte, wurden auch bundesweit alle in dem Programm beteiligten und interessierten Akteur*innen im Rahmen des DJF-Projektes vernetzt.

Zu Beginn des Projektes legte die DJF im Austausch mit im Themenfeld erfahrenen Verbandsangehörigen die Inhalte und den Aufbau der Demokratieberaterausbildung fest. Die Ausbildung der Demokratieberater*innen setzte die DJF in den alten Bundesländern um; in den neuen Bundesländern führten Landesfeuerwehrverbände und Landesjugendfeuerwehren diese über eigene Projektmittel selbstständig, aber auch im Austausch mit der DJF, durch.

Die Deutsche Jugendfeuerwehr bot Angehörigen und Funktionsträger*innen der (Jugend-)Feuerwehr und des THW Weiterbildung und Qualifizierung in verschiedenen Modulen an. Dabei wurde sich mit dem eigenen Verständnis von Demokratie und mit den Umsetzungsmöglichkeiten in der Praxis auseinandergesetzt. Ziel war es, die demokratische Atmosphäre und -kultur in Feuerwehr und THW zu stärken und mit einer kritischen Reflektion Kommunikationsformen und -strukturen zu beleuchten.



Demokratie Berater



2013 SEMINAR DER H7

Anfang Februar 2013 kamen die Vertreter der „H7“ für ein Seminar zum Thema „ePartizipation – Onlinebasierte Beteiligung“ zusammen. Die Teilnehmer*innen konnten im hessischen Bad Hersfeld mehr über Demokratie in Echtzeit erfahren. ePartizipation ermöglicht jungen Menschen eine Positionierung, einen Austausch und stellt einen Bezug zu ihrer Lebenswelt her. Sie erlaubt Bewertungen, ermöglicht Transparenz und Informationsverbreitung. ePartizipation ist gelebte Demokratie, wenn wirksame Ergebnisse erzielt werden, mit denen gerade auch junge Menschen Einfluss auf Entscheidungen nehmen können.

Ziel sollte es sein, die Gestaltungsmacht mit den Jugendlichen zu teilen und ihre Selbstbestimmung sowie Selbstorganisation zu stärken. Es sollte sich also nicht mehr die Frage gestellt werden, ob ePartizipation in den Jugendverbänden genutzt werden sollte, sondern wie die ePartizipation zum Nutzen aller organisiert werden kann.



Mit einem Memory-Spiel stellten die Referenten die vielfältigen Möglichkeiten im Netz vor und ließen die Teilnehmer zugleich Einschätzung abgeben, wie gut oder wie schlecht mit dem jeweiligen Werkzeug partizipiert werden kann.

WAHLEN UND POLITIKVERSTÄNDNIS

Das Lauffeuer startete 2013 passend zur Bundestagswahl eine Serie zu Wahlen und Politikverständnis. Begriffe wie Demokratie und Parlament sowie die Strukturen der Bundesregierung wurden in einfacher Sprache erklärt und verschiedene Apps zum Thema vorgestellt. Wahlen standen aber auch innerhalb der DJF an. Das Lauffeuer stellte die Kandidaten für die Bundesjugendleitung vor und erklärte das Wahlsystem in der DJF.

U18 – AUCH DU HAST EINE STIMME

Auch beim Deutschen Jugendfeuerwehrtag in Stadthagen führt das Bundesjugendforum wieder eine U18 Wahl durch. Am Stand in der Aktionsmeile wurde viel diskutiert und immerhin 182 gültige Stimmen abgegeben.

DJF FÜR ENGAGEMENT GEGEN RECHTS MIT „WIRKT-SIEGEL“ AUSGEZEICHNET



Für ihr kontinuierliches Engagement gegen rechte Gesinnungen und für die Förderung demokratischer Strukturen im Projekt „Demokratieberater“ wurde die Deutsche Jugendfeuerwehr mit dem „Wirkt-Siegel“ von PHINEO ausgezeichnet.

Das gemeinnützige Analysehaus PHINEO überprüfte mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung die Wirksamkeit des Engagements gegen Rechtsextremismus in verschiedenen Organisationen. Im Mittelpunkt stand beispielsweise die Frage, wie nachhaltige Projekte gegen rechte Einstellungen, Alltagsrassismus, Antisemitismus oder menschenfeindliches Verhalten wirken. Zudem ging es darum, welche Handlungsansätze verfolgt werden und wie professionell die Umsetzung ist. Ergebnis der Analyse: Im gesamten Bundesgebiet gab es ein ausgesprochen vielfältiges Engagement gegen Rechts und für mehr Demokratie! 17 Organisationen, darunter auch die Deutsche Jugendfeuerwehr, erhielten für ihre herausragende Arbeit das „Wirkt-Siegel“.

Etwas Besonderes war die Auszeichnung für die DJF auch deshalb, weil das Thema eines von mehreren auf deren Agenda war, während sich andere der von PHINEO ausgezeichneten Organisationen ausschließlich dem Engagement gegen Rechts widmeten.

AUSBILDUNG ZUR/ZUM DEMOKRATIEBERATER*IN

Die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Konfliktlösung in Feuerwehren und Jugendfeuerwehren zu fördern sowie Ansprechpartner*innen im Verband zu finden und zu qualifizieren, die solche Prozesse hilfreich unterstützen, war Ziel des DJF-Projektes „Demokratieberater“.

Im ersten Ausbildungsmodul eigneten sich die Teilnehmenden Grundwissen zum Thema Demokratie und Partizipation an. Die Gruppe setzte sich mit Fragen auseinander wie: Was meinen Begriffe wie Demokratie, Partizipation, Beteiligung? Wie funktioniert Demokratie im Alltag und insbesondere in der Feuerwehr und im THW? Was kann ich praktisch tun, um Demokratie erlebbar zu gestalten? Welche Gefahren gibt es für die Demokratie?

„Er, Sie ... Es – Geschlecht und Demokratie in der Kultur von Feuerwehr und THW“ lautete der Titel des zweiten Moduls der Demokratiepартner*innen-Weiterbildung in dem sich die Teilnehmenden mit dem Thema Geschlecht und Gender intensiv auseinandersetzten.

Fragen waren dabei unter anderem: Was meint eigentlich Geschlecht und Gender? Was für Rollen, Stereotype und auch Formen von Diskriminierung treffen Frauen und Männer? Wie kann ein demokratischer und gleichberechtigter Umgang mit dem Thema Gender in meiner Jugendfeuerwehr bzw. in meiner THW-Ortsgruppe aussehen?

Grundlage der Seminare waren das DJF-Trainingshandbuch „Demokratie steckt an“ sowie das „Handbuch für Demokratie“, das ebenfalls als Handwerkszeug für die Nutzung von Angehörigen in den Einsatzabteilungen entwickelt wurde.

NETZWERK DEMOKRATIEBERATER*INNEN

Mehr als 70 Demokratieberater*innen aus drei verschiedenen Verbandswelten (Feuerwehr, THW und Sportverbände) trafen sich Ende 2013 zum ersten übergreifenden Beraterforum. Im Mittelpunkt des Treffens stand das Netzwerken. Zum einen der fachliche Austausch rund um die Demokratieförderung in Verbänden und zum anderen das Kennenlernen der jeweils anderen Verbandswelt und -kultur. Organisiert wurde das Forum unter dem Motto „Gemeinsam Demokratie stärken!“ durch die Deutsche Jugendfeuerwehr; im darauffolgenden Jahr sollte dann die Sportjugend diesen Part übernehmen.



2014 WEITERE AUSBILDUNGSMODULE DEMOKRATIEBERATER*INNEN

Im dritten Modul lautete der Titel: „WIESO, WESHALB... – Kommunikation in der Feuerwehr und im THW“. Hier wurde deutlich gemacht, dass Demokratie und Partizipation Kommunikationsstrukturen brauchen, die einen möglichst gleichberechtigten Zugang zu Diskussionen, Entscheidungsprozessen und Mitbestimmungsformen eröffnen. Fragen dazu waren: Was meint eigentlich Kommunikationskultur? Welche Kommunikationsstile

2014

fördern Mitbestimmung und welche eher nicht? Welchen Stellenwert hat dabei die Sprache? Wie kann ich wertschätzende Kommunikation (im Verband) fördern, um andere zum Beispiel in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen?

In zwei weiteren Ausbildungseinheiten, die als Wahlmodul angeboten wurden ging es zum Einen um die Themen Diskriminierung und Ausgrenzung und zum anderen um Kultur und Selbstverständnis in Feuerwehr und THW zwischen Tradition und Moderne.

Im letzten Modul stand dann wieder das Thema Vernetzung im Mittelpunkt. Wie funktioniert Vernetzung, mit wem ist dies wünschenswert und möglich...?

Zum Ende des Ausbildungsverlaufs wurden die Inhalte, Methoden und Handlungsebenen reflektiert und die zukünftigen Aktivitäten diskutiert.

„FORUM JUGENDFEUERWEHRT“

Für welche Werte steht die Jugendfeuerwehr? Diese und viele andere Fragen standen im Fokus von zwei Regionalkonferenzen Anfang 2014 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Forum JugendfeuerWEhRT“. Jugendfeuerwehrangehörige waren aufgerufen, jene

Werte, die sie mit der Jugendfeuerwehr verbinden, auf den Punkt zu bringen. Jeweils rund 25 meist jugendliche Verbandsmitglieder führten intensive Diskussionen über ihre Wertvorstellungen, gelebte Werte in der Jugendfeuerwehr und Wünsche für die Zukunft.

Den Grundstein für die Auseinandersetzung mit dem Thema legte das Bundesjugendforum schon im Jahr 2011. Damals entstand ein Positionspapier. Das Forum JugendfeuerWEhRT wollte die Diskussion in den gesamten Verband streuen, so einen aktiven Austausch über das demokratische Selbstverständnis anregen und Beteiligungsmöglichkeiten im Verband erarbeiten.



„In der Feuerwehr gibt es klare Regeln, an die sich jeder halten muss. Es gibt aber auch viele Punkte, in denen jede einzelne Meinung gefragt ist und Dinge demokratisch entschieden werden sollten. Ein Beispiel hierfür ist die Wahl eines Jugendsprechers oder einer Jugendsprecherin. Die Gruppe entscheidet hierbei gemeinsam, wer die Voraussetzungen mitbringt, das Amt und die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen. Besonders in der Jugendfeuerwehr wird Mitbestimmung groß geschrieben. Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern, ohne dabei abgewiesen oder nicht akzeptiert zu werden. Für mich spielt die Mitbestimmung in der Jugendfeuerwehr eine sehr große Rolle, weil man sehr viel mehr erreichen kann, wenn man in einem Team arbeitet, in das jeder seine Meinung mit einbringen kann.“

Alina Schulz (Jugendliche aus Bremen) zu dem Wert Mitbestimmung

WERTE-WORKSHOP INTERNATIONAL

Bei der Internationalen Jugendleiterkommission in Trento (Italien) 2016 punkteten die jugendlichen Vertreter*innen mit einem „Werte-Workshop“ und konnten damit das Thema auch in die internationale Feuerwehrwelt transportieren.

MITMACHAKTIONEN IM BUNDESZELTLAGER ZUM 50. GEBURTSTAG

Auf der Mitmachwiese im Zeltlager warteten zahlreiche inhaltliche und kreative Angebote auf die Kinder und Jugendlichen. Die Vielfalt der Jugendszenen mit ihren unterschiedlichen Ausdrucksweisen wie Graffiti oder Comic waren im Programm. In einem der vielen Zelte wurde, gemäß dem Titel des Workshops „SAG ES“, mitunter laut diskutiert. Hier ging es darum, den Umgang mit schwierigen Gesprächen in der Gruppe zu üben. Ebenso gab es im Rahmen des Demokratieberater*innen-Projekts Diskussionsrunden zur Zukunft und zu den Werten der Jugendfeuerwehren.

ABSCHLUSSKONFERENZ DER DEMOKRATIEAUSBILDUNG

Ende 2014 reisten die rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Abschlusskonferenz ihrer anderthalbjährigen Ausbildung zur*m Demokratieberater*in nach Berlin. Aus vielen verschiedenen Bundesländern waren die künftigen Berater*innen der Feuerwehrverbände und aus dem THW zur Konferenz und Zertifikatsübergabe gekommen. Die Deutsche Jugendfeuerwehr hatte den Auftrag, die Ausbildung von Demokratiep*artner*innen in den Jugendfeuerwehren, Feuerwehren, im THW und in der THW-Jugend der alten Bundesländer umzusetzen. In den ostdeutschen Bundesländern bildeten die Landesverbände die Berater*innen im Rahmen eigener Projekte aus. Das Dach für die Projekte bildete das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, das durch das Bundesministerium des Innern gefördert wird.

Ziel der Konferenz war vor allem der Austausch unter den Berater*innen aus den verschiedenen Bundesländern, um wertvolle Impulse für ihre künftige Arbeit mitzunehmen. Dazu gehörten eine Vorstellung der Praxisprojekte aus den Ländern, ein World Café mit Blick auf die künftige Arbeit in den Verbänden sowie eine Videobus-tour „Zeitreise durch Berlins Geschichte“. Highlight war die Übergabe der Ausbildungszertifikate für die Demokratieberater*innen der Programmphase 2013/2014. Mit einem Demokratie-Quiz klang der zweite Abend aus. Den Abschluss bildete ein Vormittag bei dem die Gruppen selbstorganisiert in den Praxisaustausch gehen konnten, um voneinander zu lernen und Netzwerke für die künftige Arbeit als Demokratieberater*innen zu knüpfen.



Die ausgezeichneten Teilnehmer*innen der einzelnen Länderprojekte nach der Zertifikatsübergabe.

2016 PROJEKTE „ZUSAMMENHALT DURCH TEILHABE“ GEHEN WEITER

Die Feuerwehr-Projekte in den neuen Bundesländern im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ stellten sich auf einem Vernetzungstreffen 2016 in Thüringen einem kritischen Austausch, suchten bei neuen Herausforderungen Lösungen und planten die Fortschreibung der Projekte.

Ein wesentlicher Schwerpunkt war dabei „Demokratie-Lernen“. Jede Generation eignet sich in Aushandlungsprozessen einen gemeinsamen Stil an, der im Rahmen der formalen Vorgaben liegt. Hier unterstützten und berieten die Projekte und auch in Konfliktlagen konnten sie helfen.

2016

Gemeinsam wurde sich zudem über die Projektarbeit ausgetauscht und über eine mögliche Verzahnung mit neuen Projektstellen zum Thema „Unterstützung und Koordination der freiwillig Engagierten in der Flüchtlingshilfe“ in 2016 beraten. Auch die mögliche Erweiterung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ab 2017 auf die alten Bundesländer war Gegenstand der Diskussionen. In Patenschaften sollen die neuen Projekte aus dem Westen im Bundesprogramm begleitet werden.

Das Demokratieberater-Projekt der DJF bündelte im Vernetzungstreffen die Arbeit der Feuerwehrprojekte aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen.

2017 JUGENDFOREN IN DER FEUERWEHR

Inzwischen war die Zahl der Jugendforen enorm gestiegen. Überall mischten junge Menschen mit und beteiligten sich aktiv an der Gestaltung von Feuerwehr und damit auch an der Gesellschaft. Immer wieder rief das Bundesjugendforum zum Mitmachen auf, erklärte die Möglichkeiten und entwickelte Ideen, wie und wo Jugendliche sich einbringen können.

„WAHLEN ALLEINE MACHEN NOCH KEINE DEMOKRATIE“

Im Vorfeld der Wahlen zum Deutschen Bundestag informierten sich die Bundesjugendreferentin Antje Koch und Chefredakteur Lauffeuer Holger Schönfeld bei den im Deutschen Bundestag vertretenen jugend-/familienpolitischen Sprecher*innen der Parteien über deren Ansichten, Einstellung und Vorhaben bezüglich Deutschlands „Jugend“. „Werden die jungen Wähler*innen wirklich im Politikbetrieb des Bundestages ernst genommen und gibt es dazu deutliche programmatische Zeichen oder Aussagen?“, waren die Fragen der beiden an die Politiker*innen.



Bundesjugendreferentin Antje Koch und Chefredakteur Holger Schönfeld interviewen MDB Stefan Schwartze, Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Als Mitgliedsverband unterstützte die DJF dabei auch die Aktion wahlVERSPRECHEN des Deutschen Bundesjugendrings. Diese konnten Jugendorganisationen und Jugendgruppen nutzen, um den Kandidaten*innen zum Bundestag Forderungen und Bedarfe junger Menschen deutlich zu machen – und um hierzu ein Versprechen zu erhalten. Erfreulich war, dass hier alle den jugendpolitischen Forderungen zustimmten.

In diesem Zusammenhang warb das Lauffeuer auch wieder für die Teilnahme an den U18 Wahlen und für die Nutzung des Wahl-o-Mats der Bundeszentrale für politische Bildung.

INHALTE UND WAHLEN AM DEUTSCHEN JUGENDFEUERWEHRTAG

Auch in der DJF wurde Ende 2017 auf dem Deutschen Jugendfeuerwehrtag in Falkensee wieder gewählt. Das Lauffeuer interviewte die Kandidaten und stellte sie den Leser*innen im Vorfeld vor.

2017

Bei der Aktionsmeile in Falkensee konnten zahlreiche große und kleine Besucher*innen (Jugend-)Feuerwehr in all ihren Facetten erfahren, erlernen und mächtig Spaß haben.

Landesjugendfeuerwehren, Firmen und Organisationen boten in großer Vielfalt – getreu dem Motto des DJF-Tages – Mitmachaktionen aber auch Workshops und Infostände rund ums Thema an. Im großen runden Zelt der Landesjugendfeuerwehr Niedersachsen zum Beispiel erläuterten Annika und Sophie aus dem Landesjugendforum, was sie sich für die Aktionsmeile ausgedacht und extrem professionell umgesetzt hatten. Hier fand man neben einer Fotobox anschaulich aufbereitete Umfragen zu den Themen: „Darf es im Jugendfeuerwehr-Zeltlager Alkohol geben?“ und „Wer passt zu uns?“.



Vertreter*innen des Bündnisses für Demokratie und Toleranz stellten an ihrem Stand die Frage: Was bedeutet für Dich gesellschaftlicher Zusammenhalt? Und wie lassen sich Jugendlichen im Peernetzwerk im freiwilligen Engagement coachen?

In den Workshops des DJF Bildungsstandes ging es unter anderem um die Zukunft der (Jugend)Feuerwehr. Mit Legosteinen konnten Kinder und Jugendliche ihre Vorstellung visualisieren und begreifbar machen. Es entstand zum Beispiel ein Gerätehaus, wichtige Elemente hier waren die großen „Räume für die Jugendfeuerwehr“ mit eigener Küche, Werkbänken aber auch einem gemütlichen Relax- und Wohlfühlbereich.

2018 „DU „EUROPA“ WIR“

Der Deutsche Bundesjugendring lud im Frühjahr 2018 junge Erwachsene zu der Denk-Werkstatt „du «EUROPA» wir“ nach Hannover ein. Auch engagierte Jugendliche aus dem Bundesjugendforum der DJF nahmen teil. Ziel war es, mit anderen jungen Erwachsenen aus ganz Deutschland über Europa und die Zukunft hinsichtlich der Fragen „Wie soll digitale Bildung in der EU gestaltet werden?“ und „Was hat sich durch den Medienkonsum verändert?“ zu diskutieren. Gleichzeitig spielte die Frage, wie junge Menschen und Europa zueinander stehen, auch bei der Weiterentwicklung der Themen der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine wichtige Rolle.

Die Meinungen, Ideen und Forderungen der jungen Menschen aus der gesamten EU sollten in die Entwicklung der neuen EU-Jugendstrategie einbezogen werden.

START DER LAUFFEUER-DEMOKRATIEREIH „WIR (ER)LEBEN DEMOKRATIE“

Im Mai 2018 startete das Lauffeuer in Kooperation mit dem Fachausschuss Jugendpolitik und Integration die Demokratieserie „Wir (er)leben Demokratie“.

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als ein demokratisch geführter und geregelter Staat. Bei den Wahlen für die Zusammensetzung der Kommunal- und Landesparlamente sowie des Deutschen Bundestages stellen sich Frauen und Männer auf, um die Parlamente

2018

mit Demokratie zu füllen. Im Lauffeuer wollte man mittels Best Practise Beispielen den Fragen nachgehen „Was bedeutet das Wort Demokratie? Was verbirgt sich dahinter? Was macht Demokratie stark, was macht sie schwach?“.

„Demokratie“ ist griechisch und bedeutet übersetzt „Herrschaft des Staatsvolkes“, das heißt, dass die Macht und die Regierung in einem Herrschaftssystem vom Volk ausgehen. Gilt Demokratie jedoch nur für Parlamente oder können weitere gesellschaftliche Gruppierungen, Verbände und Organisationen Demokratie (er)leben und mitgestalten? Zum Beispiel, dass Kinder und Jugendliche für ihre Interessen und Bedürfnisse eintreten, Forderungen und Erwartungen formulieren und somit Demokratie (er)leben und gestalten können?

Die Deutsche Jugendfeuerwehr hat „Erziehung zum demokratischen Bewusstsein und Beteiligung an demokratischen Prozessen“ in ihrem Bildungsprogramm als eines der wichtigsten Ziele für ihre Jugendarbeit definiert und festgeschrieben.

Das Lauffeuer zeigte in seinen folgenden Ausgaben auf, dass Demokratie (er)leben und gestalten nicht nur in den Rathäusern, den Landeshauptstädten und in der Bundeshauptstadt erfolgt. Es wurde in das demokratische Leben der Jugendfeuerwehren und Feuerwehren ebenso hineingeschaut wie aber auch über den Tellerrand hinaus.

„MITMISCHEN!“, EIN SEMINAR ZU BETEILIGUNG UND INTERESSENSVERTRETUNG

Daniel, Joshua, Felix und Jörg finden Lösungen für Herausforderungen.



„Beteiligung und Interessensvertretung im Verband“ – so lauteten für die Teilnehmenden des Seminars der Deutschen Jugendfeuerwehr die Schwerpunktthemen. Die Vertreter*innen aus Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und dem Saarland setzten sich mit der Jugendverbandsarbeit in der Deutschen Jugendfeuerwehr auseinander. Sie diskutierten die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen und loteten aus, in welcher Form ehrenamtliche Funktionsträger*innen gegenüber Verwaltung (Bürgermeister*in, Jugendamt) und Politik (Parlamente/Parteien) Interessen von Jugendlichen und der Jugendfeuerwehr artikulieren und durchsetzen können.

INFORMATIONSVORANSTALTUNG FÜR DELEGIERTE

Zur Delegiertenversammlung der Deutschen Jugendfeuerwehr in Husum bot die Deutsche Jugendfeuerwehr einen ganz besonderen Service an. Delegierte konnten sich hier vor der Versammlung über Struktur, Ablauf und Teilhabemöglichkeiten informieren. Das Angebot wurde vor allem von jungen Delegierten gern angenommen.



Bild F. Fuhrmann

DIALOGFORUM DER DJF

2018

Eingeladen zu dem ersten Dialogforum der DJF wurden zeitgleich zur gemeinsamen FA-Sitzung im Herbst Jugendfeuerwehrwart*innen aus dem Vogelsbergkreis. Das Team der DJF wollte wissen, wo in der Jugendfeuerwehrarbeit vor Ort der Schuh drückt. Somit stand einem angeregten Austausch nichts mehr im Weg. In Arbeitsgruppen wurden in die Themenfelder der Jugendfeuerwehrarbeit eingetaucht.

Am Ende blieb für alle Beteiligten festzustellen, dass es innerhalb eines Austausches auf Augenhöhe möglich ist, einmal Anregungen, Sorgen und Nöte direkt bei der DJF platzieren zu können. Die DJF nahm die Anforderungen aus den Gesprächen mit in die Verbandsarbeit.



2019 DEMOKRATIEBILDUNG ALS INHALTLICHES IMPULSTHEMA DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN XANTEN

2019 beschließt die Deutsche Jugendfeuerwehr Demokratiebildung zum inhaltlichen Impulsthema der Delegiertenversammlung in Xanten (NRW) zu machen.

Welche Rolle hat ein Jugendverband (auch die Jugendfeuerwehr) in Deutschland, um Demokratie mitzugestalten? Was ist in dieser Hinsicht bereits geschehen, was können wir besser machen?

Wie können sich Jugendliche einbringen, um an ihrer Zukunft mitwirken zu können?

Was zeichnet Demokratie und somit ein demokratisches Zusammenleben im Jugendverband aus?

Die Deutsche Jugendfeuerwehr blickt zurück, reflektiert und möchte sich für die Zukunft weitere Ziele stecken, um sich als offener moderner Jugendverband den Herausforderungen der Gesellschaft und den damit verbundenen Aufgaben zu stellen und demokratisches Miteinander zu fördern.

Wir (er)leben Demokratie



Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als ein demokratisch geführter und regierter Staat. Bei den Wahlen für die Zusammensetzung der Kommunal- und Landesparlamente sowie des Deutschen Bundestages stellen sich Frauen und Männer auf, um die Parlamente mit Demokratie zu füllen. Was aber bedeutet das Wort Demokratie? Was verbirgt sich dahinter? Was macht Demokratie stark, was macht sie schwach?

„Demokratie“ ist griechisch und bedeutet übersetzt „Herrschaft des Staatsvolkes“, das heißt, dass die Macht und die Regierung in einem Herrschaftssystem vom Volk ausgehen.

Gilt Demokratie jedoch nur für Parlamente, oder können weitere gesellschaftliche Gruppierungen, Verbände und Organisationen Demokratie (er-)leben und mitgestalten?

Zum Beispiel, dass Kinder und Jugendliche für ihre Interessen und Bedürfnisse eintreten, Forderungen und Erwartungen formulieren und somit Demokratie (er-)leben und gestalten können.

Die Deutsche Jugendfeuerwehr hat „Erziehung zum demokratischen Bewusstsein und Beteiligung an demokratischen Prozessen“ in ihrem Bildungsprogramm als eines der wichtigsten Ziele für ihre Jugendarbeit definiert und festgeschrieben.

Das LAUFFEUER wird in seinen nächsten Ausgaben aufzeigen, dass Demokratie (er)leben und gestalten nicht nur in den Rathäusern, den Landeshauptstädten und in der Bundeshauptstadt erfolgt. Wir werden in das demokratische Leben der Jugendfeuerwehren und Feuerwehren ebenso hineinschauen, wie aber auch über unseren Tellerrand hinaus.

Demokratie lebt von Kindern, Jugendlichen, von Menschen. Was meint Ihr? Das LAUFFEUER freut sich zu seiner Demokratieserie auch über Rückmeldungen und angeregte Diskussionen in Euren (Jugend)Feuerwehren.

W. Donath

Teil 1: Das Landesjugendforum der Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt

Spaß, Kameradschaft und Mitbestimmung: das ist Feuerwehr, das ist das Jugendforum, das sind wir!

Für diese Werte stehen wir, das Landesjugendforum der Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt, ein. Als Teil der Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Sachsen-Anhalt e. V. vertreten wir die Mitglieder aller Jugendfeuerwehren in Sachsen-Anhalt. Das Landesjugendforum besteht aus 20 Jugendfeuerwehrmitgliedern, die sich an mehreren Wochenenden im Jahr treffen und gemeinsam Projekte bearbeiten. Unser wohl bisher bekanntestes Projekt ist das Handbuch für Jugendsprecher und Jugendsprecherinnen. Es soll junge Menschen an die Arbeit als Jugendsprecher heranführen und ihnen zeigen, auf welche Weise sie sich einbringen können. Als Landesjugendforum stellen wir den Verbund

der Jugendsprecher aus den Feuerwehren in Sachsen-Anhalt dar. Aufgrund unserer Nähe können wir Probleme, Wünsche und Anregungen direkt an die Landesjugendfeuerwehr(-leitung) herantragen. Als Jugendliche haben wir einen anderen Blickwinkel auf bestimmte Situationen und so ist es einfacher, wenn wir unsere Bedürfnisse an die Erwachsenen tragen, als wenn sie nur über uns reden und nicht mit uns.

Die Idee zur Einrichtung von Jugendforen wurde von der Deutschen Jugendfeuerwehr in die Landesjugendfeuerwehren getragen, denn die Meinungen und Ideen von jungen Menschen sollen auch in den Hierarchien der Feuerwehr beachtet werden und Anerkennung finden. Doch wir setzen uns auch dafür ein, die teils angestaubten Traditionen zu brechen und den Ruf der Jugendfeuerwehr als „Spiel- und Spaßabteilungen“ zu wandeln. Denn in den Jugendfeuerwehrmitgliedern schlummert viel Potenzial. Es lässt sich wecken, wenn ihnen Verantwortung übertragen wird. Sie erhalten die Chance, sich persönlich weiterzuentwickeln, z.B. zu den Führungskräften von morgen.

Oftmals ist es für uns jedoch schwierig, die Jugendlichen in den ländlichen Regionen inhaltlich zu erreichen. Auch wenn es vielfach leichtfällt, die Jugendlichen von der Funktion als Jugendsprecher oder der Mitgliedschaft im Jugendforum zu überzeugen, so stellen uns volle Zeitpläne und weitere Verpflichtungen der Mitglieder vor weitere Herausforderungen. Zudem haben wir festgestellt, dass zur Gründung von Jugendforen teils viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit an der Basis geleistet



werden muss. Die Vorteile eines Jugendforums liegen unserer Meinung nach klar auf der Hand: Einzelne Jugendsprecher mit ihren verschiedensten Ideen können diese mit anderen Jugendlichen diskutieren. Gemeinsam können sie ihre Vorstellungen kombinieren und großartige Projekte auf die Beine stellen.

Die Möglichkeit mitzubestimmen und mitzugestalten motiviert uns. Etwas verändern zu können, ist stets ein gewisses Privileg, welches unseren Wert und die erhaltene Wertschätzung seitens der Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt ausdrückt. Zudem zeigt sich, dass ehemalige Mitglieder von Jugendforen häufig Positionen in der Feuerwehr besetzen. Da sie bereits in ihrer Zeit in der Jugendfeuerwehr Verantwortung übernommen haben und an viele andere Aufgaben herangeführt wurden, werden sie später vielfach Betreuer oder Jugendwart einer Jugendfeuerwehr oder auch Gruppenführer in der Einsatzabteilung. Dies ist für uns ein Ansporn, unsere Arbeit fortzuführen, denn wir helfen, Jugendfeuerwehrmitglieder längerfristig an die Feuerwehr zu binden und stellen so einen zukunftsweisenden Teil der Jugendfeuerwehrarbeit dar.

Für unseren Einsatz in der Jugendfeuerwehr wurden wir 2017 mit dem Jugendengagementpreis in unserem Bundesland ausgezeichnet. Das Preisgeld ermöglichte uns, die Idee vom Handbuch Wirklichkeit werden zu lassen. Über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus erhielten wir durchweg positives Feedback für unsere Arbeit und das Handbuch, was uns den Anreiz gab unser Projekt fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Im Jahr 2019 erarbeiten wir ein Starter-Set für Jugendsprecher, welches neben dem Buch auch weitere Arbeitsmaterialien beinhalten soll.



Die letzten Jahre haben uns gezeigt, was man bereits als Jugendlischer alles erreichen kann. Eine Wahl zum Jugendsprecher unterscheidet sich nicht viel von der Wahl des Bundestages. Sie ist gekennzeichnet durch die gleichen Merkmale und sie zahlt sich letztendlich aus. Denn: Mitbestimmung ist in (fast) allen Bereichen möglich.

Nico Stille,

Landesjugendsprecher der JF Sachsen-Anhalt

Fotos (3): LJF Sachsen-Anhalt



Wir (er)leben Demokratie



Im Mai 2018 haben wir hier im LAUFFEUER die Artikelreihe „Wir (er)leben Demokratie“ mit einem Bericht aus dem Landesjugendforum der Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt begonnen. Wir freuen uns, dass im zweiten Teil der Stadtschüler*innenrat Frankfurt am Main berichtet, wie Schüler*innen Demokratie (er)leben.

Teil 2: Stadtschüler*innenrat Frankfurt am Main Wie Schüler*innen Demokratie (er)leben

Ein Tag mit dem Stadtschüler*innenrat im Frankfurter Wahlkampf

9:45 Uhr: Die Schülerinnen und Schüler warten gespannt auf den Rängen eines Jugendhauses in Frankfurt am Main. Gleich tritt das junge Organisationsteam auf und stellt sich und den Tagesablauf vor.

10:00 Uhr: Der Moderator kommt auf die Bühne und ein Interview mit Passanten über die Aufgaben der Oberbürgermeister*innen wird auf der Leinwand gezeigt. Danach erklärt er alles Allgemeine über dieses Amt.

10:40 Uhr: Die offene Phase beginnt; alle strömen zu den unterschiedlichen Tischen und diskutieren über spannende politische Themen untereinander oder mit den Oberbürgermeisterkandidat*innen.

11:45 Uhr: Es wird spannend: die Themen für die anschließende Podiumsdiskussion werden abgestimmt.

12:00 Uhr: Die Schülerinnen und Schüler stellen provokante Fragen und die Kandidat*innen auf dem Podium stehen Rede und Antwort.

Der Stadtschüler*innenrat

Organisiert wurde dieser spannende Tag für Schüler*innen von SchülerInnen aus dem Stadtschüler*innenrat. Das sind die gewählten Interessenvertreter aller weiterführenden und beruflichen Schulen in Frankfurt – kurz SSRffm.

Dieses Gremium ist komplex aufgebaut. Die Schülervertretungen (kurz SV) in den einzelnen Schulen bestehen aus den gesamten Klassensprechern. Aber auch SchulsprecherIn und Delegierte gehören zur SV. So wählen die Schüler*innen ihre Vertreter*innen für den Stadtschüler*innenrat. Diese wiederum wählen den SSR-Vorstand inklusive Stadtschulsprecher und die Vertretung für die Landesebene. Der Vorstand ist als Exekutive, also Organisator von den Sitzungen, aber auch als Initiator für Anträge und Veranstaltungen tätig.

Die gesamten SV-Strukturen sind gesetzlich im Hessischen Schulgesetz verankert und dienen somit als Sprachrohr der Jugend. Der SSR wird zu wichtigen bildungspolitischen Themen der Stadt angehört. Da erweist sich ein gutes Verhältnis mit den Ämtern immer wieder als hilfreich, damit die Ideen der Schüler*innen zum Beispiel in den Schulentwicklungsplan aufgenommen und auch umgesetzt werden können.

Auch auf Missstände sollen die Jugendlichen hinweisen und – wenn nötig – durch die Öffentlichkeit Druck ausüben. Unsere Demokratie lebt durch Gewaltenteilung und Medien bilden eine vierte Instanz, die sich der SSR oft zunutze macht. So wurde beispielsweise aktuell mit einer Petition und der damit entfachten Diskussion erreicht, dass das Thema Schultoiletten wieder aktuell ist.

Viel Arbeit, aber wenig Akzeptanz?

Allerdings ist für diese erfolgreiche Arbeit ein riesiger Berg Bürokratie nötig. Pressemitteilungen, Artikel oder Positio-





nen müssen im Vorstand besprochen werden, bei besonders intensiven Problemen sogar mit einer 2/3 Mehrheit vom Schüler*innenrat abgestimmt werden. Doch diese Form der Basisdemokratie ist die einzig wirklich repräsentative Möglichkeit, um die Schülerschaft Frankfurts zu vertreten.

Denn nur zusammen kann die Schülerschaft den Schulalltag selbst stückweise verändern und verbessern.

Projekte an den einzelnen Schulen fördert der SSR durch seine Basisarbeit, die sich allerdings komplizierter erweist als nur die Abstimmungen zu koordinieren. Immer die richtigen Ansprechpartner*innen an den 128 Schulen zu finden, die dann auch zu den vier Vollversammlungen kommen, ist schwierig. Überhaupt ist es manchmal eine Herausforderung, Jugendliche davon zu überzeugen, Politik mitzugestalten oder eigene Projektideen in die Tat umzusetzen.

Auch die politische Bildung zählt zu den Aufgaben des SSR, welche er mit Veranstaltungen erreicht, wie beispielsweise dem oben beschriebenen Tag vor den Frankfurter Oberbürgermeisterwahlen im Februar 2018.

Dort wurden Frankfurter Erstwähler*innen und erst-in-einiger-Zeit-Wähler*innen näher gebracht, wer ihre Kandidat*innen sind, aber auch gezeigt, warum Wählen wichtig ist und was Engagement bedeutet.

Bei solchen Veranstaltungen mitzuhelfen und selber organisatorisch aktiv zu werden ist genauso eine Motivation für die zeitweise anstrengende SV-Arbeit wie die Chance,

Veränderung in die Schulpolitik zu bringen. Andere gehen zum SSR, da das Engagement in der eigenen Schule manchmal sehr schnell Grenzen aufweisen kann. Julien Nagel kam beispielsweise bereits in der Unterstufe zum SSR – die älteren Oberstufenschüler hatten ihn nicht ernst genommen – und heute ist er mit gerade einmal 14 Jahren stellvertretender Stadtschulsprecher.

*13:15 Uhr Das Plenum geht in die Nachbesprechung und diskutiert die Aussagen der Kandidat*innen.*

Sicher hat dieser gelungene Tag allen Beteiligten Spaß gemacht und vielleicht ist ja der eine oder die andere darauf aufmerksam geworden, auch etwas in dieser Welt verändern zu wollen.

*13:45 Uhr: Kevin Saukel, Stadtschulsprecher verabschiedet die Schüler*innen und bedankt sich für den gelungenen Tag.*

Selbstverständlich führt der Stadtschüler*innenrat noch weitere und andere Veranstaltungen durch wie zum Beispiel den Frankfurter Schüler*innenkongress, um mit den Jugendlichen in allen möglichen Themen ins Gespräch zu kommen. Nur durch eine Beteiligung aller an vielen Möglichkeiten können wir Veränderungen zum Guten aller herbeiführen.

Karola Knuth, Fotos: Gabriela Grobarcikova.



Wir (er)leben Demokratie



Unsere LAUFFEUER-Reihe zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an politischen (Entscheidungs-)Prozessen geht weiter. Es ist toll, wer sich bereits beteiligt hat: das Landesjugendforum der Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt und der Stadtschüler*innenrat aus Frankfurt/Main. Wir freuen uns nunmehr auf die Erfahrungen aus dem Kreisjugendparlament des Vogelsbergkreises, von welchen Leonie, Hazeem Ahmed und Sebastian berichten. „Ein herzlicher Dank von der Deutschen Jugendfeuerwehr an Euch!“

Teil 3: Kreisjugendparlament des Vogelsbergkreises

Das älteste Jugendparlament auf Kreisebene in ganz Deutschland

Unsere Fragen zur demokratischen Arbeit des Kreisjugendparlaments beantworteten (von links) Leonie Hergert (17 Jahre alt), Abgeordnete für die Stadt Lauterbach, Hazeem Ahmed Bhatti (15 Jahre alt), Abgeordneter für die Gemeinde Mücke (Mitte) und Sebastian Simon (16 Jahre alt), Abgeordneter für die Gemeinde Antrifttal.

Wer seid Ihr und wie lange gibt es Euch schon?

Wir sind die Abgeordneten des Kreisjugendparlaments des Vogelsbergkreises (KJP). Das KJP wurde 1992 ins Leben gerufen und ist damit das älteste Jugendparlament auf Kreisebene in ganz Deutschland.

Welche Ziele verfolgt Ihr, was ist Eure Aufgabe?

Unser Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen aus den Städten und Gemeinden unseres Landkreises zu vertreten und sich für ihre Belange und Wünsche einzusetzen. Insgesamt setzt sich das KJP aus 27 Abgeordneten zusammen, die die 19 Städte und Gemeinden des Vogelsbergs vertreten. Dabei ist die Anzahl der Abgeordneten abhängig von der Einwohnerzahl. Städte wie Lauterbach und Alsfeld haben drei Abgeordnete im KJP, kleine Gemeinden wiederum nur einen Abgeordneten. Die KJP-Abgeordneten treffen sich grundsätzlich zu vier Wochenendseminaren und vier öffentlichen Sitzungen im Jahr, um an ihren Themen zu arbeiten und in den Sitzungen die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Darüber hinaus finden noch Treffen in Arbeitsgruppen statt, um Aktionen und Projekte zu planen und zu organisieren.

Wie seid Ihr zu dieser Tätigkeit gekommen?

Wir drei sind durch die Vollversammlungen an den Schulen auf das KJP aufmerksam geworden, die die Mitarbeiter des Jugendamts (Sachgebiet Jugendarbeit/Jugendbildung) durchführen, um alle zwei Jahre neue



Auf der oberen Treppenstufe sitzen Leonie und Hazeem, auf der unteren Treppenstufe sitzt Sebastian.

Fotos (4): Kreisjugendparlament Vogelsbergkreis



KJP-Sitzung am 9. September 2017, bei der auch das 25-jährige Bestehen des KJPs gefeiert wurde.

Kandidaten für das KJP zu werben. Denn alle zwei Jahre wird das KJP neu gewählt. Im Mai 2018 fand die Wahl zum 13. Kreisjugendparlament statt. Über 4000 Jugendliche im Kreis waren wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag dieses Mal bei 80,13 Prozent.

Was ist der Antrieb für Euer Handeln?

Sebastian geht es darum, seine eigenen Interessen einzubringen und zu verfolgen, aber auch die Meinung der anderen Jugendlichen aus seiner Gemeinde zu vertreten.

Hazeem möchte sich in der Politik engagieren.

Leonie ist es besonders wichtig, die Politiker aufzufordern, dass sie auch für Kinder und Jugendliche Politik machen und nicht nur für ihre Wähler.

Auf welche Herausforderungen (Schwierigkeiten) seid Ihr gestoßen?

Zu den Schwierigkeiten in der KJP-Arbeit gehören teilweise die Kommunikation und die fehlende Verbindlichkeit einiger Abgeordneten. Aber auch die Trägheit der Politik zählt zu unseren Herausforderungen, denn manchmal dauert es sehr lange, bis die Interessen/Ideen und Vorstellungen der KJP-Abgeordneten umgesetzt werden und manche Projekte übergreifen sogar die Amtszeit von zwei Jahren!

Welche Chancen seht Ihr in Eurer Arbeit?

Wir sehen die Chance, das Mitspracherecht der Jugendlichen weiterzuentwickeln und auch langfristig etwas für die nachkommende Jugend zu verändern. Außerdem merken wir, dass oftmals kleine Aktionen schon viel bewegen können, wie zum Beispiel unsere Plätzchenaktion, bei der wir unsere selbstgebackenen Plätzchen gegen kleine Geldspenden auf Weihnachtsmärkten verteilen und danach das zusammengekommene Geld Wohltätigkeitsorganisationen oder Vereinen in unserem Landkreis zugutekommen lassen.

Ein weiteres wichtiges Instrument unserer Arbeit ist das Rede- und Antragsrecht im Kreistag, das wir haben. Das KJP kann Anträge in den Kreistag einbringen und seine Interessen somit auf höchster Kreisebene vertreten.



Ein Projekt, in welchem Ihr etwas bewegen und mitgestalten konntet, war: ...

Ein Projekt, in dem wir für andere Jugendliche viel bewegen konnten, ist unsere Aktion „KJP schmeißt Geld zum Fenster raus...“ gewesen. Durch unsere Teilnahme am Hessischen Partizipationspreis haben wir 2015 ein Preisgeld in Höhe von 7.500 Euro erhalten. Mit mehr als der Hälfte des Geldes haben wir Vereine, Sportgruppen und Jugendgruppen bei ihren Projektideen in der Jugendarbeit und anfallenden Renovierungsmaßnahmen finanziell unterstützt.

Den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollt Ihr in Bezug auf Demokratie mitgeben:

Kinder und Jugendliche sollen sich trauen und Mut haben, sich für ihre Interessen einzusetzen! Gleichzeitig sollen Erwachsene die Jugend auf politischer und gesellschaftlicher Ebene unterstützen, sind sich die drei KJP-Abgeordneten einig.

Kontakt zum Kreisjugendparlament:
www.kjp-vb.de

Die Abgeordneten der Arbeitsgruppe überlegen bei einem Treffen, wem das Preisgeld aus dem Gewinn beim Hessischen Partizipationspreis zugute kommen soll.



Wir (er)leben Demokratie



Das LAUFFEYER freut sich, die Artikelreihe „Wir (er)leben Demokratie“ fortsetzen zu können. Mit dieser Reihe zeigen wir auf, wie Jugendliche in Organisationen und Verbänden ihre Anforderungen diskutieren und in politisches Handeln umsetzen können. Im Nachfolgenden berichtet die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung von Hessen Mobil welche Aufgaben sie hat und welche Gestaltungsmöglichkeiten für sie bestehen. Ein herzlicher Dank an Carsten, Chris, Jessica, Lukas und Till für Euren Beitrag zu unserer Artikelreihe!

Teil 4: Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung bei Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement

Mitwirken und mitbestimmen

Was bewegt die Auszubildenden bei Hessen Mobil? Wie können ihre Ausbildungsbedingungen noch weiter verbessert werden? Welche Rechte haben Azubis und werden jene eingehalten? Mit diesen und vielen weiteren Fragen beschäftigen wir uns. Wir – das sind Carsten, Chris, Jessica, Lukas und Till – bilden seit

2016 die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung bei Hessen Mobil. Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass die Rechte der jugendlichen Arbeitnehmer/-innen und Auszubildenden bei Hessen Mobil gewahrt bleiben. Darüber hinaus setzen wir uns für ihre Anliegen ein und vertreten diese gegenüber der Personalvertretung.





Jessica und Lukas von der GJAV diskutieren mit den JAV-Vertretern Pascal und Thomas den Entwurf des Standortkonzeptes für die neue Infrastrukturgesellschaft Autobahn.

Unser Arbeitgeber Hessen Mobil ist für die Planung, den Bau und den Betrieb sowie das Management des hessischen Verkehrsnetzes zuständig. Dieses umfasst rund 16.200 Kilometer Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie circa 6.500 Brücken und 15 Tunnel. Mit rund 3.500 Beschäftigten in zwölf Standorten und 60 Autobahn- und Straßenmeistereien sind wir täglich rund um die Uhr für die Verkehrsteilnehmenden im Einsatz.

Hessen Mobil ist auch ein Ausbildungsbetrieb. Eine Ausbildung bei Hessen Mobil, das ist mehr als nur ein sicherer Job. Wer auf der Suche nach einer praxisnahen, vielseitigen und zukunftssicheren Ausbildung im Öffentlichen Dienst ist, ist bei uns genau richtig. Rund 150 junge Menschen befinden sich ständig in den verschiedenen Ausbildungsabschnitten in unseren fünf Ausbildungsberufen:

- Straßenwärter/-in
- Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik
- Fachinformatiker/-in Systemintegration
- Baustoff- und Bodenprüfer/-in
- Verwaltungsfachangestellte/-r

Vor zwei Jahren haben uns die Mitarbeiter*innen unter 18 Jahren und die Auszubildenden bei Hessen Mobil zu ihrer Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung gewählt. Seitdem sind gute Ausbildungsbedingungen der Antrieb für unsere Arbeit. Das konnten wir auch im Rahmen einer Organisationsuntersuchung der Berufsausbildung bei Hessen Mobil unter Beweis stellen. Ziel der Untersuchung war es, alle Aspekte der Berufsausbildung ganzheitlich zu betrachten, Optimierungspotentiale aufzuzeigen und geeignete Maßnahmen zu ihrer

Verbesserung zu entwickeln. Auch wir als Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung konnten mit unseren Vorschlägen für eine noch höhere Ausbildungsqualität Einfluss auf die Untersuchung nehmen, also aktiv mitwirken und mitbestimmen. Natürlich läuft nicht immer alles rund und es kommt immer wieder vor, dass wir vor knifflige Problemlagen gestellt werden. Dann gilt es am Ball zu bleiben. Aber gerade das macht die Tätigkeit in der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung auch so abwechslungsreich und spannend.

Und was hat das alles mit Demokratie zu tun? Die Grundsätze der Demokratie sind in unserer Arbeit allgegenwärtig: Bei unserer Wahl, in den Beschlüssen, die wir treffen oder bei der Anhörung unserer Berichte in der Personalvertretung. Klar ist, dass auch die Stimme von Minderheiten gehört wird.

Habt Ihr jetzt auch Lust bekommen, etwas in Eurem Betrieb zu bewegen? Dann sprecht Euren Betriebs- oder Personalrat an und engagiert Euch in der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Denn wer heute nicht mitbestimmt, darf sich morgen nicht beschweren.

*Die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung
Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement:
Jessica Diehl, Till Berg, Carsten Hess,
Chris Schäfer und Lukas Tischer.*

Hessen Mobil
Straßen- und Verkehrsmanagement



Fotos (2):
Hessen Mobil

Wir (er)leben Demokratie



Weiter geht unsere Artikelreihe „Wir (er)leben Demokratie“, nunmehr mit interessanten Informationen aus dem Stadtjugendring Wiesbaden e.V.. Der Stadtjugendring (SJR) hat sich zum Ziel gesetzt, bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit in einer Stadt mit über 290.000 Einwohnern zu erreichen, wovon rund ein Sechstel unter 18 Jahren sind. Das LAUFFEYER bedankt sich bei dem SJR-Vorsitzenden Uwe Waldaestel und seinem Team, auch hier zeigt sich, dass es sich „lohnt“ Demokratie mitzugestalten.

Teil 5: Stadtjugendring Wiesbaden e.V.

Der Stadtjugendring Wiesbaden e.V. [SJR] ist das Netzwerk und die Arbeitsgemeinschaft von zurzeit 23 Jugendorganisationen [Jugendverbände, -vereine und -gruppen] aus Wiesbaden. Der SJR verfügt über eine Geschäftsstelle mit vier hauptamtlichen Vollzeitstellen, die als Team gemeinsam eine Dienstleistungsfunktion für den Vorstand und alle Jugendleiter*innen [JL] seiner Mitgliedsorganisationen [MO] ausfüllen. Zurzeit arbeiten eine Aushilfe, eine Praktikantin, eine Projektmitarbeiterin im Rahmen einer Midi-Stelle und zwei Projektstellen [33Std./Woche] für die Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen im SJR.

Das zentrale Ziel des SJR ist das Erreichen von besseren

Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit in Wiesbaden. Wir setzen uns bei Kommunalpolitik und Verwaltung für mehr Geld, Zeit, Raum und Ressourcen für die JO, aber auch für den SJR selbst ein.

Unsere zentrale Aufgabe ist die Unterstützung, Beratung, Begleitung, Vernetzung und Qualifizierung der JL unserer MO, aber auch von interessierten JO, die gerne bald bei uns Mitglied werden möchten.

Unsere Vollversammlungen, bei denen sich vier Mal pro Jahr die Delegierten aller MO treffen, bieten Raum für Austausch, die Identifizierung gemeinsamer Themen sowie jugendpolitischer Forderungen.

Grundsätzlich ist unser Antrieb die Gestaltung der Gesellschaft. Denn Jugendorganisationen sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche lernen Verantwortung zu übernehmen für sich, für andere und für das Gemeinwohl. Dabei spielt Ehrenamtlichkeit im Wiesbadener Jugendring eine entscheidende Rolle. Denn Mitglied des SJR können lediglich alle Wiesbadener JO werden, in denen Kinder und/oder Jugendliche regelmäßig ehrenamtlich in verschiedensten Formen, wie z. B. Gruppenstunden, Fahrten und Lager, Bildungsveranstaltungen, Bildungsangeboten [im Sinne des SGB VIII, §11, Absatz 3] und Projektarbeit, freiwillig, selbstbe-

„Die Kamingespräche haben mir gezeigt, dass Politik viel greifbarer ist, als ich es mir vorgestellt habe. Es ist ein enormer Unterschied, ob man sich in einem persönlichen Gespräch oder einem Interview informiert und die Möglichkeit hat, Fragen zu stellen, oder ob man die Nachrichten guckt.“

Pia



Gemeinsamer Austausch in einem entspannten Rahmen.

stimmt und selbstorganisiert Angebote für Kinder und Jugendliche entwickeln, gestalten und durchführen. Damit bestimmen und gestalten wir „Werkstätten der Demokratie“. Denn wir sind der Meinung, dass JO die idealen Orte sind, um Demokratie nicht nur theoretisch zu lernen, sondern ganz praktisch zu erleben. Wir haben uns vorgenommen, die Errungenschaft der Demokratie in Deutschland als eben diese wertzuschätzen. Das bedeutet zum einen natürlich, dass wir kontinuierliche Bildungsangebote dazu schaffen, zum anderen aber auch, dass wir Formen und Werkzeuge der Demokratie konsequent nutzen und verteidigen. Dazu gehört auch eine klare Haltung zur gelebten Demokratie. Ein Beispiel ist, dass wir uns gerne streiten, kontrovers diskutieren und auch anstrengende Auseinandersetzungsprozesse gemeinsam bewusst als etwas sehr Positives herausstellen.

Und wenn zwei Personen für einen Posten kandidieren, dann nennen wir das nicht „Kampfkandidatur“, sondern ein Fest gelebter Demokratie.

Natürlich erleben wir hierbei, dass gerade Politik und Verwaltung durch ihre klaren Hierarchien und Machtgefüge manchmal langwierig sind und man schwer verstehen kann, dass bei uns bestimmte Entscheidungsprozesse über drei Monate oder länger dauern können. Denn wir diskutieren wichtige Themen zunächst im Vorstand, möglicherweise im Geschäftsstellenteam, sicher aber in der Vollversammlung und anschließend möglicherweise mehrmals in einer internen AG und dann wieder im Vorstand und abschließend noch einmal in der Vollversammlung, die dann entscheidet. Solch ein Prozess dauert Zeit und wird ab und an auch belächelt. Doch wir bleiben hierbei konsequent. Wir sind der Meinung, dass die große Chance unserer Arbeit gerade eben darin besteht, dass wir als echte Werkstätten der Demokratie wahrgenommen werden. Wir sind der Meinung, dass die „Verteidigung demokratischer Werte“ wie sie in den letzten Monaten oftmals auch auf bundespolitischer Ebene gefordert wurde, nur über die Stärkung der Jugendverbandsarbeit gelingen kann. Wir werben und kämpfen dafür, dass die Entscheidungsträger*innen unserer Gesellschaft die Vielfalt und Möglichkeiten, die Jugendorganisationen in der Zusammenarbeit und Entwicklung bieten, neu entdecken und wir gemeinsam Jugendarbeit wieder viel stärker in den Blickpunkt rücken.

Und dies geht unserer Meinung nach auch nur gemeinsam mit der Politik. Wir in Wiesbaden haben angefangen, jugendpolitische Bildungsveranstaltungen gemeinsam mit Kommunalpolitiker*innen zu entwickeln und werden weiter in diese Richtung arbeiten. Wir brauchen Formate wie „jump'n'run – Politik kommt an!“ oder „Politik heizt an – Kamingespräche zur jugendpolitischen Bildung!“, die auf charmante, innovative, spielerische und kreative Weise die Chancen von Partizipation und Gestaltungsräumen aufzeigen und dazu einladen ins Gespräch zu kommen. Dabei möchten wir vor allem Jugendlichen mit auf den Weg geben, dass sich ein langer Atem lohnt, es sich lohnt für seine Interessen einzustehen und dass sie zumindest in Wiesbaden einen Stadtjugendring an ihrer Seite haben,



der sie notfalls auch über Jahre hinweg begleitet, coacht und ihre Interessen vertritt. Und es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass konkrete und nachhaltige Erfolge möglich sind. Der BdP-Stamm Seeadler hat erreicht, dass er dauerhaft einen Mietzuschuss bekommt und sein Heim behalten kann, wir haben nach knapp zehn Jahren endlich unser „Haus der Jugendorganisationen“ mit diversen Arbeitsräumen, die unserem MO nun kostenfrei zur Verfügung stehen, und ab 2018 stehen 40.000 Euro mehr im Doppelhaushalt der Stadt Wiesbaden zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien und ihrer Teilnahme an Ferienfreizeiten ein. Wir sind der Meinung, dass man mit Freude und Leidenschaft Kindern und Jugendlichen vermitteln kann, dass es sich lohnt für ihre Interessen einzustehen, die Gesellschaft mitzugestalten und für andere Menschen da zu sein. Wir wollen eine friedliche und verantwortungsvolle Demokratie gestalten, damit wir alle gemeinsam in einer Gesellschaft leben können, die für uns alle da ist, die „Kleinen“ schützt und solidarisch auffängt und die „Großen“ gerne ein wenig mehr geben, um für alle Menschen Zufriedenheit und Wertschätzung zu erreichen. Wir wollen die Welt positiv bereichern.

Text und Fotos: Stadtjugendring Wiesbaden



Auflockerung zwischen Diskussionen – Bewegung macht wach.

Wir (er)leben Demokratie



Vor wenigen Wochen erfolgten Landtagswahlen in Bayern und Hessen, in Bayern wurden zeitgleich auch noch sieben Bezirkstage gewählt, welche in den sieben Regionen Bayerns tätig sind. Die Jugendfeuerwehr Klingenberg (Bezirk Unterfranken) begleitete die bayerischen Wahlen mit dem Projekt U18-Wahl. Der nachfolgende Projektbericht passt gut in unsere LAUFFEUER-Reihe „Wir (er)leben Demokratie“. Das LAUFFEUER findet es toll, wie sich eine Jugendfeuerwehr mit demokratischen Entscheidungsprozessen auseinandersetzt, sich über die Aufgaben des Landtages und der Bezirkstage informiert, mit Kandidatinnen und Kandidaten ins Gespräch kommt und zum Abschluss des Projekts eine U-18 Wahl durchführt. Wir bedanken uns sehr herzlich bei den Jugendlichen und den Betreuerinnen und Betreuern der Jugendfeuerwehr Klingenberg für den Projektbericht, zeigt dieser doch, dass Demokratie auch über den eigenen Tellerrand hinaus mitgestaltet werden kann.

Teil 6: U18-Wahl bei der Jugendfeuerwehr Klingenberg

Jugendfeuerwehr Klingenberg: Seminare zur politischen Bildung und Podiumsdiskussion mit Kandidaten im Rahmenprogramm der U18-Wahl

Im Vorfeld der Landtagswahl und der Bezirkstagswahlen in Bayern veranstaltete die Jugendfeuerwehr Klingenberg U18-Wahlen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Dazu wurde im Feuerwehrhaus ein richtiges Wahllokal mit originalgetreu gestalteten Stimmzetteln, Wahlurne und Wahlkabinen eingerichtet.

Die Stimmen wurden vom Wahlvorstand Antonia Helmstetter, Nadine Ott, Jonas Ott, Irma Steblau und Ben Lang (alle Mitglieder der Jugendfeuerwehr) ausgezählt. Auch Bürgermeister Ralf Reichwein besuchte das Wahllokal und beobachtete die Stimmauszählung. An der Wahl haben sich 89 Jugendliche beteiligt. Ab 18.00 Uhr fand eine Wahlparty im Feuerwehrhaus mit einem Discjockey statt, der die neusten Hits aus den aktuellen Charts auflegte und Musikwünsche der Jugendlichen erfüllte.

U18-Wahl: Was ist das?

Die U18-Wahl bietet Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Meinung zu Politik und Gesellschaft kundzutun, auch wenn sie noch nicht wahlberechtigt sind. Jugendliche werden so aktiv in das politische Geschehen mit eingebunden. Das Interesse für Politik soll bei den Jugendlichen geweckt und damit das Demokratieverständnis gestärkt werden. Letztendlich soll damit auch die Bildung einer eigenen politischen Meinung gefördert werden.

Die U18-Wahl wurde landesweit vom Bayerischen Jugendring initiiert und unterstützt. Das Ergebnis der U18-Wahl wurde an den Bayerischen Jugendring weitergeleitet, welcher dann das bayernweite Ergebnis auf der Website der U18-Wahl bekanntgegeben hat.



Im Eingang zum Wahllokal verteilte Jonas die Stimmzettel an die Jugendlichen. Außerdem wurde ihnen ein gelbes Bändchen am Handgelenk angelegt, damit ersichtlich war, wer schon gewählt hat. Gleichzeitig diente das Bändchen als Eintrittskarte für die Wahlparty im Anschluss an die U18-Wahl.

Foto: News Verlag Miltenberg

Seminar zur politischen Bildung

Bereits im Voraus wurden für die Jugendfeuerwehrmitglieder zwei Seminare zur politischen Bildung im Feuerwehrhaus angeboten. Reinhard Simon, gelernter Verwaltungsfachwirt und ehemaliger Bürgermeister von Klingenberg, vermittelte den teilnehmenden Jugendlichen Grundkenntnisse zu Demokratie, den Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern, die Aufgaben des Landtages und der Bezirkstage, die Arbeit der Abgeordneten und das Wahlsystem in Bayern. Außerdem stellte er die Kandidaten des Stimmkreises Miltenberg für den Landtag sowie den Bezirkstag von Unterfranken vor und beantwortete die Fragen der Jugendlichen. Beim ersten Seminar nahmen 15 und beim zweiten 38 Jugendliche teil. Darunter auch eine achte Klasse der Dr.-Konrad-Wiegand-Mittelschule Klingenberg.

Podiumsdiskussion mit den Kandidaten

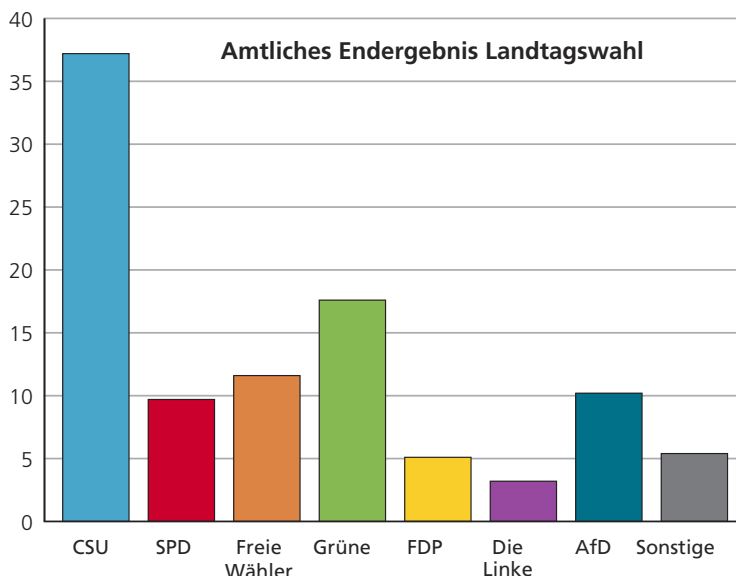
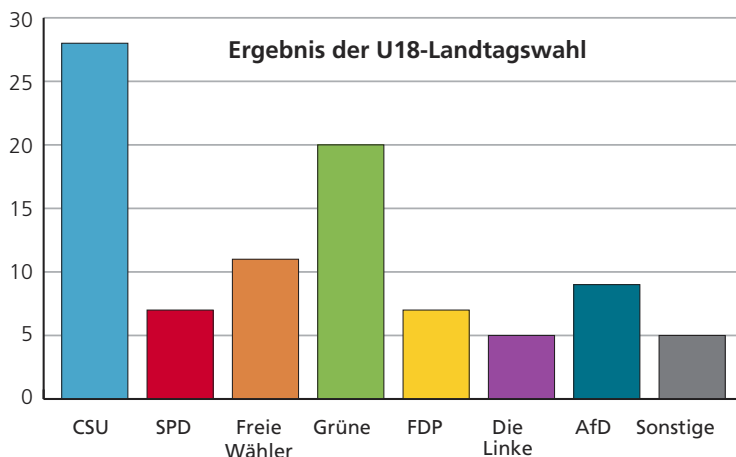
Eine besondere Veranstaltung war die Podiumsdiskussion mit den Stimmkreiskandidaten. Hierzu waren alle Kandidaten aus dem Stimmkreis Miltenberg für den Landtag und den Bezirkstag von Unterfranken eingeladen worden. Moderiert wurde die Diskussion von Antonia Helmstetter von der Jugendfeuerwehr Klingenberg. Nachdem sie die Kandidaten kurz vorgestellt hatte, richtete sie fünf Fragen an die Kandidaten, die im Vorfeld von der Jugendfeuerwehr ausgearbeitet wurden. Anschließend wurde diskutiert. Nach gut zwei Stunden schloss Antonia Helmstetter die Diskussionsrunde, an der 61 Jugendliche teilnahmen, darunter zwei Schulklassen der Dr.-Konrad-Wiegand-Mittelschule Klingenberg. Jugendwart Christian Becker bedankte sich bei den Kandidaten, den teilnehmenden Jugendlichen, bei Antonia Helmstetter und bei allen Helfern.

Wahlsystem in Bayern

Die Abgeordneten des Bayerischen Landtages werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Staatsbürgern Bayerns jeweils für eine Wahlperiode (Legislaturperiode) von fünf Jahren gewählt. In Bayern gilt das verbesserte Verhältniswahlrecht. Jeder Wähler hat zwei Stimmen: Die Erststimme, damit wird ein Abgeordneter aus der jeweiligen Region

als Direktkandidat gewählt, und die Zweitstimme, damit wird ein Kandidat auf einer der Wahllisten der Parteien als sogenannter Listenkandidat gewählt. Die Parteien stellen für jeden der sieben Wahlkreise eine Liste mit ihren Kandidaten auf. Die Wahlkreise sind wiederum in 91 Stimmkreise eingeteilt, die größtenteils mit den Landkreisen und Kreisfreien Städten identisch sind. Nach der Wahl werden alle Erststimmen und Zweitstimmen insgesamt für die Parteien als Gesamtstimmen ausgezählt. Es wird dann errechnet, wie viele Sitze einer Partei im jeweiligen Wahlkreis zustehen. Es gilt die Fünf-Prozent-Hürde, das heißt, eine Partei die weniger als fünf Prozent der Stimmen erhält, zieht nicht in den Landtag ein. Die Erststimmen gehen – anders als bei der Bundestagswahl – nicht verloren, wenn der Direktkandidat in seinem Stimmkreis nicht gewinnt, sondern diese Stimmen werden zu den Gesamtstimmen hinzugezählt. Die Sitzverteilung soll möglichst genau dem Wählerwillen entsprechen. Deshalb besteht die knappe Hälfte der Mandate aus Listenkandidaten. Die Abgeordneten sind Vertreter des Volkes, nicht nur einer Partei. Sie sind nur ihrem Gewissen verantwortlich und an Aufträge nicht gebunden.

Reinhard Simon



Die Stimmkreiskandidaten für den Landtag und für den Bezirkstag von Unterfranken auf dem Podium stellten sich den Fragen der Jugendlichen. In der Mitte sitzt Moderatorin Antonia von der JF Klingenberg, die die Diskussion souverän leitete.

Foto: JF Klingenberg

Wir (er)leben Demokratie



Was bedeutet eine Kommunalwahl für Jugendliche, wenn diese tatsächlich mitbestimmen können? Die Kreisjugendsprecher aus Baden-Württemberg haben sich dieser Frage gestellt. Im Zuge der LAUFFEUER-Reihe ist dies ein gutes Beispiel für sich melden, mitreden und einmischen. Einen herzlichen Dank an die Kreisjugendsprecher und Jonas Ebding für den tollen Beitrag, welcher unsere Demokratieserie bereichert!

Teil 7: Workshop für Kreisjugendsprecher „Wahlen und Demokratie – wie bestimmen diese Dein Leben?“

Jedes Jahr treffen sich die Kreisjugendsprecher aller Landkreise in Baden-Württemberg zu einem gemeinsamen Treffen in der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal. Dieses Treffen hat den zeitlichen Rahmen von Freitagabend bis Samstagmittag. Ein großer Schwerpunkt des vergangenen Treffens am 26. bis 27. Oktober war das Thema Kommunalwahl mit dem Workshop „Wahlen und Demokratie – wie bestimmen diese

Dein Leben?“

Der zweite Tag des Treffens wurde gefüllt mit dem Workshop „Wahlen und Demokratie – wie bestimmen diese Dein Leben?“, welcher von Udo Wenzl geleitet wurde. Er ist freiberuflicher Kommunalberater und freier Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung und hatte heute die Aufgabe, den Kreisjugendsprechern die Kommunalwahlen näher zu bringen. Als das Stichwort „Kommunalwahl 2019“ auf der Bild-



Bilder: Annette Nüble

schirmpräsentation sichtbar wurde, waren erste Reaktionen wie „Politik – das ist ja langweilig“ zu vernehmen. Doch nach dem dreistündigen Workshop hat sich diese Meinung bei den Meisten geändert. Das Interesse an Kommunalpolitik wurde auch geweckt durch eigenen Denkanstöße und Übertragungen auf den Alltag jedes einzelnen Teilnehmers. Der Workshop war kein Frontalunterricht wie aus der Schule bekannt. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Referenten Udo Wenzl und Pavlos Wacker waren die Kreisjugendsprecher gefragt. Die erste Aufgabe trug den abstrakten Namen „Raumsoziometrie“. Hinter diesem Wort steckt aber eine ganz simple Aufgabe: Die Jugendlichen sollten einmal drüber nachdenken, wie viel Kontakt sie zu Kommunalpolitik haben. Beispielsweise lautete eine Frage „Wie viel Kontakt habt Ihr zu Eurem Bürgermeister?“ und die Jugendvertreter mussten sich auf einer Skala von 1 bis 10 im Raum verteilen. Das war schon die erste Gelegenheit einmal darüber nachzudenken, was Kommunalpolitik eigentlich bedeutet. Ziel des Workshops war es nämlich zu erkennen, dass Kommunalpolitik jeden betrifft – auch die Jugendlichen.



Fotos: A. Nüble

So kamen die Referenten gemeinsam mit den Kreisjugendsprechern zum zweiten Punkt des Workshops, der sich darum drehte, was Kommunalpolitik eigentlich ist. Auf der Bildschirmpräsentation wurden einfache Bilder gezeigt, beispielsweise ein Obdachloser auf einer Parkbank, eine Schule mit alter Ausstattung oder auch Kleinkinder im Kindergarten. Die Aufgabe bestand nun darin, die Aufgaben der Gemeinde mit den Bildern zu verknüpfen. Die Jugendlichen assoziierten frei vor sich hin und erkannten auf einmal, was die Gemeinde alles für Aufgaben zu bewältigen hat und welche Entscheidungen getroffen werden müssen. Themen wie die Infrastruktur von Schulen war ein Schwerpunkt der Jugendlichen. Die meisten von ihnen gehen noch zur Schule, jedoch lässt dort die Ausstattung, gerade was Technik angeht, oft zu wünschen übrig. Die Workshopteilnehmer wissen nun was Kommunalpolitik ist und wo sie im täglichen Leben zu sehen ist. Jetzt waren wieder die Kreisjugendsprecher gefragt. Gearbeitet wurde jetzt in einem sogenannten „World-Cafe“. Dabei trafen sich Kleingruppen von etwa sechs Leuten an einem Tisch und diskutierten mit dem bereits erworbenen Wissen über Problematiken in der eigenen Gemeinde. Aufgefallen ist zum Beispiel, dass viele Gemeinden einen Jugendgemeinderat haben – viele Gemeinden aber auch nicht. Das hat vielen Jugendlichen vor Augen geführt, dass Handlungsbedarf in der eigenen Gemeinde besteht. Diese Erkenntnis können die Kreisjugendsprecher nun in ihre Landkreise und schließlich auch in ihre Gemeinden und Kommunen vorbringen, um gemeinsam solche Probleme zu lösen. Zudem ist kaum ein anderer Verein oder eine andere Organisation so flächendeckend aufgestellt wie die Jugendfeuerwehr. Von 1100 Kommunen in Baden-Württemberg haben 1010 eine Jugendfeuerwehr. Das heißt die Jugendfeuerwehr kann auf viele Problematiken „vor der eigenen Haustür“ aufmerksam machen.

Jonas Ebding



Wir (er)leben Demokratie



Zum Auftakt des zweitägigen Bürgerfestes am 30. August 2018 im Schloss Bellevue in Berlin würdigte Bundespräsident Franz-Walter Steinmeier das Engagement der Ehrenamtlichen: von der Sterbebegleitung bis zur Freiwilligen Feuerwehr. Er erwähnte auch diejenigen, die nach Feierabend noch in den Gemeinderat gingen. „Die politisch Engagierten, sie sind nicht ‚die da oben‘ oder das sogenannte Establishment“, sagte Steinmeier. „Nein, sie sind Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, Verantwortung zu tragen.“ Ohne ihre Bereitschaft funktioniert die Demokratie nicht. Dass Demokratie auch von und mit der Jugend lebt, das zeigen die bisher veröffentlichten Berichte aus unserer LAUFFEUER-Serie „Wir (er)leben Demokratie“. Bei der letzten Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), Ende Oktober 2018, war eines der Leitthemen „Wirksame Jugendbeteiligung ist mehr“. Hierüber wollen wir gern berichten, einen herzlichen Dank an Karsten Gäbler, welcher für uns die Informationen aus der DBJR-Vollversammlung zusammengefasst hat.

Teil 8: „Wirksame Jugendbeteiligung ist mehr“ – Position des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR)

„Junge Menschen gestalten unsere Gesellschaft tagtäglich mit. Sie wollen Verantwortung übernehmen und tragen diese zum Beispiel in Jugendverbänden, Familie, Schule und Ausbildung.“ So beginnt eine vor kurzem veröffentlichte Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendrings zur Teilhabe junger Menschen. Dass die Mitbestimmung durch Kinder und Jugendliche manchmal auf dem Papier besser aussieht als in Wirklichkeit, hat bestimmt jede*r von Euch schon einmal selbst erlebt. Bei Entscheidungen in Schulen, Betrieben oder Kommunen werden die Bedenken junger Menschen nicht ernst genommen, die Methoden der

Mitbestimmung (z.B. in Ausschüssen oder langen Gremiensitzungen) wirken oft verstaubt und sind für junge Menschen kaum motivierend, oder man wird erst nach seiner Meinung gefragt, wenn die Entscheidungen schon längst getroffen sind.

Gegen solche Formen der wirkungslosen Mitbestimmung wendet sich der Bundesjugendring und fordert mit seiner Stellungnahme eine neue Beteiligungskultur, die besser an die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten junger Menschen angepasst ist. Hier findet Ihr die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

Open Space des BuJuFo,
2016. Foto: P. van Heesen



1. Wirksame Jugendbeteiligung ist das Selbstverständnis der Jugendverbände!

In Jugendverbänden – wie z.B. der Jugendfeuerwehr – lernen junge Menschen mitzubestimmen und Verantwortung zu übernehmen. Hier werden Sprecher*innen gewählt und Entscheidungen gemeinsam getroffen. Deshalb sind Jugendverbände besonders wichtig für eine jugendgerechte Politik. Sie sind die Experten für die Bedürfnisse junger Menschen, haben Erfahrung mit wirksamer Jugendbeteiligung und treten für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein. Daher müssen die Jugendverbände ernst genommen und unterstützt werden.

2. Wirksame Jugendbeteiligung ist Verantwortung!

Auch wenn es hier und da Möglichkeiten der Mitbestimmung gibt, ist die Teilhabe junger Menschen immer noch eher ein Ausnahmefall. Es ist nicht selbstverständlich, dass Kinder und Jugendliche zu allen Fragen und Themen Stellung nehmen und Einfluss ausüben können, sondern häufig werden sie nur zu typischen Jugendthemen oder zu einzelnen Projekten befragt. „Junge Menschen“, so stellt der Bundesjugendring aber fest, „wollen sich nicht nur beteiligen, wenn sie gefragt werden. Sie wollen sich nicht nur in vorgegebenen Zeitfenstern zu festgelegten Themen einbringen.“ Deshalb muss es jungen Menschen immer und bei allen Themen ermöglicht werden, ihre Positionen einzubringen und echten Einfluss zu nehmen. Dafür braucht es auch neue Formate, die sich an daran orientieren, wie junge Menschen heutzutage kommunizieren und sich untereinander abstimmen.

3. Wirksame Jugendbeteiligung stärkt unsere Gesellschaft!

Wenn junge Menschen an großen und kleinen Entscheidungen beteiligt werden, dann darf das nicht nur eine Übung zur Gewöhnung an demokratische Mitbestimmung sein, sondern es muss ein ehrliches Interesse an ihren Meinungen und Beiträgen geben. Die gemeinsam mit jungen Menschen getroffenen Entscheidungen sind nicht nur deshalb besser, weil sie demokratischer sind, sondern sie sind auch inhaltlich besser. „Die Beiträge junger Menschen eröffnen neue Perspektiven und Lösungswege und verbessern so politische Prozesse und Entscheidungen. Der gemeinsame Aushandlungsprozess schafft eine stärkere Akzeptanz“, heißt es in der Stellungnahme. Jugendbeteiligung wirkt sich also positiv auf die gesamte Gesellschaft aus und ermuntert junge Menschen, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren.

4. Wirksame Jugendbeteiligung nimmt junge Menschen ernst!

Wenn Mitbestimmung durch Kinder und Jugendliche ernst genommen wird, dann müssen Erwachsene einen Teil ihres Einflusses aufgeben und ihre eigenen Meinungen hinterfragen. Sei es in der Familie, in der Schule und Ausbildung, sei es in den Städten und Gemeinden, auf Landesebene oder auf Ebene der Europäischen Union – jungen Menschen muss zugetraut werden eine eigene Position zu haben und mitzuentcheiden. Dass die Mitbestimmung manchmal nicht einfach zu organisieren ist, weiß auch der Bundesjugendring: „Junge Menschen kön-

nen nicht immer und überall direkt mitwirken. Sie haben keine Zeit, manchmal auch kein Interesse. Manchmal fehlt das thematische Hintergrundwissen. Und schließlich sind politische Aushandlungsprozesse oft länger als die Jugendphase eines Menschen.“ In solchen Fällen jedoch treten die Interessenvertretungen junger Menschen – wie z.B. Jugendverbände, Schüler*innenvertretungen oder Vereine – für ihre Anliegen ein und sorgen dafür, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen werden.

5. Wirksame Jugendbeteiligung ist konsequent!

Insbesondere bei politischen Entscheidungen kommt es oft vor, dass der Einfluss einzelner Gruppen nicht genau sichtbar ist und dass Kompromisse geschlossen werden müssen. „Während Erwachsene daran gewöhnt sind“, betont der Bundesjugendring, „dass politische Prozesse nicht immer kurzfristig sichtbare Ergebnisse haben, sind junge Menschen oft enttäuscht, wenn der versprochene Effekt nicht eintritt. Es muss in solchen Fällen sichtbar werden, wie es gegebenenfalls weitergeht und inwieweit das Engagement der jungen Menschen Diskurse beeinflusst oder an anderen Stellen Effekte erzielt hat.“ Besonders wichtig ist dabei, dass alle Beteiligten umfassend über die Abläufe und Ergebnisse informiert werden und dass die Methoden der Mitbestimmung vielfältig sind, um möglichst viele Kinder und Jugendliche anzusprechen.

6. Wirksame Jugendbeteiligung braucht eine Partizipationskultur!

Das Problem einer mangelnden Beteiligung betrifft nicht nur junge Menschen, sondern die gesamte Gesellschaft. Menschen werden oft nur zu vorgegebenen Themen oder in vorgegebenen Formaten befragt, es ist aber nicht selbstverständlich, dass alle Menschen sich beteiligen und über die Themen selbst entscheiden können. Ein wichtiger Schritt zu einer Teilhabe aller Menschen – die Stellungnahme spricht von einer „gesellschaftlichen Partizipationskultur“ – ist das Zuhören: „Viele junge Menschen werden von klassischen Beteiligungsformaten nicht erreicht, weil sie sich nicht auf Zuruf beteiligen wollen. Lieber äußern sie sich, wenn sie es wollen und nutzen dazu ihre favorisierten Kanäle. Jungen Menschen dort zuhören, wo sie sich äußern, ist daher ein wichtiges Beteiligungsformat.“ Damit das Recht auf das Gehörtwerden auch auf allen Ebenen verwirklicht werden kann, braucht eine Partizipationskultur dauerhafte Strukturen und speziell dafür ausgebildete Expert*innen, die die Teilhabe organisieren. Das ist besonders wichtig, um auch diejenigen Menschen zu erreichen, die von Teilhabe sonst oft ausgeschlossen bleiben.

Mitbestimmung nicht (nur) in Deiner Jugendfeuerwehr?

Eine stärkere Jugendbeteiligung findest Du gut? Wo möchtest Du mitreden? Welche Themen sind Dir in der Familie, in der Schule, in der Jugendfeuerwehr, in Deinem Ort usw. wichtig? Wie kannst Du Deine Themen voranbringen? Dann schau Dir die ganze Stellungnahme des Bundesjugendrings doch einmal an (www.dbjr.de) und diskutiere in Deiner Jugendfeuerwehr, wie die Teilhabe verbessert werden kann.

Karsten Gäbler

Fachausschuss Jugendpolitik & Integration, DJF

Wir (er)leben Demokratie



Eine Tafel mit Essen und Getränken steht bereit, nur die Gäste fehlen noch. Wer wird an dem/meinem Tisch Platz nehmen? Werden es Kinder, Jugendliche, Erwachsene sein? Sind es Personen, die ich kenne, Nachbarn, oder aber Fremde?

An dem Tag der offenen Gesellschaft können Menschen in einen unmittelbaren und direkten Kontakt eintreten. Die „Initiative Offene Gesellschaft e. V.“ regt mit ihrem Tag an, aufeinander zuzugehen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Das LAUFFEYER bedankt sich bei der „Initiative Offene Gesellschaft e. V.“ für den Beitrag im Zuge der Artikelreihe „Wir (er)leben Demokratie“ und fordert Euch auf: Tisch am 15. Juni 2019 raus vor die Tür und miteinander ins Gespräch kommen!

Teil 9: Die Initiative Offene Gesellschaft e.V. und der Tag der offenen Gesellschaft

Schluss mit Empörung und Untergangsstimmung. Am Tag der offenen Gesellschaft, dem 15. Juni 2019, feiert ganz Deutschland einfach mal die Demokratie. Dafür reichen manchmal schon ein Tapeziertisch und eine Kabeltrommel.

Rückblick: Ein Samstag im Sommer 2018, 11 Uhr vormittags. An diesen Moment erinnert sich Ulrike Henking aus dem südbayerischen Holzkirchen noch heute. Sie steht auf dem Markplatz und es geschieht tatsächlich. Von allen Seiten strömen Menschen auf den Platz. Sie tragen Tische und Stühle unterm Arm und beginnen, lange Tafeln aufzubauen. Den ganzen Tag über begegnen sich hier Menschen aus der Gemeinde, Heimische und Neuankommende. Zum Essen, Trinken, Diskutieren. Zeitgleich passiert überall im Land Ähnliches – im Osten genauso wie im Westen, in Berlin Neukölln genauso wie in Möhrendorf in Mittelfranken. Rund 25.000 Menschen feiern an rund 500 Tischen und Picknicks den Tag der offenen Gesellschaft. Gemeinsam setzen sie ein Zeichen. Für den Zusammenhalt. Für eine Gesellschaft, die wir verbessern können, die sich (neu) kennenlernt, die Mut und Ideen hat.

In diesem Jahr rufen wir als Initiative Offene Gesellschaft am 15. Juni 2019 zum dritten Mal zum Tag der offenen Gesellschaft auf. Die Idee ist so simpel wie charmant: In ganz Deutschland stellen die Menschen Tische und Stühle auf die Straße. Sie laden Fremde, Freunde und Bekannte ein, zusammen Zeit zu verbringen, miteinander zu essen,

zu trinken, zu feiern. So entstehen neue Bekanntschaften, Gespräche und Ideen. Dabei diskutieren Sie über die ganz großen Themen wie Europa oder den Klimawandel, aber auch über Themen vor Ort wie beispielsweise die Entscheidung über ein neues Schwimmbad. Ein Tag, der zum Nachdenken anregt, zu dem alle eingeladen sind. Und der Raum für Gemeinschaft schafft.

Auch die Feuerwehr hat fleißig mitgeholfen: Hier beim Tisch des Initiativkreises Offene Gesellschaft Hannover auf dem Opernplatz Hannover.



Warum das wichtig ist? Weil es an solchen Begegnungen oft mangelt. Und weil heute zu oft in Vergessenheit gerät, dass viele Menschen gerne in dieser offenen Gesellschaft leben und die Möglichkeiten, die sie ihnen bietet, schätzen. Aber auch, weil Möglichkeiten fehlen, Menschen mit anderen Meinungen kennenzulernen und zu verstehen. Und weil Debatten nicht von denen bestimmt werden sollten, die am lautesten sind. Am Tag der offenen Gesellschaft erobern Menschen in ganz Deutschland deshalb den öffentlichen Raum und setzen so ein Zeichen für Demokratie und Toleranz. Und das oft mit ganz einfachen Mitteln wie zum Beispiel letztes Jahr in Kiel. Hier stellte Sabine einfach einen Tisch vor ihr Haus. Was dann geschah, war ziemlich cool. Viele Passanten blieben stehen und setzten sich dazu. Sabine lernte zwei Taiwanerinnen, einen Kalifornier, einen Syrer und viele Deutsche kennen: „Manchmal muss man einfach nur den Mut aufbringen, fremde Menschen anzusprechen und neugierig sein auf ihre Geschichten.“ Die Nachbarn im Haus waren im Vorfeld etwas skeptisch, doch einer von ihnen leistete entscheidende Hilfe – mit einem Tapeziertisch und einer Kabeltrommel.



Der zentrale Tisch auf dem Tempelhofer Feld in Berlin ist mittlerweile schon ein fester Bestandteil am Tag der offenen Gesellschaft.



Mit Sicherheit wird das Thema Europa auch dieses Jahr am Tag der offenen Gesellschaft viel diskutiert werden.

Im Stuttgarter Schlosspark fanden zur gleichen Zeit Schülerinnen und Schüler, Engagierte aus Zivilgesellschaft und Kulturszene und viele, viele Privatpersonen an einer großen Tafel zusammen. Bei der Diskussion „Kunst und offene Gesellschaft“ wurde außerdem mit Gästen wie dem Musiker Schorsch Kamerun und dem Intendanten des Schauspiels diskutiert. „Der ‚offiziellere‘ Charakter dieser Veranstaltung war eine schöne, wichtige Ergänzung zum bunten und spontanen Tafeltreiben im Freien“, so Franzi Baur vom Schauspiel Stuttgart.

Aus dem Tag soll eine neue Tradition werden, ein Festtag der Demokratie, der so etabliert ist wie Weihnachten oder Ostern. Nicht nur hierzulande, sondern auch darüber hinaus! Denn wer lebt nicht gerne in einer Gesellschaft, in der man seine Meinung äußern kann, frei ist zu wählen und zu lieben wen man will?

Du hast auch genug von Empörung und Untergangsstimmung? Dann setze ein Zeichen für eine engagierte Zivilgesellschaft und bereite einen Tisch vor. Frag deine Freunde aus der Jugendfeuerwehr, der Schulklasse oder dem Musikverein, ob sie am Start sind und plant gemeinsam einen Tisch.

Anmelden könnt Ihr Euch unter www.tdog19.de.

Du willst lieber den Tisch einer anderen Person besuchen?

Auch das ist möglich! Einen Tisch in Deiner Nähe findest Du in Kürze auf der oben angegebenen Internetseite.

Falls Du sonst noch Fragen zum Tag der offenen Gesellschaft oder zur Initiative hast, dann melde Dich einfach unter tdog19@die-offene-gesellschaft.de oder ruf an:

0176-45791204. Wir freuen uns darauf von Dir zu hören.

Marian Burk, Initiative Offene Gesellschaft

Fotos (3): Initiative Offene Gesellschaft e. V.

Die Initiative Offene Gesellschaft e.V.

Die Initiative Offene Gesellschaft ist eine unabhängige, bürgerschaftliche Initiative ohne Parteibindung. Wir treten für das politische Gemeinwesen so ein, wie es im Grundgesetz formuliert ist und zeigen, dass die Mehrheit in Deutschland gut und gerne in einer offenen Gesellschaft lebt. Wir geben all denen eine Bühne, die sich einsetzen: für den Zusammenhalt, für Begegnungen, für gelebte Demokratie. Weitere Informationen zur Initiative Offene Gesellschaft und die Möglichkeit in unseren Freundeskreis einzutreten unter www.die-offene-gesellschaft.de.

Wir (er)leben Demokratie



Auf der Landes-, Bundes- und Europaebene finden Wahlen für die Parlamente statt. Die Wählerinnen und Wähler fragen sich, wer hat von den politischen Parteien, den Kandidatinnen und Kandidaten, auf die wichtigen Fragen welche Antworten, und wem könnte man bei der Wahl daher seine Stimme geben? Über das Internet kann man sich hierzu Informationen über einen sogenannten Wahl-O-Mat holen.

Wahl-O-Mat, was ist denn das? Lisa und Anne (Jugendfeuerwehr Hamburg) haben aktiv an der inhaltlichen Ausgestaltung eines Wahl-O-Mat mitgewirkt und berichten nachfolgend darüber. Das LAUFFEUER bedankt sich bei den beiden für diesen Beitrag im Rahmen der Artikelreihe „Wir (er)leben Demokratie“.

Teil 10: Der Wahl-O-Mat; was ist denn das?

Der Begriff des Wahl-O-Mat ist wohl vielen ein Begriff. Ihn gibt es zur Europa-, Bundestags- und sogar zu allen Landtagswahlen. Falls jemand dieses Internettool noch nicht kennen sollte, die Bundeszentrale für politische Bildung erklärt den Wahl-O-Mat so:

„Der Wahl-O-Mat ist ein Frage-und-Antwort-Tool, das zeigt, welche zu einer Wahl zugelassene Partei der eigenen politischen Position am nächsten steht. 38 Thesen können mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ beantwortet werden – alle zur Wahl zugelassenen Parteien können auf die gleiche Weise antworten. Auf diese Weise können die Nutzer die eigenen Antworten mit denen der ausgewählten Parteien und den Grad der Übereinstimmung abgleichen.“

Viele nutzen dieses Tool, doch die wenigsten wissen, wie es entsteht. Die 38 Thesen werden von 20 Jungwählern erstellt. Diese sind zwischen 16 beziehungsweise 18 und 25 Jahren alt. Unterstützt werden sie von Politikwissenschaftlern und Statistikern. Um einer dieser 20 Wahl-O-Mat-Redaktoren zu sein, muss man sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung bewerben. So hat-



ten sich auch Lisa Peter und Anne Langeloh von der Jugendfeuerwehr Hamburg für die Wahl-O-Mat-Redaktion bei der Bürgerschaftswahl 2015 beworben und wurden ausgewählt. Der Entstehungsprozess für einen solchen Wahl-O-Mat besteht aus zwei Workshops, bis dieser in Betrieb genommen werden kann.

Der erste Workshop

Etwa drei Monate vor der Wahl wurden Lisa und Anne in die Räumlichkeiten der Landeszentrale für politische Bildung zu einem dreitägigen Workshop eingeladen. Nach dem Kennenlernen und der Erklärung des Ablaufes konnte man sich in eine der fünf Arbeitsgruppen mit den nachfolgenden Schwerpunkten aufteilen:

1. Arbeit, Soziales, Integration, Flucht und Asyl
2. Energie, Umwelt, Infrastruktur, Verkehr, Gesundheit und Verbraucherschutz
3. Familie, Bildung, Kultur und Religion
4. Finanzen, Steuern, Währung und Wirtschaft
5. Inneres, Äußeres, Demokratie, Föderalismus und EU

Lisa entschied sich für den ersten und Anne für den fünften Schwerpunkt. Es wurde in den Gruppen überlegt, was die Meinungen der Parteien zu den Schwerpunkten sind und was die Hamburger momentan beschäftigt. Diese Themen wurden gesammelt, dabei gab es die Themen wie Olympiabewerbung, Elbvertiefung oder das Sitzenbleiben an Schulen. Aus diesen Themen hat jede



Arbeitsgruppe Thesen erarbeitet. So entstand zum Beispiel die These: „Das Sitzenbleiben an Hamburger Schulen soll wieder eingeführt werden.“ Zu Beginn gab es über 150 solcher Thesen. Durch verschiedene Auswahl- und Optimierungsprozesse wurden 85 Thesen hieraus ausgewählt

Der zweite Workshop

Um aus 85 Thesen 38 zu machen gab es den zweiten Workshop. Dafür haben sich alle in Berlin in der Bundeszentrale für politische Bildung getroffen. Vor dem Workshop wurden die 85 Thesen an die zu der Wahl zugelassenen Parteien gesendet. Diese konnten der These zu stimmen, nicht zustimmen oder neutral angeben. Außerdem konnten sie eine kurze Begründung dazu schreiben. Außerdem gab es ein Controlling. Hier wurde geprüft, ob die Antwort zur Begründung und zum Wahlprogramm passt, und die Begründungen verständlich formuliert waren. Bei Unstimmigkeiten wurden diese zur Überprüfung an die Parteien zurückgesendet. Jedoch hatten die Parteien immer die letzte Entscheidung über ihre Positionierung.

Nun ging es darum, die finalen 38 Thesen auszuwählen. Begonnen wurde damit, alle Thesen zu streichen auf den alle Parteien gleich geantwortet hatten, da diese nicht zur Unterscheidung der Parteien beitragen. So musste sich auch von liebgewonnen Thesen verabschiedet werden. Ausgewählt wurden die 38 Thesen, welche:

- die wichtigsten Themen der Wahl aufgreifen,
- die Unterscheidbarkeit der einzelnen Parteien gewährleisten und
- ein breites thematisches Spektrum abdecken.

Dabei gab schon die ein oder andere Diskussion und auch einige Lacher über die Begründungen der Parteien. Aber es konnte sich doch auf 38 Thesen geeinigt werden.



Der Wahl-O-Mat zum Aufkleben funktioniert völlig analog. Die Nutzer können gemeinsam die Thesen besprechen und ihre Zustimmung oder Ablehnung durch das Anbringen von kleinen Aufklebern zeigen.

Der Online-Start

Das letzte Mal traf man sich drei Wochen vor der Wahl, um gemeinsam mit den Parteivorsitzenden der in der Hamburger Bürgerschaft vertretenden Parteien den Wahl-O-Mat in Betrieb zu nehmen. Hierzu wurden auch verschiedene Pressevertreter geladen. Außerdem präsentierte der Landesjugendring Hamburg gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung eine analoge, also „internetfreie“ Variante des Wahl-O-Mat.

Bei der Entstehung des Wahl-O-Mat mitzuarbeiten, war für Lisa und Anne ein einmaliges Erlebnis und lässt einen die Demokratie ganz neu erleben. Jeder von Euch der Interesse hat, mal selbst die Thesen für den Wahl-O-Mat zu entwickeln, unter 26 Jahren alt und wahlberechtigt ist, kann sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung bewerben. Weitere Infos gibt es hier: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>.

Anne Langeloh



Bei der Pressekonferenz zum Start des Wahl-O-Mat für die Bürgerschaftswahl in Hamburg 2015.

Bilder: Bundeszentrale für politische Bildung

Wir (er)leben Demokratie



In den letzten LAUFFEYER-Ausgaben haben wir über Jugendverbände, -organisationen und -initiativen berichtet, wie sie sich demokratisch, politisch beteiligen und engagieren. Mit diesem Artikel wollen wir über diesen Tellerand hinaus blicken und fokussieren uns auf die mittlerweile globale Fridays For Future-Bewegung.

Teil 11: Demokratie zeigt sich auf der Straße: #FridaysforFuture

Mit Greta geht es los...

Im August 2018 fing alles an. Der damals 15-jährigen Greta Thunberg reicht es. Warum zur Schule gehen, für ihre Zukunft lernen, so die schwedische Schülerin, wenn der Klimawandel diese Zukunft bedroht? Konsequenterweise blieb sie nicht etwa mit Null-Bock-Haltung zuhause, sondern zog erst gar jeden Tag, dann jeden Freitag vor das schwedische Parlament und demonstriert seitdem für den Klimaschutz. Die Erwachsenen, so fordert sie, müssen endlich gemeinsam mit der jungen Generation handeln und den CO₂-Ausstoß eindämmen.

„Why should I be studying for a future that soon may be no more, when no one is doing anything to save that future?“

Greta Thunberg, 16 Jahre alt

...und mobilisiert auf der ganzen Welt

In den USA, in China, Indien und Bolivien, in Israel und Japan und natürlich hier in Deutschland. In zahlreichen Ländern dieser Erde gehen junge Menschen und ihre Sympathisanten auf die Straße und streiken für eine neue Klimapolitik. Zwar ist das Ausmaß der Proteste unterschiedlich (in Kenia beispielsweise kam bis März 2019 nur ein Protest zustande), aber nichtsdestotrotz bleibt #FridaysforFuture ein Hashtag, der global bewegt. Allein in Deutschland gibt es über 500 Ortsgruppen, die Demos organisieren und es werden

immer mehr! Deutsche Vertreter der Bewegung richteten sich in konkreten Forderungen an die Bundesregierung. Sie verlangen, dass dem Pariser Abkommen und dem 1,5 Grad-Ziel nun auch Taten folgen. Die jungen Klimaschützer wollen unter anderem den deutschen Kohleausstieg bis 2030 und 100 Prozent erneuerbare Energien in Deutschland bis zum Jahr 2035.

Ein hoffnungsvoller Ausblick

Greta war im Dezember sogar bei der Klimakonferenz in Kattowitz und sprach vor den versammelten honorierten internationalen Hauptern. Im Januar folgte ihr Auftritt beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Für ihren Einsatz wurde sie nun sogar für den Friedensnobelpreis nominiert – Greta und ihre Mitstreiter zeigen, dass Wandel möglich ist und beim Einzelnen beginnt.

Infos für Dich und Deine Freunde

Unter <https://fridaysforfuture.de/streiktermine/faq/> erklären Dir die streikenden Schüler*innen, wie Du in Deiner Nähe eigene Streiks organisieren kannst, aber auch, wie Du mit etwaigen unentschuldigtem Fehlen umgehst oder was es sonst noch zu beachten gilt, wenn Du Dich für den Klimaschutz engagieren willst.



920.356 Personen gefällt Greta Thunbergs Facebook-Seite (Stand 18.06.2019)



Wir (er)leben Demokratie



Das Grundgesetz (GG) ist das oberste Gesetz der Bundesrepublik Deutschland. In Artikel 1 ist hier festgeschrieben:

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Nur formulieren jedoch reicht nicht, der Artikel 1 des GG, und auch das DJF-Bildungsprogramm, müssen gelebt werden. Dass man diesen beiden Anforderungen auch ein Gesicht geben kann, zeigt der nachfolgende Bericht der Kreisjugendfeuerwehr Ahrweiler und der Landesjugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz.

Das LAUFFEUER bedankt sich ganz herzlich für den Beitrag im Zuge der Artikelreihe „Wir (er)leben Demokratie“.

Willi Donath, Fachausschussvorsitzender Jugendpolitik & Integration Deutsche Jugendfeuerwehr

Teil 12: Kreisjugendfeuerwehr Ahrweiler und Landesjugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz

Jugendfeuerwehr zeigt Gesicht in Remagen

Seit zehn Jahren wird in Remagen im Landkreis Ahrweiler ein Demokratiefest durchgeführt. Anlass für das Demokratiefest war damals ein Aufmarsch „rechter Gruppen“. Jedes Jahr marschieren in Remagen zwischen 100 und 200 Demonstranten des rechten Spektrums zum Leidenwesen der Remagener Bevölkerung auf.

Als Ziel deren Aufmarsches wurde die Kapelle der „Schwarzen Madonna“ gewählt, welche im Übrigen in keinerlei Zusammenhang zu rechtem Gedankengut steht. In der Nähe der Kapelle befand sich nach dem Zweiten Weltkrieg das Kriegsgefangenenlager „Goldene Meile“, welches von den rechten Gruppierungen, nach dem Tod von Kriegsgefangenen, für ihre Zwecke instrumentalisiert wurde.

Die Bürger von Remagen sowie der umliegenden Städte haben sich dieser Vorgehensweise entgegengestellt, ein Zeichen für die Demokratie gesetzt und veranstalten seitdem ein Demokratiefest. An diesem Demokratiefest nehmen alljährlich unterschiedliche Vereine, Organisationen, Schulen und Verbände teil, und es wird von diesen ausgerichtet.

Die Kreisjugendfeuerwehr Ahrweiler, unter der Federführung des stellvertretenden Kreisjugendfeuerwehrwartes Winfried Kraatz, beteiligt sich seit drei Jahren ebenfalls an diesem Demokratiefest. Mit einem Informationsstand informiert sie über die demokratischen Grundgedanken innerhalb der Jugend- und der Feuerwehren.

Das Team der Kreisjugendfeuerwehr wurde in diesem Jahr erstmals durch Mitglieder des Landesjugendforums der Landesjugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz und den stellvertretenden Landesjugendfeuerwehrwart Dieter Ferres unterstützt. Es wurden viele Gespräche mit Bürgern, Politikern und den vertretenen Parteien und Organisationen vor Ort geführt, in welchen das Landesjugendforum Erfahrungen aus ihren verschiedenen Demokratie-Projekten vorstellen konnte.

Eines der Schwerpunktthemen ist die Stärkung der Demokratie und die Beteiligung gegen Demokratiefeind-

lichkeit. Das Jugendforum findet eine entsprechende Unterstützung durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, welches durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat finanziell mit getragen wird. An diesem Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ beteiligen sich seit 2016 der Landesfeuerwehrverband und die Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz.

„Die Teilnahme an diesem Demokratiefest und die damit gemachten Erfahrungen sind für das Jugendforum in den Jugendfeuerwehren eine wichtige Erkenntnis und Bestätigung, sich auch künftig für die Demokratiestärkung einzusetzen. Wir werden auch im nächsten Jahr an verschiedenen Demokratieveranstaltungen mitwirken“, so der stellvertretende Landesjugendfeuerwehrwart Dieter Ferres.

Text und Foto: Kreisjugendfeuerwehr Ahrweiler





www.jugendfeuerwehr.de